

**Eine Einführung in die Gesetze der SCHARIAH
Und in die ISLAMISTISCHE IDEOLOGIE in
WESTEUROPA 2007-2009**

**Dr Irfan Al-Alawi * Stephen Suleyman Schwartz
Kamal Hasani * Veli Sirin * Daut Dauti * Qanta Ahmed, MD**



**Center for
Islamic
Pluralism**

Zentrum für den Islamischen Pluralismus

Washington * London * Köln * Sarajevo

www.islamicpluralism.org

www.islamicpluralism.eu

www.islamicpluralism.de

**BM 2394, London, WC1N 3XX, UK
1718 M Street NW #260
Washington, DC 20036 USA**

**Eine Einführung in die Gesetze der SCHARIAH
und in die ISLAMISTISCHE IDEOLOGIE in
WESTEUROPA 2007-2009**

Published in the United Kingdom in 2009
by the Centre for Islamic Pluralism
BM 2394, London WC1N 3XX, UK
1718 M Street NW #260
Washington, DC 20036 USA

www.islamicpluralism.org
www.islamicpluralism.eu
www.islamicpluramism.de

Copyright © Centre for Islamic Pluralism
All rights reserved
The authors' rights have been asserted

Dieses Dokument darf mit Zustimmung des Urhebers vervielfältigt
und weitergeleitet werden. Eine Türkische-Editionen ist in der Vorbereitung.

Fünf Grundsätze Für die Studie der *Schariah* in Westeuropa

RECHTMÄßIGKEIT: "Wenn ein Moslem sich einer nichtmoslemischen Regierung verpflichtet hat - selbst wenn indirekt (die Einwanderungsdokumente einbezogen) - sich an die Gesetze dieses Landes zu halten, ist es für ihn notwendig, sein Engagement zu erfüllen."

- Ein Code der Praxis für Moslems im Westen ist ein Schia Scharia Standardhandbuch, beruhend auf den Schriften des Irakers Ayatollah Ali Sistani

KONSENS: "Der Weg des Islam stellt fest, dass die Gläubigen den allgemeinen Gesetzen [in dem wohnhaftem Land] gehorchen müssen... Französische Moslems müssen ihre Anwesenheit in einem nicht - moslemischen Zusammenhang in Betracht ziehen."

- Dr Dalil Boubakeur, Rektor der Großen Moschee Paris, zitierte in der Fall Studie: Frankreich

HÖFLICHKEIT: "In einer demokratischen Gesellschaft behalten Bürger die Freiheit - obgleich innerhalb von bestimmten Grenzen - ihren eigenen Lebensstil zu verfolgen und für sich selbst zu entscheiden, wie sie ihre Beziehungen mit einander und mit der Regierung führen. Aber wenn ihr Ausstieg aus der Gesellschaft anfängt, grundlegende Rechte und Freiheiten von anderen zu gefährden, dann haben sie das Zeichen überschritten und beschädigen die demokratische gesetzliche Ordnung."

"Diese leichten, bestimmten Formen *der intoleranten* Isolationspolitik stellen wirklich eine besondere Bedrohung dar: Exklusivität in Bezug auf die eigene Gruppe und Parallelität. Exklusivität wird durch die Diskriminierung, die Aufhetzung und den säenden Hass ausgedrückt. Parallelismus erkennt die Autorität der Regierung nicht an, bemüht sich, religiöse Gesetze vor weltlichen aufzuerlegen, und versucht, Enklave zu schaffen, in der dieses System, aber nicht Regierungsautorität, vorherrscht."

- Der holländische Geheimdienst AIVD, wie zitiert, in der Fallstudie: Die Niederlande

BILDUNG: "Die Muslime Frankreichs, in ihrer Quasigesamtheit, haben ein beschränktes Verständnis ihrer Religion, wegen eines Mangels an Zugang zu religiöser Bildung... nur eine archaische Version des Islamischen Gesetzes ist zugänglich für die Gesamtheit ... heute sind Menschenrechte, religiöse Freiheit und *laïcité* die meisten konsensuellen Grundsätze geworden, und allein, indem sie fähig dazu sind, ganze menschliche Gesellschaft, ebenso pluralistisch zu führen, wie sie ist."

- Soheib Bencheikh, Mufti von Marseilles, zitierte in der Fall Studie: Frankreich

PLURALISMUS: "Die künstliche Schöpfung eines religiösen Schauspielers zu erzwingen, der den Islam vereinigt, scheint a priori leichter für den Staat sogar mehr wenn das Ziel es ist, das Management der religiösen Politik wiederzuzentralisieren."

Aber das bilaterale Schema wieder hervorzubringen, das der Katholischen Kirche dient, zieht die heterogene und Mehrzahlwirklichkeit des Islams nicht in Betracht. "

- Àlex Seglers Gómez-Quintero, zitierte in der Fall Studie: Spanien

CIP und seine Rolle bei der Untersuchung der Scharia im Westen

Das Centre for Islamic Pluralism (CIP) ist ein internationales Netzwerk von gemäßigten muslimischen religiösen Gelehrten, Journalisten, Autoren und Gemeindeführern. Es besteht sowohl aus Gläubigen der sunnitischen und der schiitischen Interpretation des Islam, als auch aus Anhängern der geistigen Tradition des Sufismus. Es wurde 2004 vom amerikanischen Autor Stephen Suleyman Schwartz gegründet, welcher 1997 zum Islam konvertierte. Er ist der Autor einer Bestseller-Studie über saudisch-finanzierten islamischen Fundamentalismus (Wahabismus), "The two Faces of Islam: Saudi Fundamantalism and its Role in Terrorism". Dieses Buch war die erste Darstellung der saudischen Rolle zu den Ursprüngen von Al-Qaida, die im Westen veröffentlicht und in weiten Teilen der muslimischen Welt übersetzt und gelesen wurde. Schwartz hat außerdem "The other Islam: Sufism and the Road to Global Harmony" veröffentlicht.

Im Jahr 2009 unterhält das CIP vollzeitlich Webseiten und Aktivitäten in den USA, Großbritannien, Deutschland und dem Balkan. Außerdem operiert es in mehr als 25 Ländern mit Korrespondenten. Die britische Abteilung des CIP ist sowohl für den britischen Islam, als auch für Saudi Arabien, den arabischen Ländern generell, Pakistan, Indien und Bangladesh verantwortlich; die deutsche Abteilung beobachtet Deutschland, die Türkei und den kurdischen Raum; Der Balkan hat seine eigene Abteilung. Das CIP hat Korrespondenten und Kontakte mit anderen Gruppen in Kanada, den Niederlanden, Frankreich, Schweden, Russland Israel (inklusive der israelisch-arabischen Gemeinschaft), Irak, Pakistan, Indien, Kazachstan, Usbekistan, China, Singapur, Malaysia und Indonesien.

2007 bekam das CIP eine Bewilligung zur Studie zur Untersuchung der Durchdringung der Scharia bzw. der Agitation zur Adoption des islamischen Rechts in Westeuropa betreffend GB, Irland, Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und Spanien. Die folgende Monographie ist das Produkt dieser Beihilfe dieses Zuschusses. Das Schreiben und Editieren wurde von CIP Executive Director Stephen Schwartz durchgeführt, die Forschungen wurden zum Großteil vom CIP International Director Irfan Al-Alawi, einer führenden Person des globalen sunnitischen Islam, dem CIP Deutschland Director Veli Sirin, dem CIP General Studies Director Kamal Hasani und dem CIP UK Research Director Daut Dauti koordiniert. Qanta Ahmed, MD, ein Physiker aus New York, trug die Ergänzung über islamistische Ideologie in der britischen medizinischen Ausbildung zur Fallstudie: Großbritannien bei. Das CIP-Team umfasst sowohl voll qualifizierte sunnitische und schiitische Experten im Bereich der Scharia, als auch einen heterodoxen Sufisten, einen heterodoxen Schiiten und einen säkularen Muslim. Hierdurch ist eine Artentische Repräsentativität der Diversität gemäßigter muslimischer Meinungen gewährleistet.

Methodologie

Dieser Überblick beginnt mit den grundlegenden Definitionen des Begriffs Scharia und der Erklärung der Ursprünge und Beschaffenheit der Scharia-Kontroverse in Westeuropa und einer Besprechung von Texten zum Thema Scharia aus Westeuropa. In der Geschichte des Islam wurde die Scharia in Schulen des islamischen Rechtes (madhahib) gelehrt. Die traditionelle Scharia beruht auf einem anerkannten Kanon, von dem einige bedeutende Elemente übersetzt und auf Englisch veröffentlicht worden sind.

Aber in der islamischen Welt und im Westen hat die traditionelle Scharia einen Widerpart: die radikale Scharia. Viel vom Korpus der radikalen Scharia wird heute von aktuellen Fatwas geleitet, einige hiervon auf Webseiten veröffentlicht.

Diese Studie hellt die Unterschiede der beiden konträren Varianten auf. Hinzu sind jedoch andere Phänomene unter Moslems im Westen aufgetreten. Dies schließen die "Schatten-Scharia" ein, in der die radikale Scharia als eine geheime, illegale oder informelle Art unter muslimischen Einwanderern und ihren Nachkommen im Westen angesehen wird und eine Innovation, welche wir als "Parallel-Scharia" bezeichnen, entwickelt als ein geplanter separater juristischer Kanon, der muslimische Angelegenheiten, innerhalb der rechtlichen Strukturen westlicher nicht-muslimischer Länder regelt.

Die Monographie schließt Fallstudien ein, die den Einfluss der Scharia Agitation in Fünf Ländern bewertet. Die Scharia umfasst ausschließlich persönliche Reigions-Ritualaspekte, wie Regeln für Gebet, Waschungen, Diät, Fasten, Wohltätigkeit, männliche Beschneidung und Begräbnis, welches wir von der Analyse ausnehmen, da sie in fast niemals im Widerspruch in den Beziehungen zwischen Moslems und Nichtmoslems stehen.

Jede dieser Fallstudien ist in vier Schlüsselbereiche gegliedert.

(1)Familie/Schulausbildung

Weil religiöses Recht für Ehe und Scheidung und Schulwahl bereits seit langem als nicht bedrohlich für westliche Gesellschaften akzeptiert ist, sind diese Bereiche ein verwundbares Ziel der Scharia-Anhänger für ideologische Durchdringungen und Manipulationen. Radikale Scharia Agitatoren verlangen Ehe und verwandte Themen der religiösen Rechtsprechung zu unterwerfen und muslimische Kinder nur in islamischen Schulen zu unterrichten.

Wir haben die Wirkung der Scharia-Agitation in Beziehung zum Familienverhalten und Schulteilnahme, wie beschrieben, durch Kleriker, Gemeinschaftsführer und andere gemäßigte Moslemische Vertreter sowie in moslemischen und nicht moslemischen Medien analysiert.

Wir haben mit unseren Gesprächspartnern folgendes diskutiert und empirisch untersucht: Wächst die Zahl an privaten Scharia-orientierten Grund- und Weiterführenden Schulen? Haben die Forderungen für eine Einführung von islamischen Lehrplänen in staatlichen Schulen, wie etwa vorgeschlagen durch den Moslemischen Rat Großbritanniens und in Deutschland und andern Ländern diskutiert, Unterstützung von Eltern und Schülern erhalten? Verzichten junge Leute auf ein Date oder eine inter-geschlechtlich Bekanntschaft ohne eine Anstandsdame? Drücken Eltern ihre Unzufriedenheit über inter-geschlechtliche Arrangements in staatlichen Schulen aus? Ist die Opposition gegen soziale Kontakte und Freundschaft mit Nicht-Muslimen unter jungen Muslimen und Muslimen generell gestiegen? Entschiedener gehen wir der Frage nach, wie viele die, die

behaupten die Scharia in Großbritannien und anderswo zu unterstützen, wirklich über die Scharia Bescheid wissen, oder ob das einfach ein Tropus ist, der politische Unzufriedenheit oder Jugendaufruhr ausdrückt.

(2) Institutionalisierung der Scharia durch nicht muslimische Regierungen ("Parallel-Scharia")

Das überragende Ziel der radikalen Scharia Offensive im Westen ist, die "Parallel-Scharia" als offizielles Recht anerkennen zu lassen, was zu einer allgemeinen Rechtsprechung über Muslime neben dem Gewohnheitsrecht im Westen führen soll. Wir haben sowohl islamische Quellenmaterialien untersucht und analysiert, die zu dieser Ansicht geführt haben, als auch Meinungen von radikalen Scharia Gruppen und nicht-muslimischer Verteidiger der Etablierung des Scharia Rechtes für Muslime im Westen. Wir haben erforscht, wie umfassend diese Länder "Parallel" und "Schatten" Scharia Institutionen erlaubt haben, offen oder geheim zu fungieren und auf dieser Basis den Erfolg der Befürwortung für die "Parallel-Scharia" in westeuropäischen Rechtssystemen evaluiert. Wir haben Einstellungen zu "Scharia-basierten Gemeinschaftsvermittlungsdienstleistungen" als ein Vorwand für "Parallel-Scharia" untersucht.

Wir hinterfragten auch den Einfluss saudischer, türkischer, marokkanischer und anderer staatlich-gesponserten religiösen Strukturen bei der Verwaltung von Moscheen und Gemeinschaftseinrichtungen untersucht, da Muslimische Geistige in Westeuropa häufig Ausländer sind und einige in der radikalen Form der Scharia ausgebildet worden sind. Wir haben die Effekte der Scharia Agitation auf die feststehenden westlichen Rechtstheorien darauf hin analysiert, ob Scharia Anhänger die Durchsetzung des Scharia-Rechts im nicht-muslimischen Rechtssystem fordern und dabei erfolgreich sind.

(3) Kriminelle Aspekte

Weil radikal Scharia-Verfechter unterrichten, dass Moslems westliches Gesetz ignorieren können, untersuchten wir die Rolle der Islamistischen Ideologie ihrer Anreize und der Rechtfertigung solchen Verhaltens, und der Rolle des radikalen Islams in westeuropäischen Gefängnissen.

(4) Umgang mit Frauen

Wir hinterfragten umfassend die Viktimisierung muslimischer Frauen unter dem Vorwand der Scharia in Westeuropa, und ob sich die in Anspruchnahme von Scharia Autoritäten oder -Gerichten angestiegen oder abgesunken ist bei gewöhnlichen Scheidungsfällen, Beschwerden der häuslichen Gewalt, dem so genannten "Ehre"-Mord, dem Vorkommen der erzwungenen Ehe oder Scheidung und Fälle der weiblichen Genitalverstümmelung (WGV). Wir haben spezifische Phänomene und nicht moslemische und Moslemische öffentliche Reaktion hierzu dokumentiert. Als eine Ergänzung zu diesen Untersuchungen haben wir die Rollen von nicht-muslimischen Gerichten, Strafverfolgung, Schutzagenturen, Frauengruppen, Beratungsstellen, und verwandter Institutionen untersucht.

Ergänzende Kapitel besprechen die religiösen Rechtfertigungen für ein Eindringen von radikalen Scharia Konzepten in der westlichen medizinischen Ausbildung und des "Islamischen Finanzwesens" im Westen, deren Evolution an verschiedenen Stellen in dieser Untersuchung nachgegangen wird.

In allen vier allgemeinen Gebieten dieser Erhebung haben wir das Ausmaß untersucht, zu welchen Grad das Bemühen der radikalen Scharia im Westen hauptsächlich Agitation ist und ob dessen Wirkung eher von Einstellungen, als von funktionalen Handlungen reflektiert wird. Wir analysierten die Aussagen von einigen Akademikern und führender Regierungsmitarbeiter über

vorige Antworten und Perspektiven auf der zukünftigen Antwort auf die radikale Scharia Agitation. Die zusammenfassenden Hauptfragen, die aus der Diskussion über Scharia in Westeuropa zu ziehen sind:

- Wie bringen Scharia Befürworter radikale Ideologie vor, und/oder dienen der Verdeckung von terroristischen Konspirationen?
- Wie kämpfen Befürworter der radikal- oder parallel-Scharia mit Einwänden gegen ihre Tätigkeiten durch Frauen, säkularer Moslems, Gemäßigte und Traditionalisten an, und umgekehrt?
- Konsultieren Familien öfter religiöse Führer oder übermitteln Fragen an Scharia Websites vor dem Treffen von Entscheidungen?
- Ist freiwillige Gemeinschaftsvermittlung basierend auf dem Islamische Gesetz ein geeignetes Konzept bei dem faire Behandlung versichert werden können?
- Wie können im Westen ausgebildete und wohnende muslimische, nicht-Scharia orientierte Rechtsexperten dabei unterstützt werden, eine professionelle Lobby zu gründen?
- Kann die Scharia modernisiert werden, um in einer besseren Harmonie mit dem westlichen Recht zu stehen?
- Hat Scharia in irgendeiner Form, abgesehen von ausschließlich persönlichen religiösen Angelegenheiten, einen Platz im westlichen muslimischen Leben?
- Wie waren Regierungen oder andere Offizielle Antworten erfolgreich oder fehlschlagend, und warum?

Das CIP hofft eine jährliche oder zweijährliche aktualisierte Ausgabe dieses Berichtes zu produzieren.

Ein einleitender Punkt sollte über die Soziologie kürzlich eingewanderter Moslems in Westeuropa verstanden werden. Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, und Spanien sind Länder, in denen die Immigrationsmuster stark unter dem Einfluss der Kolonialgeschichte der Moslemischen Welt stehen und in den letzten zwei Fällen, eine gemeinsame geografische Position mit den muslimischen Ländern im Mediterranen Raum vorhanden ist. Intraislamische Dispute in Großbritannien und Frankreich können oft Einstellungen oder zumindest die Rhetorik über Kolonialverhältnisse und die vergangenen oder gegenwärtigen Politik der Gastländer in muslimischen Ländern widerspiegeln. Diese Angelegenheiten gibt es auch, aber viel weniger prominent, in den Niederlanden und Spanien. Deutschland, ohne aktuelle Geschichte der Kolonialisierung in der muslimischen Welt, hat fast kein Kollektivgedächtnis einer deutschen Präsenz unter Moslems.

Scharia, eine Definition

Typischerweise wird die *Scharia* als islamisch-religiöses Recht bezeichnet. Allerdings hat der Begriff *Scharia* zwei Bedeutungen: Eine allgemeine und eine spezielle. In der allgemeinen Bedeutung steht sie als Synonym für das islamische (arabische) Wort für Glauben (*din*). In diesem Kontext wird es manchmal statt "Glauben" verwendet, so dass wir in islamische Quellen Verweise auf *Shari'at-ul Islam* oder *Shari'at-ul Musa* finden, die den islamischen oder jüdischen Glauben bezeichnen. Nach dieser Definition beschreibt Scharia Glauben im transzendentalen Ursprung, zu welchem die Menschen durch göttliche Propheten gerufen wurden, wobei keine Unterschiede oder gegensätzliche Meinungen unter den Propheten erkannt werden. Auf diese Art betrachtet gibt es nur eine monotheistische Religion. In der Geschichte der monotheistischen Religionen hat der Schöpfer mehrere "*Scharias*" offenbart. Nach dem Koran und der Sunnah, oder auch dem Körper des islamischen Glaubens, wurden fünf "*Scharias*" bekannt gemacht: Die von Noah (Nuh im Islam), Abraham (Ibrahim), Moses (Musa), Jesus (Isa) und die Scharia des Propheten des Islam, Mohammed.

Der Islam verkündigt die Scharia als Recht über Angelegenheiten des rituellen und des alltäglichen Lebens, die die grundsätzlichen muslimischen Verpflichtungen beinhalten, inklusive dem Gebet und der Waschungen, Diät und Fasten, dem Verteilen von Almosen und weiterer solcher Angelegenheiten der geistigen Pflichten, wie die Beschneidung von Männern und Begräbnissen. Des Weiteren reguliert der Islam bestimmte finanzielle und geschäftliche Transaktionen (Verbot von Einkommen, welches durch den Verleih von Geld entstanden ist, *riba*), wie auch des Erbens, der Heirat und Scheidung, anderer moralischer Fragen der Säuberns und der der persönlichen Hygiene (insbesondere unter den Shia-Muslimen), des Strafrechts und Kriegs.

Die Scharia kann in Bereichen von essentieller ritueller Bedeutung auf eine Weise funktionieren, welche prinzipiell nicht die Rechte von Nicht-Muslimen beeinträchtigen sollte. Aber in islamischen Ländern hat sich die Scharia in zwei Richtungen entwickelt: a) traditionell und b) Islamistisch-Ideologisch. Die extremislamistische Ideologie ist weder traditionell noch konservativ, sondern radikal und sogar revolutionär. Überdies kann das Konzept der "*Parallel-Scharia*", mit seinen scheinbar unaufdringlichsten Elementen, störend auf die westliche Gesellschaft einwirken.

Traditionelle Scharia

In den ersten sieben Jahrhunderten der islamischen Geschichte wurde die Scharia als ein "universeller" Rechtsstandard behandelt und, soweit es möglich war, auf alle Aspekte angewandt. Heute ist die traditionelle Scharia "privat" begrenzt auf die religiösen Verpflichtungen der Muslime und Elemente des Familienrechts.

Die traditionelle Scharia beinhaltet fünf Schulen der Interpretation. Diese sind:

Die älteste, die *Hanafi* Schule der sunnitischen Rechtssprechung wurde von Abu Hanifah (699-765 N.Chr.) gegründet und ist anderen Meinungen gegenüber am tolerantesten. Sie ist auch die einflussreichste der vielen Rechtsschulen der heutigen muslimischen Welt, dominierend in der Türkei, dem Balkan, Zentral Asien und chinesisches Turkistan, Afghanistan, Pakistan und Indien. Abu Hanifah versuchte aus dem göttlichen Gesetz Regeln zu fünf Kategorien menschlichen Handelns abzuleiten: Dem Verbotenen, dem nicht gestatteten oder -gewollten, dem erlaubten, der *Sunnah* oder freiwilligen Tugenden und den Pflichten. Rechtliche Auseinandersetzungen zwischen Gelehrten vor einem Richter (*qadi*) oder beim Erlangen von *Fatwas* zu dem, was erlaubt und was

verboten ist, ruhten auf den fundamentalen Schriften des Islam: *Koran*, dem *Hadith* und dem Leben des Propheten und seiner Begleiter. Diese wurden ergänzt mit neuen Regeln, basierend auf Analogien (*qiyas*) Ähnlichkeiten oder Parallelen Beispielen menschlichen Verhaltens im *Koran* oder im *Hadith*. Juristen griffen auch auf den Konsens der Gelehrten zurück.

Drei andere Schulen sind in Generationen der Befolgung der Lehre Abu Hanifah aufgetaucht, diese wurden auch zum Standard im sunnitischen Islam und werden als gleichwertig angesehen. Jede hat ihre eigenen methodischen Schwerpunkt.

Malikis sind nach Malik ibn Anas benannt, einem Einwohner von Medina der vom Propheten Mohammed gegründeten utopischen Stadt, und sind auf ursprüngliche Medinite übliche und gesetzliche Methoden spezialisiert. Diese Tradition schlug tiefe Wurzeln im Moslem Spanien und im Norden und Westen Afrikas, wo es die wichtigste Islamische gesetzliche Schule bleibt.

Shafi'is, die Muhammad ibn al-Shafi'i folgen, stützte ihre Urteile auf den hadith sowie den Gebrauch der Analogie. Der Gründer dieser Tradition begann als Student von Malik Ibn Anas. Sein Einflussgebiet schließt heute Ägypten, die arabischen Staaten des Nahen Ostens (außer der arabischen Halbinsel und dem Persischen Golf), sunnitische Kurden, und Moslems im Indischen Ozean und Südostasien ein.

Hanbalis werden von Ahmad ibn Hanbal, einem Pionier der fundamentalistischen Theologie im Islam inspiriert. Seine Schule betonte den Gebrauch von authentischem hadith in der Bevorzugung vor der Analogie. Es herrscht heute auf der arabischen Halbinsel und die Golfstaaten vor.

Die meisten Shias folgen einer anderen Schule, dem *Jafaris*. Diese Form der Rechtskunde schließt Beschlussfassung beruhend auf *ijtihad*, oder Person, das inspirierte theologische Denken durch anerkannte Behörden ein. *Ijtihad* wird selten von Westländern verstanden und häufig von ihnen mit der Person gleichgestellt, die im Allgemeinen vernünftig urteilt.

Von der universellen zur persönlichen Scharia

Mit dem Aufstieg der Türkischen- und Mongolischen-Moslem-Reichen im 13. Jahrhundert änderte sich der Status von Scharia im Islam. Scharia hörte auf, "universell" zu sein. Die Türken und Mongolen akzeptierten den Islam und die Autorität von Scharia in Ritualen wie Gebet, Waschungen, Diät, Fasten, Wohltätigkeit, männliche Beschneidung, und Begräbnis. Aber sie weigerten sich, ihre eigenen Systeme des üblichen Rechtes aufzugeben, das sich in Zentralasien über Jahrtausende entwickelt hatte. Der osmanische Sultan Suleyman das Großartige (1494 - 1566) veröffentlichte einen gesetzlichen Code getrennt von Shariah, beruhend auf das türkische Gesetz, und der Verbrechen und andere Zustandsverwaltungsangelegenheiten von der religiösen Rechtsprechung entfernte. Deshalb ist er Moslems als Suleyman Kanuni oder Suleyman der Gesetzgeber bekannt. Dieses osmanische "weltliche Gesetz" bestand in Verbindung mit der Scharia, obwohl osmanische Moslem-Kleriker das Argument anführten, dass die weltlichen Gesetze ein Teil von Scharia waren. Im Islamischen Diskurs nach dem Verschwinden von Bagdader Kalifat (khilafah) 1258 wird das ganze Gesetz, einschließlich des nicht islamischen Rechtes, als Scharia betrachtet, eine Variante der Ansicht auf vielfachem "Scharias" festgesetzt am Anfang dieser Teil widerspiegelnd, und von denen Islamischer Scharia ein, heiliger Ausdruck ist. Weil der osmanische Staat der stärkste Moslemische Staat in der Geschichte war, kam die traditionell Scharia, um mit solch einer "Ungleichheit des Gesetzes" identifiziert zu werden. Das ist die Basis von traditionellem Shariah heute: ein Scharia wird angewandt auf die persönliche Praxis der religiösen Einhaltung, Familienprobleme, und Finanz, aber nicht bei Verbrechen oder der Regierungsgewalt. Diese Beziehung hat der deutsche Akademiker Mathias Rohe (Universität von Nürnberg) beim Schreiben über die Scharia in Europa wie folgt zusammengefasst: "Es gibt zur Zeit zwei Definitionen, die sich in bemerkenswerter Weise unterscheiden und Missverständnisse in öffentlichen Diskussionen hervorrufen. Im weiteren Sinne verweist *shari'a* auf eine Art religiöser und rechtlicher Regelung, die im Islam vorgeschrieben ist. Dies beinhaltet Regeln zu den Pflichten des Gebets, des Almosen-

Verteilens sowie zu Vertrags-, Familien und Strafrecht. Sowohl die meisten der Nicht-Muslime in Europa als auch viele Muslime, insbesondere von türkischer Herkunft, verstehen den Begriff *schari'a* im engeren Sinne, begrenzen ihn auf die rechtliche Regulation des Persönlichen, der Familie, des Erbens und der körperlichen Züchtigung. Während die Beachtung der Regeln des Gebets, des Fastens etc. gewöhnlich keine Probleme verursacht, würde die Anwendung letztgenannter ernsthafte Konflikte in Europa verursachen”.

Aus diesem Grund, und wegen des historischen Einflusses der europäischen, sowjetischen und in den Philippinen, der amerikanischen Kolonialherrschaft, verweist die Scharia heute jede muslimische Gesellschaft der Welt, außer Saudi Arabien, Iran und der Sudan hauptsächlich auf die religiösen Pflichten und eingeschränkt in familiären Angelegenheiten, während die kommerzielle, zivile und strafrechtliche Gesetzgebung auf nicht muslimischem Recht basiert. (überraschender weise hat der Iran Aspekte des europäischen Rechts beibehalten.) Die Türkei erkennt lediglich säkulares Recht an, während die Situationen vieler ex-kommunistischer muslimischer Länder unklar ist und einer tiefer gehender Untersuchungen bedürfen.

Persönliche Scharia

Als ein Beispiel der exklusiv persönlichen Scharia ist es allen Muslimen verboten Alkohol oder Schweinefleischhaltige Produkte bzw. Nebenprodukte, wie Gelatine oder Schweinsleder zu konsumieren bzw. zu nutzen. Schiiten ist es auch verboten die meisten Meeresfrüchte und einige andere Fische zu essen und sie sind dazu verpflichtet stringenteren Regeln in Bereichen der individuellen Sauberkeit oder "Kontamination" als die Sunniten zu befolgen. Scharia Konsultationen zwischen Klerikern regeln welche Konsumgüter der gläubige Moslem erwerben, anderen anbieten, konsumieren oder trinken und tragen darf (ein Schweinsleder ist z.B. Verboten). Dies sind vollkommen individuelle Angelegenheiten in jeder Gesellschaft der Welt. Moslems stehen selten im Risiko ihre persönlichen Verpflichtungen in diesen Angelegenheiten durch teilhabe an westlichen Gesellschaften zu verletzen – ein negatives Beispiel ist allerdings das Verpflegen von moslemischen Soldaten in nicht moslemischen Streitkräften mit Schweinefleisch oder von moslemischen Insassen in Gefängnissen.

Die Scharia-Regeln für moslemische Gebete sind unterschiedlich, je nach lokalem Standard, welcher von den fünf am weitesten anerkannten und hauptsächlich geographisch juristischer Interpretation bestimmt wird, gehen aber nicht über den Gebetsplatz in der Moschee und daheim hinaus. Die Scharia regelt andere religiöse Gebräuche, welche normalerweise nicht Angelegenheit des öffentlichen Rechts im Westen sind – Waschungen, Diät, Fasten, Wohltätigkeit, männliche Beschneidung und Begräbnis. Nichtmoslems müssen, in den meisten Fällen, nicht über die klerikale Kontrolle des Schlachtens von Fleisch besorgt sein. In diesem begrenzten Sinne funktioniert die persönliche Scharia bereits auf freiwilliger Basis, wo immer Moslems im Westen leben und stellt keine Gefahr für das westliche Rechtssystem dar.

Dennoch kann der Trend zur Unterbringung des moslemische Gebets in westlichen öffentlichen Einrichtungen, insbesondere Schulen und Verwaltungsgebäude in solchen Räumlichkeiten in der Scharia Geschlechtertrennung während des Gebetes als auch Kopftücher (*hijab*), welche die Standards religiösen Nichteingriffs in der öffentlichen Bildung in Frankreich (für alle Mädchen und Frauen) in Deutschland nur für Lehrer injizieren. Scharia konforme Bestattungen schreiben Körperwaschungen, eine Bestattung 48 Stunden nach dem Tod und weitere solcher Details vor. Letztere Punkte sind vollkommen irrelevant für Nichtmuslime, auch wenn die Praxis lokaler nicht muslimischer Gerichtsmediziner Leichen über das Wochenende nicht innerhalb der vorgeschriebenen 48 Stunden Periode freizugeben, hat, wie wir wissen, zu einigen Beschwerden in

Großbritannien geführt.

Muslimen ist es verboten mit dem Interesse Geld zu verdienen (*riba*), Geld zu verleihen oder zu investieren und viele führende Banken und Investmenthäuser im Westen unterstützen seit langem Scharia Beiräte um Muslimischen Klienten auf eine Weise zu bedienen, die mit diesem Verbot im Einklang steht. In der Scharia begründete Investitionsleistungen beeinflussen das Leben von nicht-Muslimen nicht. Nichtsdestoweniger ist das Verbot von Einkommen aus Zinserträgen ein Faktor der institutionellen und rechtlichen Separation von Muslimen und ihren nicht-muslimischen Nachbarn. Deshalb liegt die Debatte über Zinsgeschäfte und des ideologische Ursprung des so genannten "islamischen Finanzwesens" im Westen im Bereich dieser Untersuchung und wird später behandelt.

Der umstrittenste Teil der traditionellen Scharia: Familienrecht

Die traditionelle Scharia umfasst Bereiche der Kontroverse und Spannung, trotz seines persönlichen Charakters, denn das Persönliche beinhaltet das Familiäre.

In Bezug auf Familienangelegenheiten ist die traditionelle Scharia mehrdeutig, denn Ehe, sexuelle Beziehungen, Scheidung und Wiederheirat werden von Scharia-Traditionalisten als bestimmt von religiösen Recht angesehen, statt von Zivil- oder Gewohnheitsrecht. Gesetze gegen Polygamie, welche im Islam verboten ist, werden generell von traditionellen Moslems, die in nicht muslimischen Ländern leben, eingehalten und Polygamie ist zunehmend selten in muslimischen Gesellschaften. Aber viele Muslime im Westen lehnen eine westliche Heirat ab, oder werden von westlichen Recht abgehalten, wie in den Fallstudien beschrieben, westliche Gerichte zwecks Scheidung und Erbangelegenheiten aufzusuchen. Die traditionelle Scharia hält die Recht der Frauen in Fragen der Heirat, der Scheidung, des Erbens und verwandter Angelegenheiten *de jure* hoch. Verbesserungen in Sachen Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen können idealerweise in muslimischen Ländern ebenso wie im Westen durch eine Neubestimmung hin zu unterschiedlichen rechtlichen und anderen öffentlichen Foren, sowohl religiöser als auch säkularer, Frauen bleiben ein gewisses Problem in vielen, aber nicht allen, muslimischen Kulturen. So sind zum Beispiel so genannte "Ehren"-Morde, Zwangs- oder arrangierte Ehen, Zwangsscheidungen von Mitgliedern "unangemessener Stämme" und weibliche Genitalverstümmelungen (WGV) bosnischen Muslimen unbekannt, welche höchst europäisch sind, während WGV im besonderen hauptsächlich auf Arabische und Afrikanische Länder begrenzt ist, mit der bemerkenswerten Ausnahme Kurdistans. Und doch bleibt die traditionelle Scharia in der breiteren muslimischen Welt widersprüchlich in der Frage zu arrangierten bzw. nicht konsensuellen Heirat, indem sie die Heirat mit der Zustimmung der Braut empfiehlt, aber keine klare Garantie einer freien Wahl der Frau bietet.

Gegenwärtige Schriften zur Scharia sind zunehmend problematisch zu solchen Themen wie sogenannte "Ehren"-Morde und WGV. Scharia Traditionalisten in Ländern, die von sogenannten "Ehren"-Morden und WGV betroffen sind, bezeichnen diese als Stammgebräuche die mit religiösen Recht nichts zu tun haben oder diesen entgegenstehen. Das europäische Parlament veröffentlichte 2007 einen Bericht über die sogenannten "Ehren"-Morde und stellte heraus: "Honour killing is often mistakenly believed to be an Islamic practice or a practise condoned by Islam since it often occurs in Muslim-majority societies. In actual fact honour killing is forbidden in Islam and there is no mention of this practise in the *Qur'an* or in the *Hadiths*. There is little evidence of the practice in Muslim-majority countries such as Indonesia or Malaysia". Weibliche Genitalverstümmelung (WGV) ist eine pre-islamische Praxis. Während wir zustimmen, dass der Missbrauch von Frauen und Kindern unter dem vorgeblichen Mantel der Scharia nicht der islamisch-religiösen Inspiration

per se zugeschrieben werden kann, glauben wir, dass das Beispiel Saudi Arabiens, welches sich selbst als Führer der islamischen Welt bezeichnet und wo sogenannte "Ehren"-Verbrechen, WGV, Zwangsehen, Zwangsscheidungen und verwandte Bräuche institutionalisiert sind, zeigt, dass derer Übernahme in islamische Kulturen und die Mitschuld muslimischer religiöser Führer in deren Beibehalten, in dem es ihnen nicht gelingt, sie zu bekämpfen oder den Opfern zu helfen, erkannt werden muß. Erzwungene Ehe ist unter den Islamischen Eliten der großen Städte Pakistans, der Türkei, und des Nördlichen Afrikas hauptsächlich verschwunden, welche die Hauptorte des Ursprungs von Moslemischen Einwanderern nach Westeuropa sind, und wird als eine ländliche Gewohnheit allgemein in den armen Ländern und Bezirken des Südlichen Asiens, der Türkei, Marokkos, Algeriens, und der Subsaharischen Länder angesehen.

Aber unterentwickelte Gebiete sind genau diejenigen, die häufig die größten Zahlen von Einwanderern nach Westen erzeugen. Auf seine eigene Weise ist Wahhabi, Saudi-Arabien, wo super moderne Städte und nomadische Bräuche nebeneinander bestehen, und welche Ideologie und Geld stärker ausführt als Menschen, ist eine städtische Umgebung mit ländlichen Werten, welche dort Frauen gegenüber feindlichen Grund-Methoden gegründet ist.

WGV wird als obligatorisch von Anhängern von Shafi'i Ssharia, einschließlich vieler Araber sowie sunnitischer Kurden, betrachtet, aber nicht in den Shafi'i Gebieten des Indischen Ozeans und ist selten oder verboten in Südostasien (z.B das ist in Indonesien Verboten). Es gilt als tugendhaft, wird aber nicht verlangt von Hanbalis, und als eine Gewohnheit annehmbar gemäß dem Wunsch des Mannes bei den Hanafis gesehen. Es ist ein implizierter, aber nicht eine auszuführende Praxis in der Maliki Shariah. WGV wird allgemein im schiitischen Islam verboten. Chirurgen, die eine WGV-zurück-operieren, sind jetzt in einigen Ländern aktiv.

Traditionelle Scharia verlangt persönliche Bescheidenheit bei Männern und Frauen gleichermaßen, aber fordert nicht das Tragen von kompletter Körperbedeckung oder anderen extremen Methoden für Frauen.

Der Status aller Formen der Familien Shariah steht jetzt in Moslemischen sowie nicht moslemischen Gesellschaften zur Debatte. Shariah ist nicht ein unveränderlicher gesetzlicher Standard. Wie gemäßigte und traditionelle Moslems die gesetzliche Verwundbarkeit von Moslemischen Frauen richten werden, ist unvorhersehbar.

Die Traditionelle Scharia ist, wir betonen, gegründet auf eine pluralistische Debatte unter Experten, begründet auf der gründlichen Studie von Autoritäten und Präzedenzfällen, sowie der Anerkennung zu unterstreichen: "Die Scharia ist das ganze Gesetz", so haben die Schara und das weltliche Recht in muslimischen Ländern koexistiert und einige Fälle außerhalb des religiösen Rechtes fallen. Die Reform der traditionellen Scharia, um Frauenrechte zu stärken, kann nicht ausgeschlossen werden, aber noch bietet sich eine Lösung notwendigerweise an, wenn eine reformierte traditionelle Scharia als ein harmloser oder sogar progressiver Faktor innerhalb einer breiteren Strategie für die Einführung "Parallel-Scharia" in westlichen Staaten präsentiert wird. Die Zukunft von Shariah im Allgemeinen, abgesehen von klar individuellen religiösen Verpflichtungen und persönlicher Hygiene, ist noch schwieriger vorauszusagen als Änderung im Status von muslimischen Frauen.

Die Kreuzung von Shariah und weltlichem Gesetz ist auch widersprüchlich. Wie man betrachtet, hat Osmanische weltliche Gesetze, beruhend auf das übliche Gesetz, einen Schritt weg von direkten der Shariah genommen. Aber sunnitische kurdische Gemeinschaften, sowie Saudi-Arabien, das Horn Afrikas, und die Gebiete geografisch in der Nähe Letzteres (besonders Ägypten) sind unter dem Einfluss anderer Varianten des üblichen Gesetzes, und erlauben so genannten "Ehren"-Mord und WGV. Die Beziehung zwischen traditionellem Shariah und dem westlichen Gesetz ist aber im

Vergleich mit der Situation von radikalem Shariah und dem Westgesetz ähnlich kompliziert, das ist nicht gewaltsam gegensätzlich. Im traditionellen Islam werden Moslems, die in nicht moslemischen Ländern emigrieren, auferlegt, um den Gesetzen und den Bräuchen des Landes zu folgen, in das sie einwandern, und ein gutes Beispiel für ihre nicht moslemischen Nachbarn zu sein. Das Ziel dieser feststehenden Leitung war, die Sicherheit der einzelnen Moslems, ihrer Familien und ihren Gemeinschaften zu versichern, obwohl neue Theoretiker der "parallelen Shariah" "das Anführen eines guten Beispiels" in erster Linie in Bezug auf Islamischen *da'wa* oder missionieren definiert haben. Moslemische Straftaten und Herausforderungen zum Gewohnheitsrecht in westlichen Ländern waren bis zum Anstieg der radikalen Shariah Ideologie am Ende des 20. Jahrhunderts selten.

Die Einstellungen zur politischen Teilnahme von Moslems, die in nicht moslemischen Gesellschaften wohnen, sind ein wichtiger Unterschied zwischen traditioneller oder radikaler Shariah. Anhänger von traditionellem Shariah haben normalerweise Staatsbürgerschaft in Westländern gesucht, schlossen sich politischen westlich orientierten Parteien an, und nehmen an lokalen Abstimmungen teil (auch als Kandidaten). Außerdem erlaubt traditionelle Shariah Selbstmordterrorismus oder andere Formen der Gewalt gegen Bürger nicht. In traditionellem Shariah kann *Dschihad* oder religiös befohlenem Gefecht nur von einem anerkannten, globalen Emir, oder "Kommandanten der Gläubigen" aufgerufen werden, solche, wie sie heute der Moslemischen Welt fehlen. Der Demagoge Osama bin Laden ist kein Emir und weder er noch die Führer der palästinensischen islamistischen Bewegung Hamas, der Taliban oder jihadistischen Kader in Pakistan haben die keine Autorität, einen Dschihad auszurufen.

In einem bemerkenswerten Ausdruck des Prinzips der Akzeptanz westlichen Rechts von traditionellen muslimischen Einwanderern, beschreibt ein schiitisches Standard-Scharia-Handbuch *A Code of Practice for Muslims in the West*, welches auf den Schriften des irakischen Schiiten Ayatollah Ali Sistani, einem *marja* (Rechtsautorität, der irakische Schiiten zu folgen haben) basiert : "Wenn sich [ein Muslim] einer [nicht-muslimischen] Regierung verpflichtet – selbst indirekt (wie es die Einwanderungspapiere implizieren) – die Gesetze des Landes zu befolgen, ist es für ihn unerlässlich, diese Verpflichtung zu erfüllen." Dieses Konzept wurde von Rohe wie folgt reformuliert: "Unter Beachtung der Rechtsgrundsätze der shari'a war es weithin seit dem Mittelalter akzeptiert, dass diese nicht außerhalb des 'islamischen' Territoriums angewandt werden können und dass Muslims verpflichtet sind, entweder die Gesetze des Landes zu respektieren oder das Land zu verlassen und in muslimisch regierten Länder zurückzukehren... [Dies] verpflichtet Muslime, die Gesetze nicht zu brechen als Gegenleistung für die Garantie der persönlichen Sicherheit und des Schutzes durch den Staat, den er bewohnt." Es ist auch notwendig festzustellen, dass im traditionellen Islam Scharia auf Nichtmoslems nicht angewandt würde. Zum Beispiel sorgte man unter der Osmanischen Reichsherrschaft, das *millet* oder Religiöses Kommunalsystem getrennte Rechtssysteme für Juden und Orthodoxe Christen. Außerdem, wurden solche Verbote wie das Islamische Verbot des Verkaufs und Verbrauchs von Alkohol auf Nichtmoslems nie angewandt. Heute versucht nur Saudi Arabien unter den Moslemischen Ländern, seinen nicht muslimischen Einwohnern seine Interpretation der Scharia, unter anderem mit einem Verbot des Ausübens eines anderen Glaubens neben dem Islam und verstärkter Strafen wegen Alkoholkonsum.

Das Gespenst der Scharia hat auf Nichtmuslime in einigen westlichen Medien eine beherrschende Stellung eingenommen, besonders in den islamophoben. Aber das wahre Problem, das sowohl Moslems als auch Nichtmoslems angeht, ist nicht, dass gegen den Willen von Nichtmoslems die Scharia durchgesetzt wird, sondern eines jenes eines getrennten und diskriminierenden Systems, in das Muslime im Westen, unabhängig von ihren Bedürfnissen und Wünschen geschickt werden; entweder wegen fehlgeschlagener Versuche, sich wahrgenommener (aber falscher) muslimischer

Befindlichkeiten hin anzupassen oder wegen der Agitation von Radikalen.

Die radikale Scharia

Radikale Scharia wird in wenigen Moslemischen Ländern institutionalisiert: hauptsächlich, Saudi-Arabien, der Iran, der Sudan (ohne großen Erfolg), und einige Gebiete Pakistans, Malaysias, Indonesiens und Nigerias. Radikaler Shariah meint, dass der Westen ein Gebiet des Unglaubens ist, und dass Moslems, die in Westländern leben, Westgesetzen nicht folgen dürfen, sondern ihren eigenen Islamischen gesetzlichen Standard einsetzen müssen. Das Problem im Westen ist weniger einer der radikalen Scharia in der Praxis, außer wenn es die Unterdrückung von Frauen ermöglicht; eher schließt es ein ideologisches Zwiegespräch ein. Extremisten rufen vage für Institutionalisierung von radikalem Shariah in den Moslemischen Ländern sowie im Westen als ein Hinweis der Moslemischen Identität und als eine Schlagzeile für den Fundamentalismus, in dem junge Moslems indoktriniert werden sollen. Zur gleichen Zeit, und wie erklärt, im folgenden Teil sind neue Anforderungen an die "parallele Scharia", weiter zur Hauptströmung der Moslemischen und nicht moslemischen Meinung, mit dem westlichen Recht koexistierend, erschienen.

Wie bereits erwähnt, existiert die traditionelle Scharia in Ländern, die von Moslems regiert werden, mit Moslemischen Mehrheiten und wo der Islam Staatsreligion ist. Aber die Rechtsgrundsätze können variabel sein, gewohnheits- und säkulares Recht an die Seite von religiösen Recht setzen. (Das alte Turko-Mongolische Recht wird nirgendwo mehr anerkannt.)

Die radikale Scharia verlangt eine regressive Transformation: Ein "muslimisch regierte Staat" ist insuffizient und muss durch einen Theokratischen "islamischen Staat" ersetzt werden, in welchem die Scharia das alleinige Rechtssystem ist. Die von radikalen Islamisten geforderte Institution eines "Kalifats" oder *khilafah* ist typischerweise ein Metronym für das wiedereinführen einer Regierung ähnlich denen, die sich des Kalifat Bagdad im frühen 13. Jahrhundert auf ein exklusiv auf die Scharia basiertes Rechtssystem.

Traditionelle und radikale Scharia-Verfechter weichen in ihren Einstellungen bei Sitten und Familienrecht ab. Bei der traditionellen Scharia können Frauen verwundbar für Missbrauch sein, aber die Verfechter der radikalen Scharai behaupten religiöse Unterstützung für die Unterwerfung und Misshandlung von Frauen zu haben. Zum Beispiel behauptet Saudi Arabien, der radikalste Scharia Staat, dass die Scharia den Frauen das Fahren von Fahrzeugen untersagt, immer in der Öffentlichkeit mit loser, den kompletten Körper verdeckenden Bekleidung auftreten müssen, das Treffen von männlichen Nichtfamilienmitgliedern verbietet und andere Praktiken, welche die persönliche Entscheidungsfreiheit in anderen muslimischen Gesellschaften definieren. Besucher von Saudi Arabien 2007 haben berichtet, dass Frauen von den gebeten in der großen Moschee von Mekka und der Moschee des Propheten in Medina ferngehalten wurden, ein ernsthafter Rückschritt von 1400 Jahren islamischer Ordensregel.

Anhänger der radikalen Scharia manipulieren Probleme, die für Nichtmoslems unbedeutend sein sollten, so, dass sie als Basis für Extremisten dienen können. Bei der Zertifizierung von Konsumgütern, für die Freigabe von Gegenständen, die für Moslems erlaubt sind sollte die Scharia keine Rolle im Leben des Lebens von Nichtmoslems spielen, so lange keine Anstrengung gemacht wird, um Nachbarn von aufmerksamen Moslems das Recht ab zu streiten, zu nutzen oder zu kaufen, was sie wünschen. Getrieben von radikalen Scharia Befürwortern jedoch, wird versucht die Nachbarn von Moslems in einigen westlichen und asiatischen Ländern das Verkaufen, Erwerben oder gar das besitzen von Schweinen oder Alkohol zu verbieten. Ähnliche Verbote werden jetzt bezüglich des Vertriebs der christlichen religiösen Literatur z.B in Großbritannien behauptet.

Radikale Indoktrination zur Enthaltung von Westpolitik und Abgrenzung von Verbrechens- und Antiterrorgesetzen

Die radikale Scharia, wie sie von im Westen lebenden Moslems angewandt wird, fordert zur Enthaltung von westlichen öffentlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel zu wählen oder die Teilnahme bei anderen politischen Tätigkeiten, außerdem fordern sie eine Befreiung von westlichen Gesetzen gegen Selbstmordattentate und andere Gewalttätigkeiten gegen Zivilisten. Der Radikalismus des prominenten fundamentalistischen Klerikers Yusuf Al-Qaradawi - welcher in Ägypten geboren wurde, aber von Irland, Katar und Belgien aus operiert hat, und anderer wie ihm, ist nicht nur durch die Standpunkte über Frauen und sexualität definiert, sondern auch durch die ausführliche Polemik in Fragen der Rechtfertigung von terroristischen Aktivitäten in Israel, Irak, Afghanistan und anderer Länder. Al-Qaradawi wird oft als der religiöse Lehrer der Muslimbruderschaft, einer fundamentalistischen Bewegung, hauptsächlich in Ägypten, aber auch in vielen anderen muslimischen Ländern, angesehen.

Ebenso bedeutend ist, dass radikale Scharia-Befürworter, wie vor kurzem vom britischen Fernsehen offengelegt, in Saudi-Arabien und den USA aber schon lange bekannt, Muslime mit dem Glaube indoktrinieren, dass die Anhängerschaft an islamisches Recht muslimische Einwanderer oder deren Nachkommen von der Verpflichtung, Gewohnheits- und Strafrecht in westlichen Ländern befreie und es erlaube, soziale und persönliche Verantwortlichkeiten, die mit Nicht-Muslimen sowie nicht-radikalen Muslimen geringzuschätzen. Gemäßigte Moslems haben lange mit Bestürzung zugesehen, wie radikale Scharia Verteidiger jungen Moslems im Westen lehren, dass sie Frauen (Moslem oder Nichtmoslem) verführen oder heiraten und dann verlassen dürfen, oder Kinder von deren Müttern entführen, ohne oder zum Trotz einer gerichtlich angeordneten Sorgerechtsverfügung. Solche Einstellungen sind so selbstverständlich unter Saudis, die den Westen besucht haben, dass die bekannte saudische Tageszeitung *Al-Watan (Die Nation)* ende 2007 "Touristenhochzeiten" verurteilte und behauptete, dass den entsprechenden Wert von 25 Millionen USD dieser Ehen zusammen in den vorherigen 3 Jahren ausgegeben hatten. Saudische Individuen wären in den Urlaub fahren, heiraten eine ansässige Frau und scheiden sich dann bevor sie wieder ins Königreich zurückkehren.

Die Anhänger der radikalen Scharia fordern auch eine physische Strafe gegenüber Frauen, Kinder und Beschäftigte, die sich Geld von Nichtmoslems geliehen haben, ohne es zurück zu zahlen, Verzug auf Studentendarlehen, Objekte zu mieten und die Miete zu verzögern, Identitätsschwindel zu begehen und sonst Eigentum zu stehlen und generell das Gesetz nach seinen Nachbarn zu definieren, bis hinunter zu kleinen Problemen im Verkehrsrecht. Spezifische Beispiele hiervon mögen hauptsächlich anekdotenhaft oder journalistisch sein. Aber es gibt eine beharrliche Ausprägung auf Scharia Webseiten von Anfragen, ob es akzeptabel für einen Moslem dem westlichen Gesetz zu trotzen, was zeigt, dass der Ansporn solchen Verhaftens im Westen ernst zu nehmen ist und ansteigt. Beleidigende Handlungen, besonders welche mit Frauen und sexuellen Minderheiten, werden auch als abscheulich bezeichnet oder als Häusliche Gewalt und Hass Reden im Westeuropa einschließen, werden öffentlich in der radikalen Scharia diskutiert.

Das Kernargument der radikalen Scharia ist einfach und unkompliziert: Dem Moslem wird gesagt, dass menschliches Recht, wie es im Westen angewandt wird, dem heiligen Recht nicht ersetzen kann, obwohl, wie man selbst glaubt, Scharia von der Religion gebildeter Moslems, nicht aber vom Gottesursprung ist. Eher vertritt Shariah eine menschliche Anwendung göttlich beauftragter

religiöser Grundsätze. In der radikalen Ansicht, um zu zusammen zu fassen, kann weltliches Gesetz ignoriert oder übergangen werden.

Radikale zur Scharia über Homosexualität, Gewalt gegen die Ehefrau und Weibliche Genital-Verstümmlung (WGV) und der Teilhabe der Frau in der Gesellschaft

Drei der bemerkenswertesten Beispiele der ausführlichen Unterstützung für das im Westen kriminalisierte Verhalten involvieren Al-Qaradawi, dem islamischen rechtsgelehrten Jamal Badawi, welcher in Großbritannien aktiv ist und dem Spanischen Muslim-Kleriker Scheich Mohamed Kamal Mostafá. Alle sind in Ägypten geboren und Al-Qaradawi und Badawi gehören heute zu den einflussreichsten Muslimischen Personen in Europa. Al Qaradawi, dessen Scharia Handbuch "The Lawful and the Prohibited in Islam" ist höchstwahrscheinlich das meist gelesene Exemplar unter den westlichen Moslems, hat über Homosexuelle verkündet: "Juristen des islamischen Rechts haben differierende Meinungen über die Bestrafung dieser abscheulichen Praktiken... Sollen beide, der aktive und der passive, Teilnehmer zum Tode verurteilt werde? Obwohl solche Strafen schrecklich erscheinen, wurden sie empfohlen, um die Reinheit der islamischen Gesellschaft zu bewahren" *The Lawful and the Prohibited in Islam* wurde vom französischen Innenministerium 1996 verboten.

Al-Qaradawi hat über das Schlagen der Frau geschrieben, dass wenn der Ehemann "empfindet, dass in seiner Frau des Ungehorsams und der Rebellion ansteigen" sollte er zuerst mit ihr reden und, wenn das nicht hilft, soll er die sexuelle Beziehung mit ihr aussetzen. Aber er argumentiert "falls dieser Versuch fehlschlägt, ist es ihm erlaubt, seine Frau mit seinen Händen leicht zu schlagen, wobei er ihr Gesicht und andere sensible Bereiche meiden muss."

Al-Qaradawi hat die weibliche Genital-Verstümmlung (WGV) wie folgt kommentiert: "Tatsächlich ist dies ein kontroverses Thema unter Juristen und sogar unter Ärzten. Es hat hitzige Debatten in Ägypten entfacht, wobei Gelehrte und Ärzte in Befürworter und Gegner geteilt sind."

"Die gemäßigte Meinung und die höchstwahrscheinlich korrekte befürwortet Beschneidungen in der gemäßigten islamischen Art zu praktizieren, wie es in einigen *hadithen* des Propheten angedeutet werden – auch wenn die Authentizität solcher *hadithe* nicht bestätigt ist. Es wird berichtet, dass der Prophet (Friede und Segen über ihn) zu einer Hebamme sagte: 'Reduziere die Größe der Klitoris, aber übertreibe es nicht, so dass es besser für die Gesundheit ist und von den Ehemännern bevorzugt wird.'"

"Die *hadithe* deutet an, dass die Beschneidung für die Gesundheit der Frau ist und die eheliche Beziehung mit ihrem Mann verstärkt. Es ist anzumerken, dass der Spruch des Propheten 'übertreibe es nicht' bedeutet' entferne die Klitoris nicht ganz'..."

"Tatsächlich differieren die muslimischen Länder über das Thema der weiblichen Beschneidung; einige sanktionieren es, während andere es nicht tun. Wie auch immer, es nicht obligatorisch; wer auch immer meint, dass es im Interesse seiner Tochter ist, sollte es tun und ich persönlich unterstütze dies unter den momentanen Umständen der modernen Welt. Aber wer auch immer sich entscheidet, es nicht zu tun, muss sich nicht darüber sorgen, eine Sünde begangen zu haben, da es hauptsächlich dazu gedacht ist, Frauen zu würdigen, wie es Gelehrten halten."

Jamal Badawi, ein Kollege von Al-Qaradawai im European Council for Fatawa and Research (ECFR) hat mehrere Bände über die Heirat und Frauen im Islam produziert. In einem seiner vielen

Online gestellten Texte zitiert Badawi traditionelle islamische Quellen, welche das Schlagen vom schlagen der Frau abhalten sollen, inklusive dem häufigen Argument moderater Moslems, dass der Prophet Muhammed selbst niemals diese Praxis ausgeführt hat. Zugleich hat er eine Referenz zum Koran über das Schlagen der Frau wie folgt, mit seinen eigenen Interpretationen: "(und zuletzt) schlage (tippe) sie (leicht)." (Koran 4:34). Seine Absicht war offensichtlich durch ameliorierendes bearbeiten das Schlagen von Frauen zu unterstützen. Badawi wurde auch berüchtigt für seine Verteidigung der Polygamie. Er argumentierte "Polygamie ist weder verpflichtend noch wird dazu aufgefordert sonder lediglich erlaubt."

In einem Band "The Status of Women in Islam", schrieb Badawi 1980 in Ablehnung der Einbeziehung von Frauen in der Politik: "Dem Islam zufolge, ist der Staatsführer nicht lediglich ein Aushängeschild. Er führt das Volk in Predigten, insbesondere an Freitagen und zu Festen; er ist kontinuierlich an Prozessen der Entscheidungsfindung über die Sicherheit und das Wohlergehen seines Volkes involviert. Diese anspruchsvolle Position oder jede ähnliche wie der Oberkommandierende der Armee ist im Allgemeinen unvereinbar mit der physiologischen und psychologischen Statur einer Frau. Es ist ein medizinischer Fakt, dass Frauen während ihrer Schwangerschaften monatlichen Perioden vielfältige physische und psychologische Änderungen durchmachen. Solche Änderungen können während einer Notfall-Situation auftreten und dabei ihre Entscheidungen beeinflussen ohne die exzessiven Belastungen zu bedenken, welche diese nach sich ziehen. Überdies benötigen einige Entscheidungen ein Maximum an Rationalität und ein Minimum an Emotionalität – eine Anforderung, welche nicht der instinktiven Natur der Frau entspricht." Diese Argumentationslinie steht mit den Erfahrungen von der Türkei, Pakistan, Bangladesch und Indonesien, alles Führende Muslimische Länder mit Frauen als politische Führer.

Jamal Badawi repräsentiert ein Beispiel des Zugangs der erhöhenden Zahl der radikalen Scharia in westliche Regierungskonzile. Badawi ist seit 2006 prominent in einem britischen Projekt, dem "Radical Middle Way" vertreten, einem predigenden Kreis von muslimischen Gemeinschaften in Großbritannien. Die Tour, verlacht von gemäßigten Moslems und nicht muslimischen Medien, galt als eine "Roadshow" und wurde von der britischen Regierung als ein Gegenmittel für den Extremismus.

Der spanische Scheich Mohamed Kamal Mostafá wurde 2004 von einem katalanischen Gericht zu einer ausgesetzten Gefängnisstrafe von 15 Monaten und einer Geldstrafe von 2160€ für die Aussage in seinem Buch "The Woman in Islam" verurteilt. Mostafá schrieb zum Thema Frauen schlagen: "Das Schlagen [von Frauen] darf niemals im Zustand der Verbitterung, der blinden Rage durchgeführt werden" und "sie sollte nicht an den sensiblen Stellen ihres Körpers geschlagen werden, wie Gesicht, Brust, Magen und Kopf. Stattdessen sollte sie an den Füßen und Händen" mit einer "Stange, die nicht zu steif, dafür aber schmal und leichtgewichtig sein soll" "geschlagen werden" "um ernsthafte Verletzungen [der Frau] zu vermeiden und keine Narben oder Prellungen zu verursachen". In ähnlicher Weise "dürfen [die Schläge] nicht stark oder hart sein, da das Ziel ist, eher psychologische Schmerzen zu verursachen als Erniedrigung oder physische Mißhandlung". Das Buch wurde verurteilt, eine Anstiftung zur Häuslichen Gewalt zu sein.

Eine 1998 vom ECFR ausgerufene Fatwa die Bezug auf muslimische Ehefrauen, die im Westen leben, welche unlösbare Familienprobleme haben, hat diese Themen auf die "Familien Tribunale" weitergeleitet. Diese Fatwa repräsentiert einen Konflikt mit der Einrichtung im Westen für die Rechte der Frauen zu öffentlichen Agenturen für Familiären Problemen.

Eine andere Diskussion zwischen traditioneller und radikaler Scharia schließt die Quellen von Autorität für juristische Meinungen ein. Die radikale Schraia, welche einen signifikanten Anteil im

Westen in weniger als einem viertel Jahrhundert ausmachte, löscht alle Teile des traditionellen Islam und die Koexistenz von Religion und die übliche oder säkulares Recht aus und tauscht diese gegen beliebige Entscheidungen radikaler Kleriker, auf deren eigenen Ansichten basierend, aus. Auf diese Weise missbrauchen Radikale die zuvor angebrachte Wandlungsfähigkeit der Scharia. Die radikale Scharia beantwortet alle Anfragen mit dankenswert einfachen Antworten, während die traditionelle Scharia Erklärungen und Studium erfordert.

Die oben erwähnten Al-Qaradawi und Badawi sind bemerkenswerte Beispiele von Personen, mehr Ideologen als Theologen, die Fernsehsendungen, Videos, und Webseiten nutzen, mit denen sie auf Fragen von Moslems über Probleme der Scharia antworten. Auf radikalen Scharia-Webseiten, von denen es Dutzende in jeder von Moslems gesprochenen Sprache gibt, werden Urteile fast immer mit der minimalen Verweis auf die Islamische Vergangenheit, abgesehen von gekürzten oder falsch dargestellten Zitaten, und keiner Verweisung überhaupt auf das Bürgerrecht in westlichen Ländern oder zur traditionellen Verpflichtung von Moslemischen Einwanderern und ihren Gemeinschaften präsentiert, um den Gesetzen von nicht moslemischen Ländern zu folgen. Radikale Scharia Schriften, wie Al-Qaradawis "The Lawful and the Prohibited in Islam" oder Badawis "The Status of Women in Islam" sind geschrieben, als wäre westliche Recht absolut irrelevant oder gar nicht existent. Al-Qaradawis "The Lawful and the Prohibited in Islam" zum Beispiel enthält ein Kapitel über "Non-Muslim Residents of an Islamic State," aber im Gegensatz zur Anleitung der schiitischen Sistani sagt es nichts über Moslems in nicht muslimischen Staaten aus.

Die historische Auswirkung, in dem die Präzedenzfälle von traditionellem Shariah in radikalem Shariah durch willkürliche und improvisierte Urteile ersetzt wurden, spiegelt den Anstieg des Saudischen Wahhabismus, der auch traditionellen Moslems als "*la-madhdhab*" oder der Islam ohne Zuflucht zu den Präzedenzfällen der feststehenden Schulen des Islamischen Gesetzes bekannt ist, wieder. Während die Abwesenheit einer unveränderlichen Scharia einen positiven Effekt hat, ist es für die Ausbreitung von Profilierten, improvisierten Entscheidungen negativ.

Es ist lange von in der Religion erzogenen Moslems beobachtet worden, dass radikale Kleriker und ihre Anhänger allgemein unwissend und sogar gegenüber dem Erbe des Islamischen Glaubens, seiner Moralprinzipien, der Präzedenzfälle, der Traditionen, und der Standards voller Verachtung sind. Sie nennen sich selbst *shaykhs* (fromme Menschen), *imams* (Gebetsführer) oder *muftis* (Administratoren von religiösen Gerichten). Jamal Badawi, zum Beispiel hat keine formelle islamische theologische Ausbildung. Um die freien Plätze vieler muslimischer Gesellschaften in Fragen des säkular Rechtes zu schließen müssen "Experten" der radikalen Scharia ihre Version der Scharia konstant erweitern, ein weiterer Grund für das extreme Wachstum an Scharia Webseiten.

Leider ist diese Art, der Radikalimprovisation bei jungen Moslems, welche ein Fehlen von religiöser Bildung haben, immer beliebter. Sie assoziieren den traditionellen Islam mit ihren "veralteten" und "bäuerlichen" Älteste und wollen keine Zeit damit verschwenden ihre Religion zu studieren.

Um einige notorische Beispiele aus Saudi-Arabien zu zitieren, schreibt Koran Peitschen als eine Islamische Strafe für nur zwei Verbrechen vor: Ehebruch - mit dem Beweis der Schuld, die vier glaubwürdige Augenzeugen - und Beleidigung gegen die Ehre einer Frau verlangt. Für den Ehebruch, nicht mehr als 100 Peitschen, und für die Beleidigung, wurden nur 80 beauftragt. (Für den Ehebruch mit Steinen beworfend, erscheint im Koran nicht).

Außerdem verlangt islamisches Recht nach dem Koran 40 bis 80 Peitschenhiebe für den Alkoholkonsum. Aber im traditionellen Islam konnten nicht mehr als 100 Hiebe angeordnet werden

und nur für diese drei Verletzungen des Gesetzes. Weiter sollten die Hiebe mit weichen Riemen, Stoffen oder kleinen Zweigen, mit der Absicht der Erniedrigung, nicht der Schmerzzufuhr oder der Verletzung, ausgeführt werden. Zudem wurde die Strafe mit der vollen Schlagkraft des Arms genutzt.

Und doch haben die Saudischen Scharia Gerichte Urteile gefällt, nach denen tausende von Hieben durchgeführt wurden; Anfang 2002 wurde ein Mann in Dschidda 4750 ausgepeitscht wegen sexuellen Handlungen mit seiner gesetzlichen Schester. Diese Strafen können über eine lange Zeit ausgeführt werden, so dass das Opfer nicht sofort stirbt, außerdem wird die Strafe in aller Öffentlichkeit ausgeführt und mit Kabeln oder Holzstangen, um besondere Leiden zu verursachen. Der saudische Prinz Salman, der Gouverneur von Riyadh, ist bekannt, Auspeitschungen aus einer Laune heraus zu verfügen, sogar ohne Scharia Gerichte zu befragen. In einem Fall waren saudische schiitische Teenager involviert, welche sich ihrem radikalen Sunnitischen Lehrer widersprachen, Prinz Muqrin von Medina ordnete an, dass ein Duzend Schüler 300 Hiebe pro Person bekam.

Ende August 2007 berichtete die Zeitung Al-Yaum (Der Tag), dass Riadhisches Gericht 1000 Peitschenhiebe für einen Saudischen Jugendlichen wegen eines Moralischen Deliktes. Im Juli 2008 wurde ein Saudischer Biochemiker, Khalid Al-Zahrani, zu 600 Hieben und seine weibliche Studentin zu 350 Hieben verurteilt, nachdem "festgestellt" wurde, dass sie eine romantische Beziehung über das Telefon hatten, wenn überhaupt. Dieses Urteil wurde einzig auf die Aussage des Ehemannes der Frau getroffen, er hatte sich einseitig geschieden, weil ihr Professor mehrfach mit ihr gesprochen hat.

Einige Aspekte der radikalen Scharia, wie die im Saudischen Königreich würden amüsant sein, wenn die Situation nicht so tragisch wäre. Ende August berichteten die Tageszeitungen *Okaz* und *Al-Riyadh* auch, dass die Behörden in der südlichen Provinz Jizan einen Fall untersuchen, in dem gegen zwei junge männliche Mitglieder der *mutawiyin* oder religiösen Miliz, oft fälschlicherweise bezeichnet als "Religionspolizei". police." The complainant said his wife had undergone "mental torture" in the incident. The newspapers reported that the couple were stopped in their car "on suspicion of not being related." Gemäßigte Moslems warnen, dass dies der Wunsch Scharia-Radikaler ist und der Geist, den sie Muslimischen Gemeinden im Westen einimpfen wollen.

„Parallele Scharia“

Mit dem Anwachsen der muslimischen Immigration in den Westen und der Geburt der zweiten und dritten Generation von Muslimen in Europa im 20. Jahrhundert, trat eine neue Scharia-Theorie auf, welche sich zwischen den traditionellen und radikalen Formen positioniert. Wir nennen dieses Phänomen „Parallel-Scharia“. Es unterscheidet sich von der traditionellen Scharia dadurch, dass es einen separaten Rechtskanon vom etablierten, nicht-muslimischen Gesetz vorschlägt, der aber von den selben westlichen Behörden durchgesetzt werden soll, von denen die Muslime im Westen bislang mandatiert wurden. Allerdings verkörpert die Parallel-Scharia im Allgemeinen keine offensichtlich radikalen Prinzipien, da sie auf Persönliches und Familienrecht sowie, zunehmend, finanzielle Transaktionen begrenzt ist. Sie kann auch als Gegenentwurf zur Diversität in den türkischen und mongolischen Reichen betrachtet werden. Die „Parallel-Scharia“ erscheint, bzw. wird präsentiert als ein Kompromiss oder Entgegenkommen für die „muslimische Diaspora“. Aber viele nicht-muslimische Kommentatoren haben die „Parallel-Scharia“ als eine „Infiltration“ oder „Usurpation“ des westlichen öffentlichen Rechtsraumes gesehen, die „schleichende Scharia“, eine „Scharia-Invasion“ und, im weiteren Sinne, als Mittel, unausweichlich die radikale Scharia in nicht-

muslimische Länder einzuführen, mit dem mutmaßlichen Ziel der Eroberung oder anderweitig letztere zu bändigen.

„Parallel-Scharia“ ist begrenzt auf private, familiäre und finanzielle Angelegenheiten, aber mit der Unterstützung von staatlichen Behörden, ungeachtet seines beschränkten Blickfeldes, umfasst aber unserer Ansicht nach problematische Elemente, selbst wenn es keine radikale Ideologie verkörpert. „Parallel-Scharia“ impliziert Separation von im Westen lebende Muslime von ihren nicht-muslimischen Nachbarn. Dies an sich ist eine radikale Einstellung. Aber der Aufstieg einer „Parallel-Scharia“ kann auch Raum schaffen für das Einführen radikaler Scharia-Prinzipien, da in einer ausschließlich muslimischen Rechtsstruktur muslimische Vertreter der verschiedensten Orientierungen Macht erhalten könnten. So könnte, zum Beispiel, selbst eine Minimal-„Parallel-Scharia“ unter der Kontrolle und Verwaltung Radikaler fallen, die sie missbrauchen würden, um ihre eigenen Ansichten aufzuzwingen. Wie wir weiter unten in unserer Diskussion der Scheidungsproblematik in der *Fallstudie: Großbritannien* sehen werden, werden Scheidungsverfahren, die auf der Scharia basieren, zur Zeit von radikalen Klerikern dominiert.

Das Phänomen der „Parallel-Scharia“ hat ihren Ursprung in radikalen islamistischen Gelehrten wie Al-Qaradawi und einem seiner in den USA lebenden Gegenstücke, dem im Irak geborenen Taha Jabir Al-Alwani. In den Arbeiten Al-Alwanis wird „Parallel-Scharia“ beschrieben als eine „*fiqh* [islamische Rechtsinterpretation] für Minderheiten“ [*fiqh al-aqalliyat*], das heißt ein Korpus aus Meinungen, abgeleitet aus der Scharia um das Leben von muslimischen Minderheiten in nicht-muslimischen Ländern zu regeln. Al-Alwani ist ein Absolvent der Al-Azhar Universität, der weltweit führenden sunnitischen religiösen Bildungseinrichtung, ansässig in Kairo. Während ein Großteil seines Werkes in den USA realisiert wurde, zeigte der französische Gelehrte Alexandre Caeiro auf, dass Al-Alwanis Methodologie in der Entwicklung der „*fiqhs* für Minderheiten“ von Al-Qaradawi zur allgemeinen Anwendung übernommen wurde, als die neue „Parallel-Scharia“ (um unsere und nicht Caeiros Typologie zu verwenden) in den späten 1990er Jahren auftrat. „*Fiqh* für Minderheiten/ *fiqh al-aqalliyat*“ wurde beschrieben als „a special theory of jurisprudence that was formulated originally by al-Alwani and elaborated and popularised by him, Qaradawi, and many others.“ Al-Qaradawi nutzte die Bezeichnung *fiqh al-aqalliyat* bei der Veröffentlichung der ersten Sammlung von *fatwas* des fundamentalistischen European Council for Fatawa and Research (ECFR), vormals in Dublin ansässig und nun in Brüssel, 33 Mitglieder umfassend und von Al-Qaradawi geleitet. Bei seiner zweiten konsultierenden Sitzung in Dublin im Oktober 1998, entschied das ECFR, zwei Autoritäten zur Herausgabe von *fatwas* einzurichten, eine in Großbritannien, die andere in Frankreich. ECFR spielte eine wichtige Rolle in der Verbreitung der „*fiqh* für Minderheiten/*fiqh al-aqalliyat*“. Die Parallel-Scharia“ oder „*fiqh* für Minderheiten/*fiqh al-aqalliyat*“ wurde „gesetzmäßiger Islamismus“, betitelt, „*fiqh* of reality,“ „*fiqh* of balances,“ „reformed *fiqh*“ and „European *fiqh*“.

Al-Alwanis Vortrag der „*fiqh* für Minderheiten“ wurde in einem Vokabular elaboriert, das erstens radikal in seiner Unterstellung über islamische Geschichte ist. Al-Alwani argumentiert fantasievoll, dass in der Vergangenheit "Muslime, die dominierende Weltmacht waren, gefürchtet und respektiert von allen Nationen. Keine andere Macht hätte es gewagt, einzelne Muslime anzugreifen oder die Integrität des Islam anzutasten... Die ganze Welt stand ihnen offen als Wohn- und Gebetsraum... Die mächtigeren und ambitionierten Migranten geruhsamer freiheitlicher Ziele reisten sogar in nicht muslimische Länder, wo sie ihre eigenen muslimischen Emirate gründeten, welche als muslimische Oasen oder Inseln in mitten des nicht-muslimischen Ozeans existierten. Einige Gemeinschaften, wie die im Süden Frankreichs, Norden Italiens und andernorts, überlebten über lange Zeit." Diese Vorstellung eines muslimischen Erbes erinnerte stark an die Intention, nicht-muslimisches Land zu unterwandern, indem islamische Enklaven gegründet werden, wie es

nun viele nicht-muslimische Kommentatoren von der muslimischen Immigration in den Westen zu erkennen behaupten. In der Tat, eher als eine Beschwörung der Vergangenheit, wirkte es wie eine Vorhersage der Zukunft; aber es war auch absurd fiktiv, gar phantasierend. Japan, Tibet und die Mongolei hätten niemals als Länder die „den Islam fürchten und respektieren“ beschrieben werden können, ebenso wenig England, Deutschland, Skandinavien oder beachtliche Teile Afrikas. Muslimische Gemeinden in Süd-Frankreich waren eher von kurzer als langer Dauer und die bloße Existenz einer muslimischen Gesellschaft in Nord-Italien ist höchst zweifelhaft.

Al-Alwanis „*fiqh* für Minderheiten“ können, sofern sie nicht geprüft werden, ein „angemessenes Entgegenkommen“ von religiösem Glauben und Praxis andeuten. „Angemessenes Entgegenkommen“ wurde zu einem akzeptierten Rechtsprinzip in vielen Entwicklungsländern und ist in US-Verwaltungsdirektiven Gestalt geworden, die vor religiöser Diskriminierung schützen sollen. Im Centre for Islamic Pluralism gibt es auch Praktiker des Arbeitsrechts und es partizipiert als Konsultant der US-Landesbehörden zum Thema „angemessenes Entgegenkommen“ von Muslimen an US-Arbeitsplätzen. Auf diese Weise werden bereits einigen Gläubigen, unter dem britischen und amerikanischen Schutz der freien Religionsausübung, Ausnahmen zur bestimmte Prinzipien und Praktiken ihres Glaubens gestattet, so lange sie nicht gegen die guten Sitten der Gesellschaft verstoßen (Sikh-Polizisten in Großbritannien dürfen Turbane tragen, religiös-inspirierte gewissenhafte Gegner von Krieg und Abtreibung müssen nicht an diesen Handlungen teilnehmen usw.).

Aber wie Al-Alwani schrieb: „*fiqh* für Minderheiten‘ ist nicht dazu gedacht, Minoritäten Privilegien oder Konzessionen, die muslimischen Mehrheiten offen stehen, zugänglich zu machen, sondern im Gegenteil zielt es darauf ab Minderheiten als Repräsentanten und Beispiele muslimischer Gesellschaft in den Länder, in denen sie leben, zu schützen.“ Dieses Konzept ist eindeutig separatistisch.

Solch ein Diskurs geht weit über das westliche Konzept des „angemessenes Entgegenkommens“ hinaus. Vielmehr suggeriert es, dass westliche Rechtskanone, wie Zivil-, Ehe- und Scheidungsrechte, als auch die Wahldemokratie, welche nicht oder nur inkonsistent in vielen muslimischen Mehrheitsgesellschaften vorhanden ist, unpassend für im Westen lebende Muslime seien. Dies ist eine konsistente Quelle der Spannung in Diskussionen über die Scharia im Westen: Während „angemessenes Entgegenkommen“ und die traditionelle Scharia für Immigrantengemeinden im Westen auf de minimis-Standards gründen, geht das Vokabular Al-Alwanis „*fiqh* für Minderheiten“ vom Maximum aus und nimmt einen aggressiven, invasiven Geist an. Tatsächlich erklärte Al-Alwani frei heraus, dass „*fiqh* für Minderheiten“ auf eine Islamisierung des Westens abzielte, wobei eher versucht werden sollte, Nicht-Muslimen die Religion des Islam attraktiv zu machen als die Rechte der Muslime zu schützen.

Auch war Al-Alwanis Argument radikal, indem es die traditionelle Scharia, die lassen sie uns nochmal daran erinnern, den muslimischen Migranten gebot, die Gesetze des Landes, in dem sie sich niederließen, zu befolgen, als inkorrekt in ihrer Ansprache des Status der Muslime im Westen erklärte. Er vertrat einen „neuen“ Ansatz, der vielleicht originär und deshalb befriedigend für einen künstlichen Ruf des Westen nach einer Reform des Islam erschien, der aber in der Realität die zuvor beschriebene radikale Gewohnheit des Ablehnens von Fakten und Werbens um Improvisation im juristischen Denken reproduzierte. Al-Alwani rief nach einer „neuen Methodologie“, weil, ihm zufolge, der traditionelle Islam begrenzt von seiner "Introvertiertheit [die nicht] kompatibel mit dem Universalismus des Islam ist" und "lokal begrenzt und provinziell" war; das heißt, er fand Anwendung in muslimischen Gesellschaften, statt in der ganzen Welt. Zusätzlich behauptete Al-Alwani die Überlegenheit der Scharia gegenüber anderen Bereichen des islamischen Denkens.

In einer weiteren Offenbarung seiner herausragenden Ignoranz schrieb Al-Alwani, dass die klassische islamische Geschichte, welche er als „klassische Welt“ beschreibt, angeblich „kein Konzept oder Erfahrungen zu internationalem Recht oder diplomatischen Konventionen über das Entgegenkommen von Gastländern zum Schutze von Immigranten hatte... abgesehen von bestimmten unterscheidenden Merkmale“. Letzteres ließ er unausgeführt. Doch solche „unterscheidenden Merkmale“ waren keinesfalls trivial. Hätte Al-Alwani die geringste Ahnung von osmanischer Geschichte, wüsste er, dass türkische Sultane umfangreiche Verträge mit einer Vielzahl europäischer Mächte aushandelte, inklusive der venezianischen Republik und derer angehörigen Handelspartner in der Adria, um eines von vielen Beispielen zu zitieren. In der vielleicht bizarrsten von Al-Alwanis gewundenen Meditationen, verurteilte er die algerischen Nationalisten des 20. Jahrhunderts für die Ablehnung der französischen Staatsbürgerschaft, indem er schreibt, dass solch eine Einstellung eine „Konflikt-Kultur“, ohne die muslimische Minderheiten heute besser zurecht kämen“ widerspiegele.

Dieses Argument geht mit einer generellen Tendenz in den Schriften von Advokaten der „Parallel-Scharia“ konform, zu unterstellen, das deren Einführung Muslime mit dem Westen vereine und Polarisation reduziere. Aber es ist offensichtlich, dass solch ein Schema ein problematischeres, islamisierendes Ziel verfolgen würde. Statt die algerisch-nationalistische Bewegung zu unterstützen, scheint Al-Alwani zu behaupten, dass algerische Muslime die französische Nationalität hätten annehmen und dann versuchen sollten, die Kontrolle über Frankreich zu erlangen. Die Radikalen nützten dann das Entgegenkommen des Islam, um die Unterwerfung unter des Islam voranzutreiben. Während einige nicht-muslimische Kommentatoren solch eine Strategie mit *Jihad* und Eroberung gleichsetzen, hat es, vielleicht vorhersagbarer-weise, in der islamischen Geschichte keinen Präzedenzfall. Einige muslimische Gelehrte kritisierten Al-Alwanis „*figh* für Minderheiten/*figh al-aqalliyat*“ gar dafür, Muslimen in nicht-muslimischen Ländern mehr Rechte einzuräumen als jenen in muslimischen Gesellschaften.

Neben dem Ruf nach Immigranten zur Akzeptanz nicht-muslimischer Gesetze und Gebräuche und der Ungültigerklärung der Scharia als Autorität in nicht-muslimischen Ländern, verbietet es die traditionelle Scharia, sich mit der lokalen Mehrheit in nicht-muslimischen Gesellschaften anzufinden. In der islamischen Geschichte verweist *Jihad* gegen Nicht-Muslime größtenteils auf Kriegsführung zwischen Staaten und Armeen, nicht auf Infiltration und Verschwörung. Vergangene Islamisierung wurde durch territoriale Invasionen durch Streitkräfte und der Schaffung von muslimischen Verwaltungen, in denen die Akzeptanz des Islam zahlreiche Förderungen widerspiegelte, und durch spirituelle Missionierung erreicht. So wurden die Araber und Perser von Muslimen erobert und *en masse* auf die Macht der neuen, regierenden Religion eingestellt, die Türken, Inder und Indonesier wurden aber freiwillig durch Predigten zum Islam gebracht. Insbesondere die Türken wurden nie von einer anderen Nation erobert.

Al-Alwanis Schrift kann im folgenden Kommentar zusammengefasst werden: „Der Islam kennt keine geografischen Grenzen ; *dar-al-Islam* [das weltliche Reich des Islam] ist überall, wo ein Moslem in Frieden und Sicherheit leben kann, selbst wenn er in einer nicht-muslimischen Mehrheit lebt“. Al-Alwani zitiert obskure, frühe islamische Gelehrte, die argumentierten, dass es für Muslime vorzuziehen sei, sich in nicht-muslimischen Ländern mit der Möglichkeit zur freien Religionsausübung anzusiedeln und zu leben, da dort durch die individuelle Gegenwart mehr Menschen zum Islam geführt werden können. Diese Haltung, nach der jeder Muslim als Missionar der Religion behandelt wird, war lange inkonsistent mit der Realität, wenn man die größere Anzahl an gewöhnlichen und säkularen muslimischen Immigranten in den Westen betrachtet, die sowohl auf der Suche nach wirtschaftlichen Möglichkeiten als auch auf der Flucht waren vor rigiden

klerikalen und ideologischen Diktaten. Aber in der reaktionär-utopischen Methode des Wahhabismus und anderer Fundamentalisten wurde diese gefährliche Mentalität wiedereingeführt.

Die Behauptung Al-Alwanis, dass überall, wo ein Muslim lebt, islamisches Territorium sei, ist klar kolonialistisch und expansionistisch. Jenen, die Erfahrungen mit den Balkan-Kriegen von 1991-99 haben, ruft Al-Alwanis Argument für „*fiqh* für Minderheiten“ auf bizarre Weise die Behauptung serbischer Extremisten, überall, wo ein Serbe lebe, sei serbischer Territorium, hervor. Unglücklicherweise scheinen einige westliche Akademiker und weniger scharfsinnige Kommentatoren von diesen „gemäßigten“ Phrasen verführt worden zu sein. Der Deutsche Rohe scheint damit zum Beispiel zufrieden zu sein, das Konzept wie folgt zusammenzufassen: „In unserer Zeit ist unsere Welt einfach 'ein Haus' der ganzen Menschheit, und... jedem Moslem ist es gestattet, in den verschiedensten Teilen der Welt zu leben und er ist verantwortlich für das Wohlergehen derr Gesellschaft, in der er lebt“. Um es zusammenzufassen: Die Theorie einer „Parallel-Scharia“ würde den Bereich der Scharia über den Islam hinaus ausbreiten, indem die traditionelle Trennung zwischen muslimischer Welt, in welcher die Scharia durchgesetzt werden könnte, und dem nicht-muslimischen Gebiet, in dem die Scharia, nach traditionellen Gelehrten, ungültig ist, aufheben. Den den muslimische und nicht-muslimische Bereiche der Welt trennenden Separatismus würde die „Parallel-Scharia“ mit einer neuen Grenze der Separation *innerhalb* nicht-muslimischer Gesellschaften, zwischen Muslimen und ihren Nachbarn, ersetzen.

Während Verstärkung für separatistische Einstellungen in den letzten drei Jahrhunderten aus der saudisch-finanzierten wahhabistischen Bewegung stammt, wurden sie nun in anderen fundamentalistisch-islamischen Phänomenen rekapituliert. So kommt es, dass, auch wenn der Wahhabismus eine Rolle im Import solcher Konzepte nach Frankreich spielte, wobei arabische Migranten aus Marokko und Algerien genutzt wurden, die muslimische Bruderschaft ein weiterer signifikanter Akteur in der Offensive auf gewöhnliche Araber ist. In Großbritannien wuchs das Umfeld der „Parallel-Scharia“-Agitation aus der britisch-asiatischen muslimischen Gemeinde, hergezogen vom indischen Subkontinent und dessen jihadistische Komponente, hauptsächlich in Form der Anhängerschaft der separatistischen Deobandi-Interpretation des Islam, welche auch die Taliban in Afghanistan hervorbrachte. In Deutschland wird diese Perspektive von „soft-fundamentalistischen“ Fraktionen innerhalb der wiederauflebenden islamistischen Bewegung unterstützt, die ihren Ursprung in der Türkei hat. In den USA kann man einen triangulären Ansatz beobachten, der saudische Finanzierung, pakistanische Aktivisten und Rekrutierer sowie Literatur der Bruderschaft umfasst. Als solche sunitischen Fundamentalisten können als *takfiris* beschrieben werden, bei dem sie versuchen *takfir* zu praktizieren, der Exklusion von Muslimen, die ihnen nicht zustimmen, aus dem Korpus des Islam als Nichtgläubige.

Wie von Caeiro beschrieben, begann die Diskussion der „Parallel-Scharia“ mit einer ECFR-Diskussion 1997 über den traditionellen islamischen Bann von Geschäften mit Zinseinnahmen (*riba*). Diese Debatte reflektierte die europäische Einführung des „islamischen Bankwesens“, welches wir als eine religiöse Frage in Kapitel 10 dieser Studie diskutieren.

Das Gremium hielt seine erste konstituierende Sitzung im August 1998 in Sarajevo, Bosnien-Herzegowina – ein Ereignis, das größtenteils von der bosnisch-muslimischen Öffentlichkeit ignoriert wurde und von der Realität kontrastiert wurde, in der Bosnien-Herzegowina von europäischem und post-sowjetischem Zivilrecht regiert wird. Der ECFR hat indes konsistent nur einen Vertreter der indigenen europäischen muslimischen Kultur aufgenommen, den bosnischen Oberkleriker Mustafa efendija Cerić. Die restlichen der 33 Mitglieder umfassen vier Saudis (auch wenn nur wenige Saudis in Europa leben), 12 aus arabischen und afrikanischen Ländern, dazu aus Pakistan, während die anderen Immigrantengemeinden in Westeuropa repräsentieren und zumeist

Araber sind. Allein in Russland leben mehr Muslime als in vielen arabischen Staaten; es ist aber im ECFR genauso unterrepräsentiert wie die französischen Mainstream-Muslime und die überwältigende Mehrheit der in Europa lebenden Türken und Kurden.

Aber eine ECFR-Mitgliedschaft ist schwierig zu bestätigen; eine französische Übersicht von 2002 enthielt den Großmufti Albaniens, Haxhihafiz Sabri Koci, ein bekannter und erwiesenermaßen gemäßigt gegenüber pro-westlichen Ansichten, als auch den Großmufti Bulgariens, Mustafa Alic Hadzhi – Namen, die auf den bosnisch- und albanischsprachigen Listen fehlen. Die Abwesenheit dieser Persönlichkeiten aus den Editionen des Balkans kann als Indikator betrachtet werden, dass diese Individuen dem ECFR nicht beitraten, (Es sollte angemerkt werden, dass Albanien ein Staat mit muslimischer Mehrheit ist, während Bulgariens Muslime eine Minderheit bilden.) ECFR-Mitglieder sind, so scheint es, verärgert über den Vorwurf, sie wollten Nicht-Araber nutzen, um ihre radikale Agenda voranzubringen. Die Webseite www.islamonline.net berichtet von einer Äußerung Scheichs Husain Halawas, dem momentanen ECFR-Generalsekretär: „Der ECFR-Generalsekretär bestritt Vorwürfe, dass die Organisation von Arabern mit dem Ziel missbraucht wird, einige europäische Muslime zu entfremden“. Der ECFR hat zwei Bände an *fatwas* herausgegeben; keiner von ihnen regelt speziell die Beziehungen zwischen Muslimen und nicht-muslimischen Rechtsbehörden und der Inhalt von ihnen beinhaltet, so scheint es zunächst, keine besonders aggressive Einstellung. Sie geben aber eine tiefgreifenden fundamentalistischen Voreingenommenheit preis. Sie werden in Kapitel 9 dieser Untersuchung diskutiert.

Das Geschäft mit Zinsen ist ein klares Beispiel, in welchem die Scharia und westliches Recht in Konflikt geraten, da solches nach der Scharia als rigoros illegal gilt. Nach Caeiros Beschreibung kreisen gegenwärtige Meinungen westlicher Muslime zwischen Literalismus, Pragmatismus und Liberalismus, basierend auf *maslaha*, öffentlicher Aufbesserung, nach dem muslimische Standards aus nicht-muslimischer Praxis abgeleitet werden können. Literalisten verurteilen Geschäfte mit Zinserträgen als extrem sündhaft, während Pragmatiker Wege finden, sie als Merkmale des Lebens im Westen zu rechtfertigen. Rohe hat bemerkt, dass in finanzielle Angelegenheiten vom ECFR eher die individuellen religiösen Pflichten betont werden als kollektiv institutionalisierte Kanone.

Der ECFR brachte seinen *fatwa* zur Zahlung von Zinsen 1999 heraus, mit dem Thema, ob ein Muslim Häuser mit Hypotheken erwerben kann, was vorher von den meisten islamischen Klerikern in Europa verboten war. Vier ECFR-Gründer aus Frankreich, bestehend aus Ahmed Jaballah, einem Tunesier und drei weiteren von algerischer Abstammung, Al-Arabi Bichri, Tahir Mahdi und Unis Quarqah, initiierten die Diskussion. Im Ergebnis befanden die ECFR-Mitglieder das Zahlen von Zinsen bei Wohnimmobilien-Transaktionen für zulässig, um die Situation der Muslime um Europa beim Erwerb von Wohnraum zu verbessern. Al-Alwanis Logik der Verkündung der „*fiqh* für Minderheiten“ geht weit über den Bedarf, angemessene Behausungen zu finden, hinaus und unterstützte hierbei das Projekt, für Muslime eine Präsenz zu schaffen, die die Islamisierung vorantreiben würde. Im Gegensatz dazu wiederholte der ECFR das traditionelle Argument, dass die Etablierung des islamischen Rechts nicht Pflicht der Muslime sei, die in nicht-muslimischen Ländern leben.

Die *fatwa* zur Hypothekenzahlung von 1999 scheint der Beginn einer breiten Penetration der „Parallel-Scharia“ im Westen zu sein. Aber sie wurde nicht mit universellem Enthusiasmus begrüßt, insbesondere nicht von Radikalen. Ein muslimischer *shaykh*, der der muslimischen Bruderschaft nahesteht, Mahmud bin Rida Murad, verurteilte die ECFR-*fatwa* zu Hypotheken, Muslimen im Westen nicht nur zu erlauben, von allen möglichen Lasten zu kosten, inklusive dem Konsum von Alkohol, sondern auch westliche Gewohnheiten zu übernehmen, insbesondere solche, die ökonomische Leistungen hervorbringen und von islamischen Gläubigen nachgeahmt würden.

Weiter drückte Murad eine ultrafundamentalistische Haltung aus, indem er verlangte, dass Muslime davon ablassen, in nicht-muslimische Länder zu migrieren.

Außerdem kritisierte der moderne islamische Intellektuelle Tariq Ramadan die *fatwa* über Hypotheken als Ermöglichung eines Aufstiegs einer privilegierten Klasse von grundbesitzenden „bourgeois Muslimen“ im Westen; sein Argument wurde zusammengefasst als Ruf nach mehr statt weniger Beachtung der Scharia von Muslimen im Westen, auf der Basis, dass sie als Hindernis einer Verführung westlichen Wohlstands dienen würde, entgegen der Armut in der islamischen Welt, die Muslime von ihrer Religion fortzieht. Als Alternative rief Ramadan, der mit der ECFR kooperierte, zu einer Integration von westlichem Recht und der Scharia auf, was nach ein wenig mehr als einer Variante der „Parallel-Scharia“ aussieht. Auch unterstützt Ramadan, als Ausdruck des Universalismus, die Position Al-Alwanis, nach der die ganze Welt dem Islam gehöre. Andere Kritiker der *fatwa* sprachen sich für eine Erweiterung des „islamischen Finanzwesens“ als einer Alternative aus, um die Hypotheken zu legitimisieren.

Schließlich wurde die ECFR *fatwa* über Hypotheken in Frankreich stärker akzeptiert als in Großbritannien.

Dies ist interessant, da der islamische Fundamentalismus einen stärkeren Rückhalt unter Großbritanniens Mehrheit von indo-pakistanischen Migranten beibehielt, unterstützt von mächtigen Dschihadistenorganisationen und dem Einfluss der pakistanischen Regierung als unter Frankreichs nordafrikanischen Gemeinschaft, welche durch zwei Faktoren vom radikalen Islam entfremdet worden ist. Der erste ist die Abtrennung der französisch-nordafrikanischen Moslems von den Arabern, welche die Scharia befolgen, und Berbern (Amazigh), von denen einige, wie berichtet wird, von den marokkanischen Küstenbergen und der algerischen Region Kabylie stammen und beharrlich ihre Tradition von Gewohnheitsrecht unterstützen. Amazigh sind indigene Menschen, linguistisch verwandt mit Juden und Arabern, aber lange vor diesen in der Region angekommen und werden charakterisiert als äußerst ablehnend einer arabischen politischen Herrschaft gegenüber. Der andere Grund sind die Folgen des zweiten algerischen Krieges, der 1991 begann und gewalttätige Islamisten gegen die algerische Regierung stellte.

Die geplante Einführung der "Parallel-Scharia" nimmt generell an, dass islamischen Recht von westlichen Regierungen durchgesetzt wird. Aber die Einführung der "Parallel-Scharia" in Ländern mit einer Erlaubnis für eine "vernünftige Aufnahme" erhöht deren religiöse Freiheiten nicht; eigentlich neigen sie dazu diese einzuschränken. Wie Rohe, dessen Ansichten nicht ohne Kritik bleiben, beobachtet hat: "Viele Moslems in Europa tendieren immernoch dazu für die Organisation ihren Lebens in Übereinstimmung mit den Anforderungen der europäischen Rechts und den islamisch-religiösen Verpflichtungen zu suchen. Erst in den letzten paar Jahren haben Muslime auch begonnen theoretische Stellungnahmen zu formulieren, die ihre Positionen zu möglichen Konflikten zwischen rechtlichen und religiösen Normen klären und um adäquate Lösungen zu solchen Konflikten zu finden. Desweiteren ist eine beachtliche Anzahl von Muslimen nicht besonders an religiösen Praktiken interessiert und denkt, dass die 'künstlichen' Regeln der mittelalterlichen *figh*... wenig Bedeutung verdient." Diese Beobachtung drückt prägnant die Forschungsergebnisse des Centre for Islamic Pluralism über die Scharia-Kampagne in Westeuropa aus.

Fallstudie: Deutschland

Einleitung

Zusammengenommen machen die deutschen Muslime etwa drei Millionen der 84 Millionen Deutschen aus oder vier Prozent und bilden damit die zweitgrößte muslimische Bevölkerung Europas nach den Muslimen Frankreichs. Allgemein wird anerkannt, dass eine Mehrheit von zwei Millionen von diesen von Immigranten aus der Türkei abstammt, welche seit den 1960er Jahren in signifikanter Anzahl nach Deutschland kamen. Türkische Staatsangehörige in Deutschland können von türkischer sowie von kurdischer Ethnie sein. An dieser Stelle muss klar und uneingeschränkt gesagt werden, dass die türkische und die kurdische ethnische Identität, obwohl in der Propaganda von der türkische Regierung anders behauptet, vollkommen verschieden sind. Türken sind Sprecher einer altaischen Sprache, welche mit Mongolisch, Mandschu und vielleicht mit Koreanisch und Japanisch verwandt ist, mit einer agglutinierenden Grammatik. Kurden sind Sprecher einer indo-europäischen Sprache, welche mit Persisch verwandt ist. Dennoch werden Türken und Kurden in Deutschland verständlicherweise aufgrund ihres Ursprungs im gleichen Land zusammengefasst.

Von den zwei Millionen türkisch-kurdischen Muslimen in Deutschland sind fast ein Drittel, oder 700.000, Anhänger der alevitischen Gemeinschaft, in der Türkei bekannt als *Alevilik* und in Deutschland als *Aleviten*. Aleviten sind eine heterodoxe Erscheinung, in der Elemente des Shia-Islam, des shia-beeinflussten Sufismus und der traditionellen türkischen und kurdischen Kultur kombiniert werden. Aleviten kommen meist aus der Türkei. Sie sind nicht verwandt mit der syrischen Alewiten-Sekte oder dem obskuren aber einflussreichen sunnitischen Alawi-Orden der Sufis. Als Immigranten nach Westeuropa haben sich die Aleviten erst kürzlich als religiöse Gemeinschaft definiert; vorher beschrieben sie sich hauptsächlich als Säkularisten.

Deutschland ist auch die Heimat von etwa 300.000 bosnischen Muslimen, 225.000 Arabern (ohne Irakern), 125.000 Iranern und Irakern, 120.000 Afrikanern und kleineren Gruppen von Afghanen und Pakistanern.

Türken, Kurden und bosnische Muslime in Deutschland sind in ihren Ansichten zum allergrößten Teil säkular, weshalb die Agitation mit der Scharia ein sehr begrenztes Phänomen unter ihnen ist. Floris Vermeulen, ein niederländischer Gelehrter und Autor einer Dissertation über den Vergleich von türkischer Immigration in Berlin und Amsterdam, hat geschrieben: „Die ersten türkischen Einwanderer-Organisationen in Westeuropa, gegründet in den späten Sechzigern und frühen Siebziger, waren hauptsächlich links- und rechtspolitische Arbeiterorganisationen, die stark auf die Türkei und aufeinander fokussiert waren... Links-/Rechts-politische Polarisierung wurde aus der Türkei importiert... bürgerliche Organisationen wurden in der Türkei 1980 verboten [und] oppositionelle und marginalisierte Gruppen gründeten im Ausland Organisationen, um sich der Macht des türkischen Staates zu widersetzen. Eine Vielzahl an politischen und religiösen Bewegungen konkurrierte um Macht in den anwachsenden türkischen Gemeinden Westeuropas. Die Hauptgegensätze waren radikal Links gegen radikal Rechts, türkisch gegen kurdisch, Sunniten gegen Aleviten, religiös gegen säkular. In all' den organisationellen Disputen, die aus diesen Kämpfen erwuchsen, spielten Repräsentanten des türkischen Staates eine signifikante Rolle. Der türkische Staat gründete und unterstützte pro-staatliche Organisationen und Oppositionsbewegungen schufen eigene Gruppen.“

"Diese ideologische Rivalität hatte eine dramatische Wirkung auf die Gründung neuer türkischer Organisationen in Westeuropa. Keine Gruppe konnte es sich leisten zurück zu bleiben, weshalb die Anzahl neuer türkischer Organisationen explodierte. Es gab sowohl linkspolitische und oppositionelle türkisch-islamische Bewegungen (von denen die wichtigsten in der Türkei verboten waren) als auch islamische Organisationen, die von der türkischen Regierung unterstützt wurden.

Die aufsteigenden oppositionellen islamischen Bewegungen in der Türkei gründeten ihre eigenen Zweigstellen in Westeuropa, womit die Ausbreitung türkisch-religiöser Einwanderreorganisationen vorangetrieben wurde."

Im letzten Zitat Rohes wurde bereits richtiger Weise geschrieben: „Muslime, insbesondere von türkischer Herkunft, verstehen den Begriff *schari'a* im engeren Sinne, begrenzen ihn auf die rechtliche Regulation des Persönlichen, der Familie, des Erbens und der körperlichen Züchtigung.“ Es sollte hier betont werden, dass sich diese enge Definition einer kritischen Einstellung zur *Scharia* anbietet, orientiert am Säkularismus und geteilt von Nichtmoslems. Aleviten und bestimmte anderer Sufis erkennen im Allgemeinen die *Scharia* als eine abstrakte Definition der Religion oder des Islams an, aber oft betrachten oder fördern sie sie nicht als eine Reihe von Regeln. Zugleich sind kurdische Aleviten in Deutschland über so genannte "Ehren"-Morde gut unterrichtet sind – einer Praxis, die sie öffentlich verurteilen und durch Meditation als spezifisches Element als Element ihrer Ritualeinhaltung bekämpfen (beschrieben in Abschnitt 4 der *Fallstudie: Deutschland*.) Aleviten sind "Feministen" in ihrer Akzeptanz und sogar Förderung der weiblichen Gleichheit.

Wegen seiner Hauptwurzeln in der Türkei bleibt der deutsche Islam in einer multipel widersprüchlichen Situation stecken.

Erstens ist der türkische Islam in Deutschland eng mit der *Diyanet*, der türkischen staatlichen Verwaltung des Islam, verbunden durch die *Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion*, bekannt als DITIB. Die Abkürzung des deutschen Namens basiert auf der türkischen Bezeichnung *Diyanet Isleri Türk-Islam Birliği* und es hat seinen Sitz in Ankara. DITIB finanziert die Konstruktion und Aufrechterhaltung von sunnitischen Moscheen und stellt Imame und *hatips* ein – letztere sind Prediger der Freitagsgebete. Sie zählt fast 900 angehörige Moscheen und Kulturzentren. In einem streng objektiven und, gar im Gegenteil ein wenig untertriebenen, Bericht der International Crisis Group, wurde DITIB faktisch als politische Agentur beschrieben, die auf ein Beibehalten ideologischer Konformität der türkischen Muslime in Deutschland hinwirkt.: „eine Satelliteneinrichtung des türkischen Staates und ein Instrument dessen Versuchs, sich vor dem möglichen Wachsen der Opposition in der türkischen Diaspora zu schützen.“

Dies macht Deutschland zu einem Beispiel eines westeuropäischen Landes, in welchem eine große Gruppe seiner muslimischen Immigranten und derer Nachkommen von der regierungsangehörigen *ulema* (Kleriker-Institution) eines anderen Landes beeinflusst werden. Die *Diyanet* funktioniert auch in den Niederlanden auf diese Weise, ebenso Vertreter des offiziellen marokkanischen islamischen Klerus. In Westeuropa lebende bosnische Muslime werden von der offiziellen *ulema* Bosnien-Herzegowinas gelenkt, wobei letztere eine unabhängige, nichtstaatliche Körperschaft ist. Französische Muslime werden von den marokkanischen und algerischen Autoritäten beeinflusst, allerdings inoffiziell. Die Geistlichen der DITIB werden weithin kritisiert, weil sie nur türkisch sprechen und die Integration von deutschen Muslimen hemmen.

Zweitens spiegelt der türkische Islam in Deutschland den zunehmenden Kampf innerhalb der Türkei selbst zwischen dem säkularen Erbe Mustafa Kemals (Atatürk) und dem wachsenden „Softfundamentalistischen“ Sunismus in der Politik, repräsentiert von *AKPartisi* oder Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (im Folgenden AKP genannt). Die AKP wird gemeinhin Scharia-orientierte Komponente türkischer Politik wahrgenommen, trotz wiederholter Zusicherungen ihrerseits, nicht die säkulare Ordnung der Türkei anzutasten. In Deutschland berichten Mitglieder der ethnisch-türkischen Gemeinde, dass die AKP aktiv assoziiert mit den Fundamentalisten der *Milli Görüş* (Nationale Sicht) sei, einer Bewegung, in den 1970ern gegründet

von dem anti-jüdische, islamistischen Politiker Necmettin Erbakan und vermeintlich verwurzelt in DITIB. Heutzutage nehmen Beobachter allerdings Spannungen zwischen DITIB und *Milli Goruş* wahr, da die DITIB in der Verbundenheit mit der AKP gezwungen ist, ihre Ideologie zu mäßigen, um den Anforderungen der politischen Macht gerecht zu werden.

Von der in Deutsch als *Islamische Gemeinschaft Milli Goruş* (IGMG) bekannten Bewegung wird berichtet, zur Zeit 200.000 Anhänger in Deutschland zu haben. Ihr wird zugeschrieben, mit 400-600 „Gebetsräumen“ in Verbindung zu stehen, darunter mehr private Räumlichkeiten als Moschee-Strukturen. *Milli Goruş* ist mit der ECFR seit der dritten konsultativen Sitzung von Al-Qaradawis Gruppe in Köln 1999 assoziiert. *Milli Goruş* lehnt Kooperationen mit nicht-muslimischen Medien und anderen außenstehenden Interviewern ab und lehnten ebenso unsere Anfrage ab, ihren deutschen Vertreter zu treffen. Auch in den Niederlanden wird von ihnen ein Hauptsitz betrieben, welcher ebenfalls ablehnte, mit uns zu sprechen. 2008 spendete sie die bescheidene Summe von 5.000€ für die Bildung von Kindern über bosnische Muslime, die im Srebrenitza-Massaker getötet wurden, was ihr Interesse an einer Europa-weiten Expansion illustriert.

Milli Goruş und eine kleinere sowie weniger politische Bewegung, der *Verband der Islamischen Kulturzentren* (VIK), haben ursprünglich DITIB in den Schatten gestellt. Der VIK, weithin bekannt als *Süleymancilar*, ist eine Sufi-orientierte, anti-kemalistische Bewegung mit etwa 300 zugehörigen Moscheen. Von Aleviten wird sie als problematisch angesehen, weil sie dem Säkularismus feindlich gesinnt ist.

Deshalb ist es fraglich, ob die Aktivitäten der DITIB einer friedlichen Beziehung zwischen deutschen Muslimen und der breiten deutschen Gesellschaft zuträglich sind oder sie Unterschiede verschärfen. Falls die AKP, wie es viele erwarten, eine islamistische Agenda in der Türkei durchdrückt, kann von der DITIB erwartet werden, diese Perspektive zu übernehmen; überdies ist die Rolle der *Diyanet* und DITIB in einer Europäischen Union, zu welcher die türkische Republik Zugehörigkeit ersucht, ein nicht-untersuchter aber herausfordernder Aspekt der türkischen EU-Beitritts.

Drittens sind Aleviten, obwohl sich extrem ihren religiösen Pflichten hingebend, Opfer des aggressiven Sunismus der Türkei und viele sind nach Deutschland immigriert, um kulturelle und religiöse Freiheit zu erlangen, welche sie in ihrer Heimat vermissten. Es ist das Paradox der türkischen Geschichte, dass das „Jakobinertum“, zentralistischer Türkismus der kemalistischen Ära, welcher das Prinzip etablierte, dass nur Türken in der Türkei leben, egal ob sie einen griechischen, armenischen, kurdischen oder sefardisch-jüdischen Hintergrund besaßen, begleitet wurde von einem sunitischen Zentralismus in religiösen Angelegenheiten. Der Anthropologe Martin Sökefeld fasste die Realität prägnant zusammen: „Auf der einen Seite werden die Aleviten von der kemalistischen Elite beschuldigt eindeutig Unterstützer der Säkularismus zu sein, auf der anderen Seite jedoch verwehrt der Kemalismus selbst den Aleviten Anerkennung als religiöse oder kulturelle Minderheit, weil eine solche Anerkennung als Beschädigung des Prinzips einer vereinten und homogenen türkischen Nation angesehen wird.“

Während die Aleviten den kemalistischen Säkularismus als für sie vorteilhaft empfanden, zahlen *Diyanet* und DITIB für sunitische Moscheen, die Ausbildung des Klerus und deren Einstellung in der Türkei und Deutschland, aber Unterstützung für alevitische Gemeindehäuser (*cems* oder *cemevi*) und Geistliche (*dedeler*) war nie Teil der Budgets der *Diyanet* und DITIB. Aleviten lehnen die Scharia ab, abgesehen von dem schon beschriebenen abstrakten Sinne und argumentieren, dass türkisch-sunitischer Hass ihnen gegenüber eine Reaktion auf diese Einstellung ist. Ein signifikanter Trend unter den Aleviten ist der politisch Radikal-Linken verbunden, in der Türkei wie in

Deutschland.

Unter den übrigen Muslimen in Deutschland – Iraner, Iraker, andere Araber, Pakistaner usw. - ist religiöser Radikalismus weitgehend unbekannt. Beide, türkischer rechter Nationalismus und kurdischer linker Nationalismus, haben für ernstere Probleme in Deutschland gesorgt als radikaler Islam. Iraner in Deutschland sind oft Flüchtlinge vor dem klerikalen Regime des Iran und einige bekennen, sich von der Religion losgesagt zu haben, Als ein Indikator der komplexen Beschaffenheit der iranischen Gemeinschaft in Deutschland: Zeitungen von emigrierten Iranischen Linken sind genauso einfach in den Zeitungsständen des Landes zu finden wie Zeitungen und Magazine aus dem Iran selbst.

Seit bei den Untersuchungen der Al-Qaida-Vorbereitungen des Anschlags vom 11. September 2001 die Funktion der berüchtigten „Hamburger Zelle“ offengelegt wurde, welche von dem in Ägypten geborenen Mohammed Atta angeführt wurde, hat sich die Aufmerksamkeit auf den radikalen Islam fokussiert. Aber unserer Meinung nach waren die Aktivitäten der Hamburger Gruppe eher Ausdruck einer Präferenz islamistischer Extremisten in Deutschland zu arbeiten, wo es kein radikales Milieu gibt und Vorbereitungen des Terrorismus keine Aufmerksamkeit auf sich ziehen wie in Großbritannien, wo der Radikalismus prominent vertreten ist, sich ausbreitet und unter Beobachtung steht.

Deutschland ist die Heimat von Dr. Bassam Tibi, ein in Syrien geborener Vordenker einer gemäßigten Form eines „Euro-Islam“ und Professor für internationale Beziehungen an der Universität von Göttingen. In einer unveröffentlichten Schrift, kommentierte Dr. Tibi im März 2008: „Vor kurzem sendete der intereuropäische Fernsehsender 'arte' die aufhezerische Predigt eines einflussreichen Imams, der großen Al-Quds-Moschee in Hamburg. Die Hamburger Zelle, die an den Angriffen des 11. Septembers beteiligt war, war es gewohnt, sich hier zu treffen. Der inbrünstige Imam warnte die Muslime davor, ihren Glauben zu verlieren. Dies würden sie tun, so behauptete er, falls sie mit Europäern interagieren und leben, als wären sie selbst welche... Ein sehr großer Anteil an muslimischen Einwanderern lebt in Parallelgesellschaften. Der Islam, der in diesen 'Ghettos' vorherrscht, ähnelt dem Wahhabismus, der in Moscheen wie der einen in Hamburg geliefert wird...

Unter denen, die sich mit diesem Themen befassen, gibt es zwei extreme Positionen. Eine ist die populistische und unakzeptable islamophobe Lösung, die andere ist Multikulturalismus, verstanden als eine Einstellung das 'alles geht'. Aber außerhalb dieser Extreme kann keine vernünftige Person die Augen vor den anwachsenden islamischen Parallel-Gesellschaften verschließen, welche Enklaven in Europa bilden...

„Was kann getan werden, um aus muslimischen Einwanderern wahre europäische Bürger zu machen?

„Eine auf bürgerliche Werte und den Arbeitsplatz begrenzte Integration kann mit einer reformistischen Interpretation des Islam, die ihn an die kulturelle Moderne anpasst, kompatibel gemacht werden. Dies ist im Wesentlichen das Konzept des 'Euro-Islam', wie ich ihn mir vorstelle. [Im Gegensatz dazu] ist der Raum, den einige Imane für den Islam in Europa beanspruchen, eine Abwehr gegen Integration und ein Unterstützen der existierenden Enklaven...

„Ein wahhabistischer oder jeder andere auf der shari'a basierende Islam ist nicht akzeptabel für Europa und widerspricht dem demokratischen Strukturen...

„Der Euro-Islam benötigt, zuallererst von pro-demokratischen Muslimen, dass sie gewillt sind, auf

den Jihadismus und die Schariaisierung des Islam zu verzichten und sich für die Idee eines bürgerlichen Islam in Form des Euro-Islam zu öffnen.

„Der Euro-Islam gründet auf den fünf Säulen der bürgerlichen Gesellschaft:

1. Demokratie – nicht nur als Wahlverfahren sondern als politische Kultur der Bürgergesellschaft.
2. Separation von Religion und Politik (Säkularität, nicht zu verwechseln mit der Ideologie des Säkularismus).
3. Persönliche Menschenrechte.
4. Pluralismus der Kulturen und Religionen in der Gesellschaft.
5. Toleranz, nicht im islamischen Verständnis der Behandlung von Juden/christen als Monotheisten und geschützten Minderheiten/*dhimmi*, sondern auf Gleichheit basierend.“

Unsere Beobachtungen der deutschen muslimischen Gemeinschaft zeigen auf, dass der Wahhabismus und andere Scharia-zentrischen Interpretationen des Islam einen weit geringeren Einfluss in dem Land haben als in Großbritannien. Wir glauben nicht, dass das Beten in einem einzelnen arabischen Wahhabismus-Zentrum wie der Al-Quads-Moschee in Hamburg - einer Stadt, die für ihre kosmopolitische Bevölkerung bekannt ist – charakteristisch für den deutschen Islam im Allgemeinen ist. Wenn überhaupt kontrastiert die Diversität der islamischen Entitäten in Hamburg (und Berlin) die „Ghettoisierung“, die man im Ruhrgebiet sehen kann, wo die größtenteils säkular-orientierten türkischen und kurdischen Immigranten in monoethnischen Nachbarschaften konzentriert sind. Allerdings kann man nicht bestreiten, dass radikaler *Scharia*-Aktivismus in Deutschland existiert. *Milli Gazete*, eine Periodika, vermeintlich von *Milli Goruŝ* publiziert – eine Verbindung, die die Organisation bestreitet – schrieb im August 2001: "ein religiöser Muslim ist zugleich auch ein Advokat der Scharia. Der Staat, die Medien, die Gerichtshöfe haben kein Recht sich einzumischen. Die Treue eines Muslim zur Scharia kann nicht in Frage gestellt werden.“

Um dies zu unterstreichen: Der Zugang zur Macht der AKP in der Türkei und dem zunehmender Einfluss in Deutschland machen solch eine Rhetorik zu einer Herausforderung für die heutige Situation.

Der historische Hintergrund: Das Hervortreten der Scharia als ein Problem in Deutschland

Die Diskussion der Scharia ist in den deutschen Medien jener in Großbritannien dokumentierten und untersuchten bei weitem unterlegen, was Umfang, Vielfalt an Themen und Dringlichkeit angeht.

Anfang 2001 veröffentlichte die angesehen *Süddeutsche Zeitung* einen Überblicksartikel über den Islam in Deutschland. Sie stellte heraus, dass die islamische Observanz bislang hauptsächlich auf „*Hinterhofmoscheen*“ begrenzt war, welche in unkontrollierten (und oft ungekennzeichneten) Wohn- und Gewerberäumlichkeiten eingerichtet sind, aber dass eine Welle von Großmoschee-Konstruktionen in Deutschland begann. Die Errichtung von großen Strukturen rief viele Fragen

über die Themen der *Scharia* hervor, unter anderem zur Angemessenheit des Baus eines Friedhofs in der Nähe eines Supermarktes und die Lautsprecherverstärkung für die Gebetsrufe. Aber die *Süddeutsche Zeitung* vermerkte auch separatistische Tendenzen und offensichtlichen Widerstand gegen Integration mit der Ablehnung der DITIB, Moschee-Funktionäre in der deutschen Sprache auszubilden. Die Zeitung argumentierte, dass die DITIB das Bewusstsein um die türkische Identität mit dem um die Religion gleich gewichte und deshalb Integration verhindere und dass die DITIB-Geistlichen typischerweise nach einem kurzen Besuch Deutschlands, in dem sie wenig Verständnis über die deutsche Gesellschaft erhielten, in die Türkei zurückkehren, dass der Inhalt der Predigten selten an die breite Öffentlichkeit drangen und dass Frauen selten an den Leistungen der Moscheen und verwandter Aktivitäten teilnahmen.

Im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* warf Reiner Albert, ein deutscher Politikwissenschaftler, der in einem Integrationsprojekt der Yavuz Sultan Selim-Moschee in Mannheim arbeitete, den Führern der Moschee vor, Separation voranzutreiben, für Fundamentalismus zu werben sich ausländischer Kontrolle aus der Türkei zu fügen. Er versuchte, deutschsprachige Kurse über den Islam zu etablieren, wurde dann aber, wie er sagt, beleidigt und geächtet.

2005 rief die christ-demokratische Politikerin Kristina Köhler die Muslime in Deutschland dazu auf, die *Scharia* aufzugeben. Wie die Zeitung *Frankfurter Rundschau* berichtet, sprach die Bundestagsabgeordnete Köhler in Wiesbaden und kritisierte dabei die *Scharia* als inkompatibel mit der Demokratie und diskriminierend gegenüber Frauen sowie Nicht-Muslimen. Sie beschrieb die *Scharia* (inkorrekt-weise) als eine invariante Form der Rechtssprechung, die im Gegensatz zum änderbaren Recht säkularer Gerichtshöfe stehe und meinte, muslimische Immigranten müssten jede Bindung an deren höheren Rechtsgültigkeit aufgeben. Desweiteren forderte sie die Auflage an Immigranten, einen Treueschwur auf die deutsche Verfassung zu leisten, die Trennung von Religion und Staat zu akzeptieren und die Menschenrechte sowie die etablierte Kultur in Deutschland zu respektieren.

Wir wären nachlässig, merkten wir nicht an, dass Hindernisse zu Integration oder Assimilation von deutschen Muslimen nicht auf die muslimische Seite beschränkt sind. Deutschland hat sich lange dagegen gewehrt, den Status der Immigranten als „Gastarbeiter“ abzuschaffen, welcher einer Einbürgerung als deutsche Staatsbürger im Wege stand. Die Mehrheit an türkischen und kurdischen Migranten, die nach Deutschland migrierte, besitzt nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Dieses Phänomen trägt zur Abhängigkeit deutscher Behörden von der DITIB als intermediäre Instanz in der Behandlung von türkischen Suniten bei.

Selbst die Aleviten, welche typischerweise säkular eifrig darauf sind, so Deutsch wie möglich zu sein, geben an überzeugt zu sein, dass die Mehrheit der Deutschen nicht erwünscht, Muslimen vollen Zugang zur Mitgliedschaft als Staatsbürger ihrer nationalen Gemeinschaft zu gewähren. Diese Perspektive dehnt sich auf jene in Deutschland geborene aus, die ihr Leben lang Deutsch gesprochen haben und von sich selbst als „wir Deutsche“ sprechen. Solch eine Einstellung steht im Kontrast mit dem offensichtlichen Druck von britischen und französischen Nicht-Muslimen, von Muslimen Akzeptanz der Staatsbürgerschaft zu erhalten, trotz der Fortdauer ökonomischer Diskriminierung von Muslimen in den letztgenannten Ländern.

Die CIP Studie über die *Scharia* Bewegung in Deutschland

Das Zentrum für Islamischen Pluralismus brachte seine Feldstudie über die *Scharia* Bewegung und Einstellungen ihr gegenüber in der deutsch – muslimischen Gemeinden im Juli 2008 heraus.

Die CIP Untersuchungsbeauftragten Stephen Schwartz und Kamal Hasani untersuchten die Geisteshaltung gegenüber der *Scharia* in den deutsch – muslimischen Gemeinden, in Kooperation mit den Aktivisten der alevitischen Gemeinschaft Ali und Veli Sirin, welche nun eine CIP-Zweigstelle in Deutschland, genauer dem Ruhrgebiet, leiten.

Die Interviews beinhalteten ausgedehnte Treffen und Diskussionen in Duisburg, Köln, Hamm, Aachen, Berlin und Hamburg. Zu den Befragten zählten, wie auch in Großbritannien, Repräsentanten der Moscheen, geistliche Scheichs, Sozialarbeiter und Moschee Besucher von Rang und Namen.

(1) Familie / Lehre

Deutschland besitzt im Gegensatz zu Großbritannien weniger islamische Schulen; aus wirtschaftlichen und politischen Gründen wird die Mehrheit der muslimischen Kinder in staatlichen Schulen unterrichtet. Die bekanntesten islamischen Ausbildungsinstitutionen sind der *Förderverein der Islamischen Grundschule* in Berlin [www.islamische-grundschule.de] und die *König-Fahd-Akademie Bonn*, letztere unterstützt durch Saudi Arabien. Ein wichtiger Unterschied zwischen der Pädagogik der islamischen Gemeinden in Großbritannien und Deutschland ist jener, dass viele der subkontinentalen Immigranten in ihren ehemaligen Heimatstaaten in Madrasen ausgebildet wurden oder nur mindergebildet sind, und häufig die Möglichkeit wahrnehmen ihre Kinder zur Schulung zurück nach Pakistan, Indien oder Bangladesch zu schicken. Während die türkischen und bosnischen Muslime, welche dreiviertel der deutschen Muslime ausmachen, gemeinhin staatlich ausgebildet wurden – damit erreichen sie einen beachtlich höheren Bildungsgrad.

Wo Bosnier ihre Kinder zurück ins Heimatland zur Schulung in einem kleinen Netzwerk von islamischen Grund- und Hochschulen schicken könnten, besitzen tendenziell nur türkische Muslime die Möglichkeit einer Beantragung zu weiterführenden türkischen *Imam-Hatip* Schulen, dort werden sie von sunnitischen Geistlichen unterrichtet. Kurdische, in Deutschland lebende, Moslems können unter früherer Ausgrenzung oder durch den Boykott türkischer Schulen leiden, wo der Schulunterricht in Kurdisch nicht angeboten wird. Zusätzlich wurde Kurdisch sprachlich nie genormt und besitzt mindestens drei Hauptdialekte. Eine davon, Zaza, wird in Deutschland weitverbreitet gesprochen und bildet die Basis eines Trends unter den Zazas, sich als eigene Ethnie zu definieren. Zazas sind zu ca. 50% Aleviten. Dadurch besitzen kurdische Muslime in Deutschland einen noch stärkeren Ansporn als ethnische Türken, eine Ausbildung in staatlichen deutschen Schulen für ihre Kinder zu anzustreben.

Deutschland betreibt zur Zeit Religionsunterricht in staatlichen Schulen mit der Wahl des Bildungsinhalts und der Regelmäßigkeit, die geplante Unterrichtszeit wird entweder den Katholiken oder Protestanten, dem orthodoxen Christentum, Judentum oder anderem Moralvermittelnden- nicht religiösem Unterricht gewidmet. Die Anwesenheit an solchen Unterrichtsfächern und die Wahl eines bestimmten Feldes, welches vom verfügbaren Lehrplan abhängt, werden dem Schüler überlassen. Zusätzlich werden alle deutschen Schüler allgemein in allen Religionen unterrichtet –

das beinhaltet auch den Islam.

Derweilen bevorzugen muslimische Eltern die Möglichkeit eines islamischen Religions-/Ethikunterrichts in der deutschen Schule, was aber nicht überall möglich ist. Um ein genau solches Ziel zu erreichen ist eine von mehreren Hürden, das Einbeziehen der *Diyanet* und DITIB in den Lehrplan. Diese bezahlt die in der Türkei ausgebildeten Lehrer, damit diese ihr Wissen in staatlichen Schulen in Niedersachsen, Bayern und Baden- Württemberg vermitteln können. Die Aleviten sind bemüht den Religions-/Ethikunterricht, wenn die islamische Option bereits besteht, auch mit der Möglichkeit einer alevitischen religiösen Anleitung stattfinden zu lassen, wie es zurzeit in 5 deutschen Bundesländern der Fall ist. Mounir Azzaoui, ein arabischer Repräsentant der Bilal Moschee und dem islamischen Zentrum in Aachen, bestritt während unseres Interviews, dass der Einbezug des Islam in den Religions-/Ethikunterricht die Integration fördert. Die Aachener Moschee besitzt zur Zeit 3000 Mitglieder, wurde 1963 errichtet und wurde historisch mit der Syrian Muslim Brotherhood assoziiert - ihre Gründer waren Anhänger der Syrian MB, Eesam Al-Attar gemeinsam mit dem Iraner Abdoldjavad Falaturi. Al-Attar brach wegen ihrer Rechtfertigung der Gewalt mit der MB, und Falaturi verließ die Aachener Moschee. Aber unser Interviewpartner Azzaoui sagte, die Moschee werde immer noch von den Medien und Bundesbeauftragten als eine Einrichtung der Brotherhood angesehen. Azzaoui ist ein Mitglied des *Zentralrats der Muslime in Deutschland* – ZMD, welche 400 nicht – türkische Moscheen beinhaltet und es wird angenommen, dass sie von Saudi Arabien beeinflusst wird.

Azzaoui bemerkte, dass es Deutschland eine Debatte über die Zulassung des *hijab* (Kopftuchs) für muslimische Mädchen gab. Es gab keine allgemeinen/bundesspezifischen Vorschläge mit der Situation umzugehen; nur für weibliche Lehrer ist es nicht gestattet Kopftücher zu tragen. Die deutschen Gerichte haben nun geurteilt, dass die einzelnen Länder bezüglich der religiösen Aktivitäten darin selbst verantwortlich sind. Ferner erwähnte er, dass einige muslimische Eltern Einspruch über den Sexunterricht und Geschlechterübergreifenden Schwimmunterricht erheben. Das in einer Weise, wie es in den Vorschlägen des Muslimischen Konzils von Großbritannien widerspiegelt wird (beschrieben in der *Fallstudie: Großbritannien*), wie auch die Teilnahme an Klassenfahrten.

Zusätzlich besuchen viele türkische Kinder nachmittags einen Religionsunterricht außerhalb der staatlichen Schulen. Die „sanfte Islamisten“ Massenbewegung geleitet von Fethullah Gülen, einem türkischen Imam lebend in Amerika, leitet solche Nachmittagskurse. Gülens Unterstützer haben in der ganzen muslimischen Welt Schulen unterschiedlicher Bildungstufen eröffnet. Einige deutsch-muslimische Kinder lernen in sogenannten „Nurcu Schulen“, die auf den Lehren des Modernisten Sufi Said Nursi (1877-1960) basieren, die sich an ein unabhängiges System in Türkei anlehnen.

Yilmaz Kahraman ist Präsident der alevitischen Jugendbewegung in Nordrhein-Westfalen, damit repräsentiert er 100.000 Mitglieder in 34 Gemeinden in diesem Bundesland, genauer dem Ruhrgebiet. Das Ruhrgebiet ist das Hauptsitz der Aleviten, was mit der geschichtlichen Immigration zur Zeit der Industrialisierung zusammenhängt. Kahraman erzählte uns, er arbeitete für drei Monate in einer Gülen- Schule in Duisburg, einem bedeutenden alevitischen Zentrum in Deutschland. Man besoldete ihn mit 9 Euro je 45 minütiger Unterrichtseinheit. Nach Kahraman besuchten 200 Schüler den Gülen- Unterricht, wo sie in Deutsch, Wissenschaften und Mathematik unterrichtet wurden. Er beschrieb, dass die meisten Schüler nicht gut deutsch sprechen konnten und ihnen dass deutsche Alphabet ungewohnt war, welches sich von dem türkisch – lateinischen Alphabet, eingeführt von Mustafa Kemal, unterscheidet. Er schrieb diese Versäumnisse der jüngsten Einwanderung von türkischen Kindern zu. Er teilte uns zudem mit dass ihm an der Schule wegen seinem Tragen von kurzen Hosen (einem Scharia- Streitpunkt) gekündigt wurde.

Kahraman beschrieb zwei Nurcu Schulen in Duisburg, und dass die Nurcu- Bewegung sich darum bemüht eine größere Einrichtung in der Stadt aufzubauen. Die Nurcu Schulen bieten Aufenthalte von einem- bis zu zwei Jahren an. Die Schulen beinhalten Unterricht auf Arabisch, was sehr selten in türkischen Schulen ist.

Die iranisch- finanzierte schiitische Imam Ali Moschee und das *Islamische Zentrum Hamburg* – IZH, gegründet 1953, und der Fertigstellung des Gebäudes 1963, wurde von außenstehenden Beobachtern als ein „Knotenpunkt des Schiitentums, welches die anti- Israel Statements des Präsidenten Ahmadinejad in Europa verbreitet“, während dieser die Hisbollah in Libanon fördere. Deshalb wird es von Einigen als eine Radikale, wenn nicht als ein jihadistisches Element, im Blickfeld des deutschen Islam angesehen. Das IZH traf sich jedoch ebenfalls mit hochrangigen jüdischen Führern, christlichen Repräsentanten, offiziellen der europäischen Union und dem Dalai Lama. Das IZH beschreibt sich selbst als die „wichtigste“ schiitische Moschee in Europa, wurde jedoch von schiitischen Beobachtern hinsichtlich der exklusiven Bewirtung von Iranern kritisiert. Letztere sind mit 35.000 Mitgliedern die größere muslimische Gemeinde in Hamburg, noch vor den Türken, Kurden oder Arabern.

Das IZH wurde von zwei sehr prominenten Persönlichkeiten in der jüngsten Geschichte der iranischen Religionsangelegenheiten geleitet. 1965 bis 1970 wurde es von dem sehr charismatischen geistlichen Ayatollah Mohammad Beheshti geleitet, der 1981 in Teheran bei einer von radikalen Linken gezündeten Bombe zusammen mit 70 führenden Mitgliedern des iranischen Regimes getötet wurde. Ein Student von Allameh Tabatabaei, einem außergewöhnlich modernen schiitischen Theologen, Beheshti, wurde zu einer führenden Figur in der iranisch islamischen Revolution, und wurde Vorsitzender des Gerichtsystems des Landes. In Hamburg war er ein Mentor von Hojjatolislam Seyyed Mohammad Khatami, der das IZH von 1978 bis 1980 leitete und wurde schließlich zum Reformpräsident des Iran von 1997 bis 2005.

Das IZH verteilt Handbücher mit Richtlinien, wie man über den Islam im allgemeinen Schulunterricht an deutschen Schulen unterrichten sollte. Diese Dokumentationen zielen, im Gegensatz zur reinen Option einer islamischen Schulung im Religions-/Ethikunterricht darauf ab, einen Unterricht über den Islam zu aufzubauen. Die Handbücher des IZH, *Muslim Thoughts for Teachers and Textbook Authors* (nachfolgend: *Muslim Thoughts*) und *A Guide to the Presentation of Islam in School Textbooks*, wurden beide von dem Iraner Abdoldjavid Falaturi, der in ehemals mit der Bilal Moschee und dem islamischen Zentrum in Aachen in Verbindung stand, verfasst (Anm.: Co-Autor für das Buch *Ein Führer über die Präsentation des Islam in schulischen Textbüchern*, war Udo Tworuschka). Falaturi zog 1995 mit seiner Kölner Islam Akademie, die er 1978 gegründet hatte, nach Hamburg. Und nach seinem unerwarteten Tod 1995 wurde die Akademie mit dem IZH verbunden. Falaturis Schriften werden für ihre gewählte Ausdrucksweise und historische Genauigkeit geschätzt. Beispielsweise finden wir in *Muslim Thoughts* unter der Überschrift „Beziehung zwischen Moslems, Juden und Christen auf dem kulturellen Niveau“: „Die Ausbreitung der muslimischen Wissenschaft mit den westlichen Christen (teilweise Sizilien und Andalusien) hätte ohne die jüdischen Händler nicht stattgefunden. Die wissenschaftliche Begegnung der verschiedenen großen Kulturen wurde von gegenseitigen Anpassungen und Weiterentwicklungen charakterisiert. Der Austausch im Bereich des religiösen Lehrens und des Gesetzes war zwischen Juden und Moslems weitaus intensiver als zwischen Christen und dem Islam“.

Falaturis *Muslim Thoughts* bietet eine Sammlung an klärenden Definitionen der Grundthemen die in jedem Schulunterricht über den Islam diskutiert werden - von Gott zum zwischenreligiösen

Dialog. *A Guide to the Presentation of Islam in School Textbooks*, behandelt genau die Themen, von denen Moslems sich am meisten beklagten sie werden im öffentlichen Unterricht verzerrt dargestellt. Das beinhaltet auch die Definition des Islam und die Diskussionen über Themen wie die muslimische Mission und den Fundamentalismus. Der *Führer* verurteilt folgende, auf die Scharia bezogene Aussagen, als „falsch“:

„Beurteilen der Scharia auf der Basis begrenzten Verständnisses... es mit dem „islamischen Gesetzbuch“ gleichzustellen und weiterhin nur seine Strafrechtlichen Aspekte zu erwähnen; Die Scharia als ein ganzes im negativen Sinne und als mittelalterlich zu beschreiben; und sogar die Abschaffung zu fordern.

„Die Vielseitigkeit der Scharia zu ignorieren wie auch ihre Komplexität, und zu übersehen, was für eine Möglichkeit sie den Menschen bietet, ihre Leben frei und im Einklang mit dem Zeitalter in dem sie Leben zu gestalten.

„Das anhaltende Anliegen von islamischen Gelehrten zu ignorieren, die innere Stärke der islamischen Rechtslehre aufrütteln zu wollen, um den Veränderungen in der Gesellschaft der islamischen Welt hinsichtlich ihrer islamischen Prinzipien gerecht zu werden; oder sogar die einseitige Übernahme des westlichen Rechtssystems zu fordern; das beinhaltet die Gebiete Familienrecht, Kriminalrecht, Geschäftsrecht und öffentliches Recht“.

Ein Führer kommentiert weiterhin, vielleicht Verhängnisvoll, „Heutzutage gibt es in der gesamten islamischen Welt... eine Tendenz die Ausdrucksweise im Geiste der Zeit zu interpretieren und harte Strafen zu vermeiden. Das ist sogar in Staaten der Fall, die jüngst solche Strafen verhängten, weniger aus islamischer Überzeugung als aus politischen Gründen“.

In allen Fällen, hauptsächlich aus wirtschaftlichen Nachteilen, konzentrierte sich die deutsche Debatte über die Bildung von muslimischen Kindern eher auf die Einführung des Religionsunterrichts in staatlichen Schulen, als die Gründung separater Religionsschulen. Die Möglichkeit einer kompletten Trennung der Religion von der Bildung existiert in Deutschland nicht.

Das deutsche Recht tat 1995 bis 2002 die Ernährungsvorschriften der *Halal*-Schlachtung als eine Sache des Privatlebens der Muslime ab. Gemäß den religiösen Gesetzen im Islam ähnelt das Schlachten dem *Kaschrut* (Speisegesetzen) im Judentum, außer der göttlichen Anrufung, die während der islamischen Schlachtung von Tieren, allgegenwärtig ist. Der Koran spezifiziert hierbei, dass es Moslems erlaubt ist Speisen die von Juden zubereitet wurden zu essen, angesichts der Tatsache dass es Juden ebenfalls untersagt ist Schweinefleisch zu essen. 1995 wurde die Halal-Schlachtung von einem deutschen Gericht abgeschafft, weil sie keine vorherige Betäubung der Tiere vor der Tötung festlegt. Was das deutsche Gesetz jedoch vorsieht. Die einzige Ausnahme war religiöser Natur, und das Gericht entschied, dass der Verzehr von Fleisch, geschlachtet nach religiösen Regeln, nicht obligatorisch für Moslems sei. Deutsche Moslems importierten daraufhin *Halal*-Fleisch aus Nachbarländern. In 2002 wurde das Gesetz nach einer Zivilrechtsklage eines türkischen Schlachters gestrichen - wegen unzulässiger Überschneidung mit dem Recht der Arbeitsausübung.

(2) Die Institutionalisierung der Scharia von nicht- muslimischen Regierungen („Parallelscharia“)

Es gab keine Forderungen für oder bedeutende Initiativen zur Institutionalisierung der *Scharia* in

Deutschland, nur für die Anerkennung des DITIB als einen beratenden Partner des Staates. Das DITIB und *Milli Goru* werden vom deutschen Gesetz nur als „religiöse Vereine“ gesehen, während die Aleviten als eine „religiöse Gemeinde“ anerkannt wird. Keine der letzten drei hat eine offizielle beratende Stellung gegenüber der deutschen Regierung. Falaturis Arbeit, verfasst zu Beginn der 1990er, kann als traditionell und wehrhaft gegenüber der totalen Assimilation der Moslems in die westliche Gesellschaft angesehen werden, wie man es von einem Iraner erwarten könnte. Jedoch wird nirgends vorgeschlagen die *Scharia* zu übernehmen oder als ein paralleles Gesetz für die im Westen lebenden Moslems einzuführen, welches diese dort regiert.

In 2006 wurde die *Deutsche – Islam Konferenz*, eine Einrichtung bestehend aus 15 muslimischen Mitgliedern und 15 Regierungsrepräsentanten gegründet, um den offiziellen Dialog zu erleichtern. Sie wurde für die Suche von politischen Lösungen für die Probleme des Islams kritisiert. Gemäß unseres Befragten Mounir Azzaoui sollte sie sich ausschließlich mit religiösen Problemen befassen, und die politischen Themen der Gesellschaft überlassen. In 2007 wurde eine neue Gesellschaft, der *Koordinationsrat der Muslime* (KRM) in Deutschland gegründet, ein Zusammenschluss aus der DITIB, *Milli Goru* (über einen *Islamrat* operierend), ZMD und VIK (*Süleymancilar*). Das Wochenmagazin *Der Spiegel* beschreibt die Motive für die Gründe des KRM wie folgt: „Henry Kissinger scherzte einst: ‘ Wen rufe ich an, wenn ich Europa anrufen möchte? ‘ Die deutsche Regierung hatte das Selbe Problem, wenn es darum ging den Dialog mit seiner eigenen muslimischen Gesellschaft zu suchen: Wen solle man anrufen? Nun haben sich die vier führenden repräsentativen Moslemgruppen in Deutschland zusammengeschlossen, sodass wenigstens die Regierung in Berlin diese unfassbare Telefonnummer anrufen kann“. Unglücklicherweise gehören die Aleviten nicht zum KRM.

Ende 2007 verursachte eine Familienrichterin (Name ist den Medien nicht bekannt) Aufsehen, als sie sagte, der Koran unterstütze das Recht der Ehemänner ihre Frauen zu schlagen. Diese Ansicht entstand in einem Fall einer marokkanischen Frau gegen ihren marokkanischen Mann.

Die Familienrichterin hielt die Erteilung einer schützenden Anordnung als ausreichende Hilfe für die Klägerin, die eine vorherige Forderung einer Scheidung ablehnte. Es folgte ein Aufschrei aller linken und rechten deutschen Parteien und des ZMD gegen diese Ansicht. Letztere sagte später, dass rechtliche Entscheidungen sich auf die deutsche Verfassung stützen sollten, und nicht auf den Koran, und dass Misshandlungen im Islam ein Grund für eine Scheidung ist. Nach einer weitläufigen Debatte zu diesem Fall, wurde die Familienrichterin mit beruflichen Sanktionen belegt.

Im Juli 2008 gab es eine weitere Kontroverse, als die deutsche Rechtsprechung ein neues Heiratsgesetz, welches 2009 in Kraft treten sollte, bekannt gab. Dieses Gesetz würde es erlauben Eheschließungen ohne standesamtliche Trauung begehen zu dürfen. Jedoch würden nicht registrierte Eheschließungen aus Kirchen und Moscheen, die Parteien von der Inanspruchnahme von Gerichten für Scheidung, Erbschaftsrecht und anderen Rechtsmitteln ausschließen. Genau das entspräche der schlechten Situation von muslimischen Frauen im Vereinten Königreich, die nur durch die *Nikah* in Pakistan verheiratet wurden, und keine Scheidung in Großbritannien erhalten können. So werden sie vor das *Scharia* Tribunal gelockt. Unser Aachener Befragte, Mounir Azzaoui sagte zu diesem Thema, „Niemand fragte die Moslems ob sie diese Änderung in dieser Gesetzesänderung wollten. Niemand zog uns zu Rate. Sie haben es einfach getan, und wir versuchen irgendwie darauf zu reagieren. Wir wollen keine derartigen Probleme in unserer Gesellschaft.“ Azzaoui sagte anschließend, dass die vorgeschlagene Rechtsänderung aus dem Grunde eingeführt wurde, weil es nie zu einer Bestrafung von nicht registrierten Ehen gekommen war, und es deshalb für Politiker einfacher war einen neuen, laschen Standard einzuführen.

Das Andauern dieser Probleme wurde Ende 2008 nochmals deutlich, als ein Politiker der FDP, Georg Barfuß meinte, dass die *Scharia* in seinem Heimat- Bundesland Bayern, wenn vereinbar mit der Verfassung, eingeführt werden könnte. Er verdeutlichte, dass die Bereiche der *Scharia* die sich auf die Persönlichkeit beziehen wie Beten, die *Hajj* Pilgerreise, und das Fasten, alles Bereiche die dem muslimischen religiösen Gesetz unterstellt sind, keine Probleme für die Umsetzung mit sich bringen würden und zudem das Recht der Moslems ungehindert Moscheen zu errichten nur noch bekräftigen würde. Barfuß schien sich nicht über die Kritik der Aleviten an der Institutionalisierung von sunnitischen Standards für das Beten und Fasten und die *Diyanet* Finanzierung der Moscheen in der türkischen Diaspora im Klaren zu sein.

In all diesen Fällen, wie von Erzbischof Rowan Williams und Lord Oberrichter Baron Phillips in Großbritannien kommentiert, schienen nicht- muslimische Persönlichkeiten von Ignoranz und einer bevormundenden Einstellung geleitet den Moslems eine Scharia „anzubieten“, deren Gläubige nicht unbedingt oder durchweg nicht nach einer solchen verlangten.

(3) Kriminelle Aspekte

Kriminelle Aktivitäten in Deutschland, gemäß der nicht- muslimischen öffentlichen Meinung, beinhaltet zahlreiche Türken und andere Moslems, einschließlich Albaner und Marokkaner. Abseits der konspirativen Aktivitäten der Hamburger Terroristen vom 11. September, sporadischen Rekrutierungen der Jihadisten, einige um außerhalb Deutschlands zu kämpfen, gibt es, außer sogenannten „Ehrenmorden“ wie im nachfolgenden Teil der *Fallstudie: Deutschland* beschrieben die mit religiösen oder gesellschaftlichen Bräuchen zusammenhängen, wenig Kriminalität die Moslems beinhaltet.

Ein Ausnahmefall ist der des *Kalifatstaats* oder „Kaplanverschwörung“ in Köln. Die „Kaplanverschwörung“ wurde 2001 zerschlagen. Sie entstand unter deutschen Türken, und es wurde von 800 Mitgliedern berichtet. Diese Gruppe rief offen dazu auf die demokratischen Institutionen in Deutschland und der Türkei zu stürzen, ebenso wie die Scharia Unterstützer angeführt von Abu Hamza in Großbritannien. Sein berüchtigtster Führer, Metin Kaplan, der „Kalif von Köln“, kam 1983 aus der Türkei, asylsuchend nach Deutschland. 1995 übernahm er den *Kallifatstaat* von seinem Vorgänger Ibrahim Sofu. Kaplan rief zu Sofus Tod auf, der daraufhin 1997 getötet wurde. Kaplan wurde im Jahre 2000 wegen Anstiftung zu Mord verurteilt, und nach der Aufhebung seines Asylstatus‘ und der Auslieferung Deutschlands an sein Heimatland, wurde er des Hochverrats an der Türkei im Jahre 2004 für schuldig befunden. Was daraufhin folgte war ein drittes Verfahren wegen versuchten Umsturzes der türkischen Verfassungsordnung, was in einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe im Jahre 2005 resultierte. Der Schuldspruch wurde in einem Revisionsverfahren eines türkischen Gerichts im Jahre 2006 gekippt, aber Kaplan wurde wieder angeklagt. Die „Kaplan Verschwörung“ ist das bekannteste Beispiel eines *Scharia*- gesteuerten kriminellen Verhaltens in Deutschland.

Über die radikal islamistische Infiltration von deutschen Gefängnissen fehlt es an Informationen.

(4) Annäherung an die Frauen

So genannte „Ehrenmorde“ waren das Hauptthema der Diskussionen über die Rechte der muslimischen Frauen in Deutschland. Angesichts der Tatsache, dass der türkische Islam von *Diyanet* und DITIB beherrscht wird, die sich historisch um eine modernisierende, weltliche und Sufi Interpretation des Sunnitentums verpflichtet hat, wie auch von den *Aleviten*, in deren diese Werte noch stärker betont werden, hängt es an diesen Gesellschaften, und denen in den Niederlanden, mehr als sonstwo in Europa, dass jene Auseinandersetzungen weitreichenden Wert besitzen ,die solche brutalen Bräuche als Phänomene getrennt von islamischer Beobachtung und

Religion identifizieren.

Ein Besuch der Duisburger Moschee, gebaut von der DITIB, 2008 eröffnet und zur Zeit die größte Moschee in Deutschland, zeigte, dass die angebotene Literatur für die Besucher fast nur mit Sufi und ähnlich frommen Material positiver Gesinnung gespickt war, und das Bärte und Kleidung im Wahhabi- Stil nicht vorzufinden waren. Es scheint unbestreitbar, dass die DITIB Geistlichkeit in Deutschland und den Niederlanden es versäumt hat in einer Weise einzugreifen, das gemäßigt-islamische Standards in Familienbeziehungen solche lang bestehenden Sozialkrankheiten wie den so genannten „Ehrenmord“ lindern würden.

Ein anderer Faktor in der Häufigkeit der Kriminalität gegen die muslimischen Frauen in der deutschen Gesellschaft, kann die ländliche Herkunft vieler Immigranten sein, wohin der staatlich-mandatierte Säkularismus und die offizielle Interpretation des Islam die in türkischen Städten entstand, als auch alevitische Traditionen (diese sind jedoch ebenfalls fast immer auf die ländliche Bevölkerung begrenzt), nicht durchgedrungen sind. Das grundsätzliche Problem der ländlich-städtischen Dissonanz in der Türkei wird in der Auseinandersetzung, der als ländlich angesehenen Partei AKP mit dem gegensätzlichen gesellschaftlich- säkularen und militärischen Establishment, deutlich.

Der erste große Fall um Familienangelegenheiten der in Deutschland öffentliches Interesse erlangte, umfasste eine balkanische, und keine kurdisch- oder türkisch muslimische Familie. Ende 2003 wurde Latif Z., 42, später gemäß dem deutschen Gesetz unkenntlich gemacht, wegen der Strangulation der ältesten von 4 Töchtern, der 16 jährigen Ulerika, in seinem Zuhause angeklagt. Ihre Leiche wurde in einer Teichgrube entsorgt. Die Familie waren albanisch muslimische politische Flüchtlinge aus dem Kosovo, die 1989, nach dem Beginn der serbischen Unterdrückung, den Verhaftungen von Aufständischen und sogar den Beschuldigten in dem Gebiet, nach Deutschland übersiedelten. Der angebliche Grund für den Mord war die Liebesbeziehung mit Sead, einem Jugendlichen mit einem albanischen Vater und einer bosnisch muslimischen Mutter.

Wie wir in der *Fallstudie: Großbritannien* feststellten, basiert der sogenannte „Ehrenmord“ auf Feindseligkeiten gegen Verlobungen oder Ehen, die Partner außerhalb des Islams beinhalten. Das Selbe könnte für „missbilligte“ ethnische Gruppen, oder, wie in Saudi – Arabien, „unangemessene“ Stammeszugehörigkeiten gelten. Nordalbaner haben seit vielen Generationen eine Art Kodex, ihren eigenen *Kanun* basierend auf Ehre aufrechterhalten. Sie haben einen starken Sinn von der Anständigkeit von ethnisch- endogamen Liebesbeziehungen und Ehen. Obwohl Ehen zwischen Moslems und Serben in Bosnien- Herzegowina unter der Jugoslawischen Regierung, üblich wurden, bleiben Beziehungen zwischen Albanern und Slawen in Kosovo und anderen albanisch sprechenden Gebieten fast unbekannt. Ein albanischer Interviewpartner kommentierte, „in der alten Generation wurde die Welt als geteilt zwischen Albanern und Feinden gesehen. Die letzteren oft als Slaven bezeichnet, beinhalteten jedoch alle Ausländer, sogar Lateinamerikaner und Chinesen“.

Zusätzlich sehen Albaner die muslimischen Slawen, wie z.B. die Bosnier, in ihrer sprachlichen Verwandtschaft, als Teil anderer slawischen Nationen, und nicht als einen Teil ihrer islamischen *Umma*. Albaner sind bekannt für ihre Meinung, dass „der schlimmste Slawe ein muslimischer Slawe“ ist. Diese Geisteshaltung reflektiert nicht nur die Rivalitäten unter osmanischer Herrschaft, sondern die Feindseligkeit gegen die vermeintliche Bevorzugung der Bosnier und anderer muslimische Slawen in Titos Jugoslawien, inklusive der Misshandlung von Albanern durch bosnische Geistliche und das Einsetzen der bosnisch muslimischen Polizei um albanische Demonstrationen, in den letzten Jahrzehnten des jugoslawischen Kommunismus, zu unterdrücken. Die einzige Ausnahme hinsichtlich dieses ethnozentrischen Musters wurde während des

albanischen Nationalismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in ihrer Angliederung an die Gegenseite, den Osmanen, deutlich. Die Albaner gingen Mischehen mit den türkisch sprechenden Einwohnern von Kosovo und Mazedonien ein, wo einige albanische Stadtbewohner (*Qytetars*) sich eher als Türken denn als Albaner sahen, und veraltete türkische Dialekte sprachen. Die Beziehung zwischen den Albanern und den Türken wurde Mitte des 20. Jahrhunderts benutzt, um eine unfreiwillige jugoslawische Ausweisung von zehntausenden Albanern nach Türkei zu organisieren, wo Albaner noch heute eine wichtige Gesellschaft von Emigranten bilden.

Der albanische *Kanun* wurde von einem Mitarbeiter zu unserer Studie, Daut Dauti, als ein „antiker ungeschriebener Kodex des Rechts und der Regierung, der für Jahrhunderte *de facto* als eine Verfassung fungierte“. Der *Kanun* wurde von einem franziskanischen Mönch, Vater Shtjefen Kryeziu Gjecovi (1874-1929) zusammengestellt, und in Druckform herausgegeben. Es umfasst ein ausführliches und aufwändiges System für die Auflösung von Klagen über Ehre, vermutlich entwickelt durch die katholischen Hochländer des nördlichen Albaniens als eine Alternative zu osmanischen *Scharia* Gerichten oder den christlichen *Millet*-Tribunalen oder Minderheiten, die von orthodox christlichen Geistlichen ohne die katholische Repräsentation, kontrolliert wurden.

Die Ideologie der albanischen Ehre ist tief verankert und beherrschend, bis zu diesem Zeitpunkt, wo es ein primäres Element der Enkulturation bildet. In den späten 1980ern wurden in Kosovo Blutfehden (*Gjakmarrja*) bezüglich der Ehre die unter dem *Kanun* verwaltet wurden, durch eine Kampagne von 2 Katholiken, Dom Lush Gjergji und Anton □etta, die zusammen über 1200 solcher Konflikte aufklärten, abgeschafft. In Nordalbanien jedoch, so sagt man, gibt es etwa 40.000 Männer die aufgrund von Blutfehden ihr Zuhause nicht verlassen können. Unter dem traditionellen *Kanun* wurden vorwiegend Männer, weniger die Frauen, Ziele von Gewalt. Jedoch konnten junge Frauen ebenfalls Opfer von Verbrechen werden.

Im 19. Jahrhundert, wurde der Brautpreis der in geplante Ehen übergeben wurde, anhand des Preises bestimmt den man zahlen müsste wenn die Frau getötet würde. Gemäß dem *Kanun* darf eine Frau die eine geplante Hochzeit ablehnt mit der Beteiligung ihrer Eltern getötet werden; Ehefrauen dürfen aufgrund von Ehebruch und des „Verrats an der Bewirtung“ getötet werden wenn beide Punkte gemeinsam auftreten. Frauen sind angewiesen die Ehre ihrer Männer aufrechtzuerhalten. Aber der *Kanun* ist im Bezug auf die Frauenrechte widersprüchlich; jungen Bräuten ist es vorgeschrieben, dass sie einer geplanten Heirat zustimmen müssen, jedoch werden sie von der Ehe mit Personen verschiedenartiger Klasse von Stämmen zu denen sie endogame Beziehungen pflegen, ausgeschlossen. Und von Mädchen, die eine geplante Hochzeit zurückweisen und die Eltern sie in dieser Entscheidung unterstützen, wird erwartet, dass sie für immer unverheiratet bleiben. Junge Frauen dürfen nicht entführt und verheiratet werden. Witwen können nicht gegen ihren Willen zu Ehen gezwungen werden, sie müssen auch nicht das Anwesen ihres toten Ehemannes verlassen. Frauen dürfen nicht für Vergehen, wie dem Diebstahl von ihrem Mann, geschlagen oder anderweitig misshandelt werden. Der Ehemann darf sie daraufhin allerdings verlassen. Wenn eine verlassene Frau für einen Säugling Sorge zu tragen hat, muss der Ehemann das Kind in Ihrer Obhut lassen. Ferner muss er Unterkunft, Kleidung, Schuhe und Essen für die verlassene Frau bereitstellen. Eine Mutter die jedoch als „lästig“ angesehen wird, kann von ihrem Sohn aus dem Zuhause ausgestoßen werden. Eine Grundsatzregel des *Kanun* ist, dass Eltern einer verheirateten Frau verantwortlich für ihre Ehre sind, viel weniger sie selbst. Ehemänner dürfen ihre Frauen schlagen, wenn jedoch Blut fließt, müssen sie sich vor der Familie der Frau verantworten. Männern ist es sogar strikt untersagt Frauen als Konkubinen zu nehmen, sonst werden sie von der Gesellschaft ausgestoßen und ihre Heime zerstört. Die niedrige Wertschätzung einer Frau im *Kanun* wird in folgender Klausel zusammengefasst: „Eine Frau ist ein Sack, geschaffen um zu ertragen“.

Während der kommunistischen Zeit in Albanien wie auch in den albanisch sprechenden jugoslawischen Ländern (Kosovo, westliches Mazedonien, südliches Serbien und westliches Montenegro), wurden geplante Ehen jäh abschüssig. Und die meisten heutigen Ehen, obwohl sie vertragliche Aushandlungen zwischen den Familien beinhalten könnten, sind Liebesehen. Ältere Bräuche könnten in *Diaspora* Gemeinden immer noch obsiegen. Bezugnehmend darauf sollte erwähnt werden dass albanisch sprechende christliche Frauen, in Kalabrien und Sizilien lebend, abstammend von Flüchtlingen die vor dem türkischen Fortschreiten im Balkan im 15. Jahrhundert auf die italienische Halbinsel flohen, allgemein sicher vor der Plage der Entführung und Zwangsheirat sind - welche ansonsten vorherrschend unter den italienischen Christen in diesen Gebieten ist. Denn Heirat durch Entführung stellt eine erhebliche Verletzung des albanischen Gewohnheitsrechts dar.

Der im Tübinger Fall 2003 beschuldigte Latif Z. wurde in den Nachrichten als nationalistischer „Fanatiker“, der verbittert über die überlegene Aneignung der deutschen Sprache durch Frau und seiner Tochter war. Eine Sprache die er selbst nie hinreichend zu sprechen gelernt hatte. Während er als Heizungstechniker arbeitete, errichtete er in seinem Keller ein privates Cafe, wo albanozentrische Ansichten und Kommentare die Ideologie der Ehre bestärkend, zur Gewohnheit gehörten. Aber die Wut gegen seine Frau als auch seine Tochter, die sich den Nabel piercen und die Haare blond färben ließ, geehrte.

Letztendlich verließen ihn seine Freunde die ihn in seinem Cafe besuchten, und in der Nacht vor dem Mord war er allein. In der Zeit vor seinem Prozess, beschuldigte der Verteidiger seine Frau und nicht die Tochter, Ärger im Haus verursacht zu haben. Seine Ehefrau, Hanife Gashi, gab ihrer Tochter und ihrem Freund Geld für Ferien im Kosovo. Hanife Gashi zeigte auch ein Beispiel für die Vernachlässigung der Frauenrechte unter dem Banner der Bräuche; Sie und ihre Schwester wurden mit Latif und seinem Bruder Zwangsverheiratet.

Latif Z. wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Laufe der Verhandlung wurde offenbart, dass der Vater seine Tochter wiederholt geschlagen hat. Der Angeklagte lehnte ein Geständnis ab, und sein Verteidiger plädierte für eine Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung anstatt des Mordes. In einem unerwarteten Ergebnis, lehnte der deutsche Richter die Darstellung der Tat als sogenannten „Ehrenmord“ ab, und verkündete dass der Angeklagte aus „niederen Motiven“ handelte. Zu dieser Zeit jedenfalls, war der Begriff der sogenannten „Ehrenmorde“ eine Seltenheit in Deutschland.

Nichts in dieser Familientragödie hat mit dem Islam als Glauben zu tun, und ein bosnischer Berater in unserer Studie verurteilte das albanische Gewohnheitsrecht als einen „nicht-islamischen“ Ausdruck eines lokalen Partikularismus, welcher wesensfremd zum allgemeingültigen Geist des Islam ist. Eine Meinung, die von der großen Akzeptanz des *Kanun* unter Katholiken, unterstützt wird. Aber wegen diesem und anderer Gründe bot die islamische Gemeinde in der Latif Z. lebte, keinerlei Anleitung oder andere Leistungen oder Anreize zur Integration in das deutsche Gesellschaftssystem, was diese kriminelle Tat hätte jedoch vielleicht verhindern können.

Im Jahre 2005 forderte die in Türkei geborene, jedoch zur Flucht aus der Familie, damit sie „wie eine Deutsche“ leben konnte, gezwungene, Richterin Seyran Ateş (41) schärfere Strafen im deutschen geltenden Recht gegen sogenannte „Ehrenmorde“. Zu diesem Zeitpunkt wurden solche Fälle wegen Totschlags behandelt. Gemäß dem Journalisten Jan Fedderson, der Ateş interviewte, wurde deshalb die Ausflucht der „kulturellen Prägung“ in das rechtliche Verfahren eingeführt. Ateş reagierte sarkastisch, „Vielen Dank für dieses außergewöhnlich eindrucksvolle Zeichen für die Töchter in Deutschland. Töten aus Ehre hat nichts mit der kulturellen Prägung zu tun – als ob man das nicht ändern könnte. Das Töten von Frauen aus Ehre ist normalerweise vorsätzlich und Organisiert. Es ist nicht angeboren... Es ist eine harte, tödliche Bestrafung. Und so sollte dieses

Verbrechen auch bestraft werden“.

Ate□ beschuldigte genauer die Ethnologen, die „den Moslems wohlwollen gegenüber sagen, dass Töten aus Ehre nicht mit dem Islam, sondern patriarchalen sozialen Bestimmungen zusammenhängt“. Nach Ate□ „können diese nicht getrennt werden. Nur multi-Kulti Fanatiker sind an dieser Art Abgrenzung interessiert – um sie zum Ablenken von anderen Problemen zu benutzen“. Sie kritisierte Mitglieder der Grünen und Linken für ihr Versagen die Frauen zu beschützen, und forderte härtere rechtliche Einschränkungen gegen arrangierte Ehen. Obwohl sie, trotz des Risikos deshalb als ehemalige Unruhestifterin verurteilt werden zu können, bekräftigte eine religiös Gläubige Person zu sein, beschrieb sie die türkisch muslimischen Frauen in Deutschland als „unwissend wo sie sich überhaupt befinden, eingeschlossen... untersagt das Haus zu verlassen... angebotene Sklaven auf dem muslimischen Heiratsmarkt“.

Sie griff die muslimischen Eltern die es ihren Töchtern, und nur diesen, aufgrund des Vorwands der Keuschheit, nicht erlauben am Sexualkundeunterricht in Schulen teilzunehmen. Sie merke zudem an, dass Analverkehr zur weitverbreiteten Möglichkeit der Verhütung aufgrund von fehlender Sexualbildung, geworden ist.

Das zitierte Interview mit Ate□ fand drei Wochen nach dem Mord von Hatun Sürücü, einer 23 jährigen deutsch- türkischen Frau durch ihre drei Brüder, statt. Sürücü wurde an einer Haltestelle in Berlin am 7. Februar 2005 mit drei Schüssen getötet. Der Grund dafür war der Wunsch des Opfers im deutschen Stil zu leben. Der Fall Sürüsüs führte zu einer Demonstration von 1.000 Menschen gegen die Gewalt gegen Frauen. Der Aufmarsch der in der Berliner Nachbarschaft von Neukölln begann, brachte deutsche nicht-muslimische- als auch muslimische Frauen und Repräsentanten der Linken wie auch Menschenrechtsorganisationen zusammen.

Im Oktober 2006 wurde ein Iraker, bekannt als Kazim M., 36, wegen des Mordes an seiner Ex-Frau Sazan B., 24, angeklagt. Nur einige Stunden nach der gesetzlichen Scheidung kaufte er ein Messer und einen Benzinkanister, woraufhin er sie erstach und in Brand setzte. Dieser Fall war besonders grauenhaft; der Angeklagte lag auf der Lauer als das Opfer mit ihrem 6 jährigen Kind an der Hand in die Straße einbog. Der Angeklagte stach 12-mal in den Kopf und den Oberkörper des Opfers ein. Als das Opfer anschließend über die Straße rannte und einen Wagen anhielt, übergoss der Angeklagte sie mit Benzin und zündete sie anschließend an. Das 6 jährige Kind sah die ganze Tat mit an. Während der Verhandlung wurde offenbart, dass die Ehe des Paares arrangiert gewesen ist – vor der Hochzeit hatten sie lediglich ein 30 minütiges Treffen. Der Brautpreis von 32.000 Euro und etwas Schmuck wurde der Familie der Frau ausgehändigt.

In diesem, wie auch in dem Tübinger Fall des Albaners Latif Z. im Jahre 2003, war einer der beitragenden Faktoren der ungleiche Lernfortschritt der deutschen Sprache, zwischen dem Opfer und dem Ehemann. In der Tat brauchte Kazim M., während seiner Verhandlung einen Dolmetscher. Der Islam und *Scharia* können nicht direkt auf Situationen angewendet werden in denen das Lernen der Sprache des neuen Zuhauses als eine Beleidigung der Ehre gesehen wird, aber wie in ähnlichen solchen Fällen zuvor, griffen muslimische Behörden nicht in Konflikte welche die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich zogen, ein. Das Opfer erhielt Ende 2005 eine Schutzanordnung des Gerichts wegen häuslicher Gewalt gegen ihren Ehemann, und wurde daraufhin ein Jahr später von ihm geschieden.

Der Angeklagte gab vor Gericht zu, die Absicht gehabt zu haben sie zu töten. Er gestand bereitwillig, zeigte keine Reue, und das ganze Verfahren über grinste er aus Zufriedenheit. Er erklärte seine Verachtung gegenüber dem deutschen Rechtssystem, und prahlte damit, dass er nach

und nicht vor dem tödlichen Angriff verhaftet wurde. Er sagte wörtlich: „Ich bin sehr froh diese Tat begangen zu haben“. Der Staatsanwalt, Peter Boie, beschrieb den Fall als sogenannten „Ehrenmord“, sagte jedoch, dass der Angeklagte in seinem Glauben verblendet war, dass es keine Ehre in diesem Fall gab und der deutsche Staat eine starke Haltung gegenüber solchen Verbrechen einnehmen müsse.

Im Juni 2008, beschrieb Leyla H., 23, eine in Marokko geborene Frau und die Tochter von akademisch ausgebildeten Immigranten, dem *Spiegel*, wie sie im Alter von 16 Jahren aus ihrer Familie floh, um eine arrangierten Hochzeit zu verhindern. Sie lebte in Frauenhäusern, und versuchte eine Familie mit einem türkischen Mann aufzubauen, als das jedoch scheiterte kehrte sie zu ihrer Familie zurück. Sie wurde für spätes nach Hause kommen und gesehen Werdens mit Fremden geschlagen, mit einem Messer an ihrem Hals wurde sie bedroht. Man schickte sie für kurze Zeit nach Marokko, wo sie komplett isoliert wurde. Als sie zurück nach Deutschland gebracht wurde, teilte man ihr mit, dass sie eine Ehe mit einem dörflichen Marokkaner akzeptieren soll. Aber sie floh kurz vor der Hochzeit, kurz nach dem auftragen des Makeups für die Zeremonie, erneut.

Leyla H. fand in der *Hatun und Can* Zuflucht, einer Hilfsorganisation, die nach dem Tod von Hatun Sürücü gegründet und im deutschen Fernsehen beworben wurde, um Frauen in solchen Situationen zu unterstützen. Sie befürchtete, dass weiterer Kontakt zu ihrer Familie in kürzester Zeit zu ihrem Tod führen würde. Sie konnte ihre eigene Naivität nicht glauben, als sie dachte, dass die Familie ihre Motive zur Flucht vielleicht verstehen und akzeptieren würde. Ihre Flucht fand nur 2 Wochen vor dem Mord an der 16 jährigen Afghanin, Morsal Obeidi, in Hamburg statt. Obeidi wurde auf einem Parkplatz von ihrem Bruder Ahmad-Sobair Obeidi, 23, einem Bodybuilder, mit 20 Messerstichen getötet. Dem Verbrechen gingen Prügel durch ihren Vater ihre Schwester als auch ihren Bruder, die allesamt mittellständische seit 13 Jahren in Deutschland lebende Immigranten waren, voraus. Es ist interessant anzumerken, dass der Vater ein ehemaliger Luftwaffenpilot unter der sowjetischen Marionettenregierung in Afghanistan war. Als das durch Moskau unterstützte Kabul Regime zerbrach, floh er zunächst in die Ex- Sowjetunion, anschließend emigrierte er nach Deutschland. Ihr Bruder ergab sich nachdem man ihn aufgestöbert hatte, 12 Stunden nach dem Verbrechen, der Polizei. Er hatte eine lange Liste von Übergriffen vorzuweisen, einschließlich gegen Morsal, die wegen der Ablehnung nach ihrer Pubertät weiterhin das *Hijab* tragen zu müssen, und wie später enthüllt wurde, hatte er sogar einen Versuch unternommen sie Zwangs zu verheiraten. Sie floh mehrmals aus der Familie, kehrte jedoch immer wieder für neue Angriffe zurück. Die Trauergemeinde der Familie kam aus den Niederlanden als auch aus Deutschland.

Als sie gefragt wurde ob sie denke dass solche Taten als „Tötungen aus Ehre“ genannt werden sollten, erwiderte Leyla klar: „Eine Frau die einen Mann der ihre Tochter vergewaltigt tötet, könnte man als eine das Verteidigen der Ehre bezeichnen, aber Brüder die ihre Schwestern wegen Ungehorsams töten haben nichts mit Ehre zu tun“. Ahmad Obeidi wurde im Februar 2009 zu einer lebenslangen Haftstrafe wegen Mordes verurteilt. Nach dem Urteil gingen von dem Mörder und seiner Familie Gewaltausbrüche im Gerichtsaal aus, und Obeidi beschimpfte den Richter. In einer bemerkenswerten Diagnose, schrieb das ansonsten konservative deutsche Wochenmagazin *Der Spiegel*, das dieses Verbrechen kein sogenannter „Ehrenmord“ war, sondern Zitat: „Eine verschärfte Geschwisterrivalität“. Die Enthüllung, dass der Vater des Mörders ein „sowjetisch Afghanischer“ Flüchtling war, zeigte indirekt, dass die Obeidi Familie frei von Vorurteilen der „Ehre“ war. Und obwohl der Richter ihm sagte, dass er in Kabul wahrscheinlich ebenfalls für schuldig befunden worden wäre, schrie der Mörder heraus, dass er in Kabul ein freier Mann sein würde.

Fast zeitgleich mit der öffentlichen Aufmerksamkeit über die Ängste von Leyla H. bezüglich eines sogenannten „Ehrenmordes“, wurden in Berlin zwei solcher Verbrechen versucht - was zu etlichen

Verletzungen der Opfer führte. Ein pakistanischer Mann, 57, überfuhr seine, seit 3 Jahren von ihm getrennt lebende, Ex- Frau. Binnen Stunden, stach ein 33 Jahre alter Tunesier seine 40 Jahre alte deutsche Ex- Frau nieder. In beiden Fällen besaßen die Frauen Schutzanordnungen durch das Gericht, die sich jedoch als wenig nützlich erwiesen haben.

Am 11. Juni 2008 enthüllte die Berliner Gemeinde Tempelhof, eine Gedenktafel in Gedenken an den Tod von Hatun Sürücü – mehr als drei Jahre nach ihrem Tod. Auf der Gedenktafel steht in Deutsch und Türkisch geschrieben, dass sie getötet wurde, weil „sie sich dem Zwang und der Unterdrückung durch ihrer Familie nicht ergeben wollte, sondern ein Leben nach ihrem eigenen freien Willen lebte“. Das ethnisch türkische Opfer Hatun Sürücü wurde zum Symbol des übergreifenden Problems des sogenannten „Ehrenmordes“, was, wie wir erkennen können, keine ethnischen Grenzen kennt. Wie in dieser Fallstudie gesehen, beinhaltet es albanische, türkische, irakische, einen marokkanischen, einen afghanischen, einen pakistanischen und einen tunesischen Täter.

Und die Serie solcher Verbrechen hat nicht abgenommen. Im Juli 2008, als das CIP- Team Deutschland besuchte, führte ein Versuchter Mord an einem 17 Jahre alten irakischen Mädchen durch ihren 21 Jahre alten Bruder in Trier, zur Aufhebung des Sorgerechts ihrer Eltern. Das Mädchen wurde von ihrem Bruder verfolgt und auf der Straße mit einem Pflasterstein angegriffen und anschließend an den Kopf und das Gesicht getreten, und das weil sie von Zuhause weggegangen ist. In diesem Fall jedoch, wurde der Angreifer von der Mutter und dem jüngeren Bruder des Mädchens überwältigt.

Im August 2008 entschied ein Stuttgarter Gericht, dass der Täter eines sogenannten „Ehrenmordes“ in 2004, Özhan K., geboren in Deutschland aber aus türkischer Abstammung, in die Türkei ausgewiesen werden könnte, sobald er seine Strafe für das Verbrechen abgesessen hat. Özhan K. war 18 Jahre alt als er den Freund seiner Schwester zu Tode stach, woraufhin er für 9 Jahre Jugendhaft verurteilt wurde. Er tötete das Opfer mit 40 Messerstichen. Der Grund für die Tat war die Tatsache, dass seine Schwester von ihrem Mann getrennt, aber nicht geschieden war. Der Vater der Familie verstarb, und Özhan K. glaubte er hätte die absolute Macht über die Familie geerbt. Die Entscheidung über die mögliche Ausweisung wurde angefochten. Eine rechtliche Bestimmung zwischen Deutschland und Türkei unterstützt so eine Ausweisung, jedoch nur wenn der Verurteilte Tendenzen für eine Wiederholungstat zeigt. Özhan K. zeigte Reue für seine Tat und kämpfte vor Gericht auf der Grundlage dass er in Deutschland geboren ist, gegen eine Ausweisung. In einer beunruhigenden Entwicklung erklärte der Stuttgarter Richter eine Anfechtung auf der Grundlage des Geburtsortes sei nicht tragbar, da der Verurteilte eher zu einem türkischen als einem deutschen Lebensstil verbunden geblieben ist. Dennoch wurde der Revisionsantrag an das höhere Gericht in Baden- Württemberg überstellt.

Es ist bekannt, dass sogenannter „Ehrenmord“ unter den kurdischen Immigranten in Europa häufig ist. Dennoch sollte angemerkt werden, dass der Zaza- Kurde und Scientologe Asiye Kaya von der Humboldt Universität in Berlin, als er von CIP interviewet wurde, eindringlich bestritt, dass *Scharia* Obrigkeiten unter den Kurden, die die konservative Shafi'i schulische Rechtslehre vertreten, jemals solche Taten legitimiert haben. Kaya definierte den sogenannten „Ehrenmord“ als ein eher gesellschaftliches- als ein religiöses Problem, wo die Ehe als eine Einrichtung zur gesellschaftlichen Kontrolle dient. Wenn es einen Grund für Hoffnung im Hinblick auf das Leben der muslimischen Frauen in Deutschland gibt, dann kann man ihn unter den türkischen und kurdischen Aleviten finden.

Der zuvor genannte Jugendführer der Aleviten Yilmaz Kahraman, behauptete, dass der sogenannte

„Ehrenmord“ unter den sunnitischen Kurden viel häufiger sei. Im Gegensatz werden, während der religiösen alevitischen Zeremonie oder *Cem*, alle Gemeindekonflikte durch die Berufung von Geistlichen oder *Dedeler* gelöst. Sogar Konflikte von fataler Gewalt zwischen alevitischen Männern, können durch eine Zahlung eines Bußgeldes beigelegt werden. Der Anthropologe Martin Sökefeld beschreibt das alevitische System das System der Meditation, bekannt als *Halk Mahkemesi* oder das „Volkstribunal“, als „einen speziellen Teil der einleitenden Phase des *Cem*, in dem alle Teilnehmer aufgerufen werden um Konflikte und Spannungen zwischen ihnen darzulegen. Bevor das Ritual fortfahren kann müssen solche Konflikte gelöst und gegenseitiges Einverständnis ... muss innerhalb der Versammlung aufgebaut werden“.

Das Thema der Zwangsehe wurde noch vor den Diskussionen über den sogenannten „Ehrenmord“ in die deutsche (nicht- muslimische) Öffentlichkeit gebracht, was damals aber noch weniger Aufmerksamkeit oder öffentliche Berichterstattung erhielt. In 2002 berichtete die *Stuttgarter Zeitung* über den Fall von Aydan, einem damals 19 Jahre alten deutsch- türkischen Mädchen, die vor ihrer Familie flüchtete um einer Zwangsheirat zu entkommen. In der Zeit wohnte sie mit drei anderen Mädchen, die in ähnlichen Situationen steckten, zusammen. In Aydan spiegelt sich die Empfindung von Seyran Ateş wieder, sie beschrieb ein Umfeld der kulturellen Neuorientierung in der viele junge Türkinnen sich nicht über den wahren Grund ihrer Opferrolle bewusst waren. Aydan erläuterte weiterhin, „wenn man darin lebt, ist einem nicht bewusst wie schlimm das Problem ist. Nur wenn ich es mit meinem jetzigen Leben vergleiche: Wenn ich jetzt nach Hause komme, kann ich tun was ich will. Und vor allem muss ich nicht die ganze Zeit Angst haben“.

Während ihrer Kindheit in der Türkei wurde Aydan immer wieder von ihrem Onkel geschlagen. Sie schwärmte von einer Auswanderung nach Deutschland um mit ihrem Vater zusammenzuleben, dessen Zuneigung während seiner Besuche in der Türkei, in einem so großen Gegensatz zu den Misshandlungen durch seine Brüder stand. Als sie nach Deutschland zog, hatte ihr Vater sich wieder verheiratet. Und als Aydan in die Pubertät gekommen war verbot er ihr, auf die Androhung hin sie lebendig zu verbrennen, sich mit ihrer leiblichen Mutter zu treffen. Um sie vor dem Kontakt mit Jungs fernzuhalten, überwachte er ihren gesamten Tagesablauf. Der Versuch einer arrangierten Hochzeit mit einem Türken, zu welchem Aydan keine Zuneigung empfand, scheiterte an der Forderung ihres Vaters die Familie des Bräutigams solle eine Geldsumme an ihn zahlen, die einem fünf jährigen Einkommen nach Abschluss ihrer Ausbildung (sie sollte Jura studieren) entsprach. Sie entwickelte eine Beziehung zu Sahin, einem in Deutschland geborenen muslimischen Verwandten, den ihr Vater jedoch als zu modern ansah und ihr eine Heirat mit ihm untersagte. Aydan lief von Zuhause weg und lebte ein Jahr mit Sahin zusammen. Als die Mutter Sahins sie damit bedrohte ihrem Vater zu sagen wo sie sich aufhält, musste sie erneut fliehen, woraufhin die Beziehung zu Sahin zerbrach und keine Hochzeit stattfand.

Der zuvor beschriebene Fall von Morsal Obeidi, hat ebenfalls die Aufmerksamkeit der deutschen Medien bezüglich der Zwangsehen auf sich gezogen. Im Juni 2008 berichtete die linksgerichtete *Die Tageszeitung* in einer Studie über Zwangsehen in Hamburg. Die Studie wurde von Abgeordneten der CDU in Auftrag gegeben und die Durchführung erfolgte durch die Johann Daniel Lawaetz Stiftung. Die Studie wurde 2006 initiiert, beinhaltete jedoch auch Fälle aus dem Jahre 2005. In einem einzigen Jahr, wurden 210 Fälle in kommunalen Beratungszentren behandelt. In 169 Fällen ersuchten die Opfer selbst Hilfe, in den restlichen reichten Freunde, Geschwister, andere Verwandte und Lehrer Beschwerden ein. Die Studie wurde als unvollständig erachtet, da in der Selben Zeitperiode in Berlin allein schon zwischen 200 und 300 solcher Fälle aufgezeichnet wurden.

Die Hamburger Studie schloss damit, dass in 53 von den 210 behandelten Fällen Einwanderer

involviert waren, während in 42 Fällen junge Frauen im Schulalter während Auslandsreisen in sogenannten „Urlaubshochzeiten“ verheiratet wurden. In 45 Fällen wurden Bräute nach Deutschland „importiert“. Die Studie zeigte, dass dies die schlimmsten Fälle von Misshandlung waren, da die Frauen sehr oft nicht deutsch sprechen konnten und wie Haushaltssklaven gehalten wurden. In 39 Fällen wurden ausländische Männer mit in Deutschland lebenden Frauen Zwangsverheiratet. Keine der Frauen in den untersuchten Fällen hatte ein unabhängiges Einkommen, jedoch gingen 11% einer Beschäftigung nach.

5% der Opfer durch eine Zwangsheirat waren Männer. Bei der Nachforschung über die ethnische Herkunft in diesen Fällen kam heraus, dass Familien aus der Türkei (mit 54%) am häufigsten Hilfe ersuchten, gefolgt von Afghanistan (16%) und Kurdistan (9%). Die übrigen Fälle kamen aus Südasien, Afrika, aus dem ehemaligen Jugoslawien oder dem mittleren Osten. Mehr als 80% waren Moslems. Hindus waren mit 5% und Christen mit 1% vertreten.

In 2008 begannen CDU Politiker in Hamburg mit einer offiziellen Kampagne gegen die Zwangsheirat inklusive der Veröffentlichung eines Posters, welches junge Leute anleitet Hilfe in öffentlich finanzierten Beratungszentren zu suchen.

Fallstudie: Die Niederlande

Einführung

In den Niederlanden leben zwischen 800.000 und eine Million muslimische Einwohner - das macht bei einer Einwohnerzahl von 17 Millionen etwa 7% aus. Ferner existieren in den Niederlanden 400-500 Moscheen die den Menschen zur Verfügung stehen. Demographisch gesehen besitzen die Niederlande den drittgrößten Anteil an der muslimischen Bevölkerung in Westeuropa, gefolgt von Frankreich und Deutschland. Aber in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts wurde das Thema Islam verständlicherweise zu einem heiklen Thema in der Niederländischen Gesellschaft - mehr als sonstwo im Westen. Einer der Vorfälle die dazu beitrugen war der Aufstieg des Anti-Einwanderung Politikers Pim Fortuyn (1948-2002), der seinen bedingungslosen Widerstand gegen die muslimische Präsenz erklärte, der von einem angeblichen Voranschreiten der *Scharia* im Land warnte und der von einem nicht-muslimischen (ethnischen) Niederländer getötet wurde.

Diesem traumatischen Erlebnis folgte der Mord an dem Filmemacher Theo Van Gogh (1957-2004) in Amsterdam. Theo Van Gogh, der ein Freund Fortuyns gewesen ist, wurde von einem in Marokko geborenem Extremisten berberischer Herkunft, Mohammed Bouyeri, ermordet. Van Gogh führte, zusammen mit dem in Somalia geborenen Autor und Politiker Ayaan Hirsi Ali, der sich öffentlich vom Islam lossprach, Regie zu einem Kurzfilm mit dem Titel *Submission*. Bouyeri war ein Unterstützer der wahhabitischen Ägyptischen Bewegung *Takfir wal Hijra* (religiöse Reinigung und Migration).

In den Wochen nach dem Mord an Van Gogh am 2. November 2004, folgte in dem Land eine bisher noch nie in Europa erlebte Anti-Islam Reaktion. In offensichtlichen Vergeltungsmaßnahmen, folgten Brandschiftungen, Vandalismus und Drohungen gegen 106 Moscheen und anderer muslimischer Einrichtungen als auch gegen Personen. In Ergänzung dazu folgten Gegenangriffe gegen 13 christliche Kirchen. Hirsi Ali, der nach der Van Gogh Affäre Drohungen durch muslimische Extremisten erhielt, zog in die USA.

Obwohl die grausamen und schwierigen Vorfälle einen Eindruck einer islamistischen Belagerung der Niederlande hinterließen, sollte dennoch erwähnt werden dass die Mehrheit der niederländischen Moslems surinamische (Migranten aus den ehemaligen niederländischen Kolonien von dem nördlichen Teil Südamerikas) und türkische Einwanderer sind, deren Anschauung heterodox oder säkular gewesen ist. Und außerdem hat sich die Lage nach den Vorfällen von 2004 im ganzen Land entspannt. In der Tat können die Niederlande ein wichtiger „Unterstützungsstaat“ für mobilisierende gemäßigte Moslems sein, eben weil Großbritannien die Hauptfront gegen den radikalen Islam in Westeuropa bleibt. Die entscheidende Rolle der Niederlande könnte nicht nur auf der Basis der dortigen Geschehnisse entstehen, sondern weil es das einzige westeuropäische Land mit einer hohen Zahl von türkischen und kurdischen Aleviten ist. Ferner gibt es dort auch eine beträchtliche Gemeinschaft der *maghrebinischen* Berber/Amazigh, von denen viele die Radikalen verachten, und die sich felsenfest gegen die Auferlegung der *Scharia* stellen. Wir haben die Aleviten bereits in der *Fallstudie: Deutschland* untersucht, und werden nun die Situation der Berber/Amazigh in dieser und den verbleibenden *Fallstudien* analysieren.

Bereits in 2004 gab der Niederländische wissenschaftliche Rat für Regierungspolitik (*Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid* – WRR) einen Bericht, basierend auf drei jährigen Nachforschungen, für das nationale Kabinett heraus. Betitelt wurde der Bericht mit *Dynamiek in islamitischactivisme* (Dynamik im islamischen Aktivismus) und in ihm wurden niederländische Politiker kritisiert „Sündenbocksuchend“ und „wiederholt Hetzend“ gegen Moslems vorzugehen. Die Empfehlungen des WRR könnten von Manchen jedoch als zu übertrieben in der Verteidigung der Moslems erachtet werden, da man von ihnen glaubt dass sie auf eine demokratische Richtung zusteuern. Unter Anderem rief die WRR die Niederlande und die europäische Union auf, Verhandlungen mit dem ägyptischen Kern der Muslim Brotherhood und der libanesischen Hisbollah aufzunehmen. Der Ton in der Debatte mit der ägyptischen MB erinnerte stark an eine ähnliche und ergebnislose Diskussion mit den USA. Dort wurde viel Aufmerksamkeit auf die strategische Umkehr der MB gegen die Wahlpolitik, jedoch wenig Augenmerk auf das ultimative Ziel der MB, nämlich einen fundamentalistisch islamischen Staat zu errichten, gelegt. In einem Vorschlag der bis heute keine Wirkung gezeigt hat, rief das WRR zu der Organisation einer islamischen Partei oder Parteien in den Niederlanden.

In 2007 wurden zwei Moslems als Minister in das niederländische Kabinett eingeführt, dabei repräsentierten sie die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (*Partij van der Arbeid* – PvdA). Ahmed Aboutaleb, geboren in Marokko und von den Berber/Amazigh abstammend, wurde zum Staatssekretär für Sozialwesen. Nebahat Albayrak, eine Frau von türkischer Abstammung, wurde zur Staatssekretärin für Recht. In 2009 wurde Ahmed Aboutaleb in Rotterdam als Bürgermeister eingeführt, was ihn zum ersten muslimischen Bürgermeister im Land machte. Eine überraschende Entwicklung, da die Hafenstadt als ein Zentrum des anti- Islam Sentiments galt und sogar als „Fortuyn City“ betitelt wurde.

Es könnte darüber gestritten werden, dass sich in den vielen niederländischen nicht- muslimischen Reaktionen Enttäuschung mit der lang anhaltenden Verpflichtung der Regierung, eine multikulturelle Politik zu verfolgen, widerspiegelte, die jedoch aufgrund der muslimischen Selbst-Segregation versagte. Dadurch, während der Glaube des Islam weitläufig umstritten ist, könnte der Subtext der Kontroverse am meisten mit der Frustration über selbstlose Regierungsstrategien die ineffektiv oder anderweitig hintertrieben wurden, zu tun haben.

Dem größten Zustrom der Surinamesen während der 1970er vorausgehend, begannen türkische Immigranten Mitte der 1960er Jahre in die Niederlande überzusiedeln. Niederländische Moscheen entstanden, und in 2004 gab es bereits 436 davon. Davon befanden sich 52 in der großen Amsterdamer Region, 36 rund um Utrecht, 34 rund um Haag (Den Haag), und 57 rund um Rotterdam (Rijnmond). Der größte Anteil der Eingegliederten geht mit 50% an die Türken, es folgen mit 35% die Marokkaner und mit 15% die Surinamesen. In Amsterdam sind jedoch die Marokkaner der demographisch größte Bestandteil, gefolgt von den Surinamesen auf dem zweiten und den Türken auf dem dritten Platz. Die Niederlande besitzt ebenfalls eine lang existierende aber kleine Gemeinde von indonesischen Moslems die nationale Niederländer waren. Sie waren mit der niederländischen Kultur vertraut, und besaßen als Immigranten somit bessere Möglichkeiten als die jetzigen Immigranten der Arbeiterklasse. Viele Indonesier in den Niederlanden sind jedoch Christen. Hauptsächlich in den 1990er Jahren kamen auch die Moslems aus dem Balkan in die Niederlande.

Der geschichtliche Hintergrund: Wie die Scharia sich zu einem Thema in den Niederlanden entwickelte

Wie in Deutschland auch, müssen die Niederlande mit den Aktivitäten der *Diyanet* der türkischen Regierung argumentieren, die in der Zukunft eine aggressivere pro-Scharia Haltung, die mit der Ideologie der AKP, *Milli Goru* und der *Süleymancilar* einhergeht, einnehmen könnte. Das Land besitzt aber auch eine wichtige Alevitengemeinde. Tatsächlich war das *Diyanet*, welches 140 Moscheen in den Niederlanden kontrolliert, ursprünglich in den Niederlanden einflussreicher als in Deutschland. Der Grund dafür war die stärkere Initiative der *Milli Goru* und der *Süleymancilar* in dem Land. Dennoch wird *Milli Goru* in den Niederlanden als weniger militant erachtet, als in Deutschland. *Milli Goru* ist in den Niederlanden in den gemäßigten Teil im Norden des Landes (bekannt als *Milli Goru*-Noord), und den extremeren Zweig im Süden (genannt *Milli Goru*-Zuid), geteilt. Haci Karacaer, ehemaliger Leiter von *Milli Goru*-Noord, wurde von seinem (zurzeit unvollendetem) Amsterdamer Moschee- Projekt ausgestoßen.

Schließlich umfasst die Ahmadi Gemeinschaft von dissidenten Moslems eine Fraktion, bekannt als Qadianis, die in die Erscheinung des muslimischen Messias oder *Mahdi* im 19. Jahrhundert in Indien, als Mirza Ghulam Ahmad (1835-1908), glauben. Eine zweite Fraktion, bekannt als Lahoris, glauben dass ihr Gründer ein Reformier jedoch kein *Mahdi* gewesen ist. Die Lahori Ahmadi sind in den Niederlanden stark vertreten, und waren in muslimischen Gemeindeangelegenheiten aktiv. Ahmadi beider Fraktionen repräsentieren einen paradoxen Bestandteil in der muslimischen Welt, weil sie in Pakistan von *Takfir* (Exkommunikation vom Islam) unterdrückt werden, von Pilgerreisen nach Mekka ausgeschlossen sind, aber sie zur selben Zeit gängige muslimische spirituelle Bräuche wie das Zelebrieren der Geburt des Propheten Muhammad (*Mawlid*) und das Beten am Heiligtum verwerfen. Diese Einstellungen werden von Ahmadi und Wahhabiten geteilt. Beide, Ahmadiyya und der Wahhabismus, wurden in den Niederlanden von indischen Moslems aus Suriname eingeführt.

Die Lahori Fraktion der Ahmadi ist in die Richtung des vorschreibenden Sunnitentums abgedriftet. Grund hierfür ist hauptsächlich, weil sie dadurch einen überlegenen Sozialstatus in Pakistan genießen, der ihnen durch ihr Engagement in der säkularen Bildung zugute kommt, und weil sie empfänglich für die Verlockungen der politischen Macht geworden sind. Nichtsdestotrotz bleiben die Ahmadi von der muslimischen Mehrheit Verurteilte, gerade wegen ihres Qadiani Glaubens der sich an einen jüngst erschienenen *Mahdi* lehnt. Schiiten glauben an die zukünftige Ankunft des *Mahdis* in der Gestalt des 12., „versteckten“ Imams Hasan Ibn Ali der Anno Domini 868 geboren wurde und im Alter von fünf Jahre in einer „Okkultation“ verschwand. Die Sunniten glauben nicht unbedingt an eine Ankunft eines *Mahdis*, jedoch wird es ihnen empfohlen. Sie personifizieren den *Mahdi* aber mit keiner bestimmten historischen Person wie es z.B. die Schiiten tun. Radikale Schiiten sagen das Kommen eines *Mahdis* eher in kürzerer als längerer Zeit voraus, behaupten jedoch nicht dass ein solcher in letzter Zeit bereits aufgetaucht war, da das Kommen des *Mahdis* von Zeichen der „letzte Tage“ oder der Apokalypse begleitet sein würde.

Zwei niederländische Regierungsämter, der „Allgemeine Auskunfts- und Sicherheitsdienst“ (*Algemene Inlichtingen- en Veiligheidsdienst* –AIVD) und der „nationale Koordinator für Investigationen bezüglich des Terrorismus“ (*Nationaal Coördinator Terrorismebestijding* – NCTB) haben zuverlässige Berichte über das Auftreten von Wahhabi- orientierten extremen und gewaltsamen Interpretationen des sunnitischen Islams in den Niederlanden veröffentlicht. Diese Dokumente beziehen sich generell auf den Wahhabismus, der „politisch Korrekt“ mit dem Begriff „Salafismus“ bezeichnet wird. Sie betonen das in der Formulierung des AIVD, „muslimischer Radikalismus in den Niederlanden ist sehr erfolgreich darin, junge niederländische Bürger marokkanischer Abstammung, als auch junge Mitglieder anderer Immigranten wie auch konvertierten Weißen, zu erreichen“. Der AIVD erklärt, dass seit den 1980ern und weiter, saudische

Institutionen und Stiftungen Moscheen in dem Land errichtet haben, die „die ultra- orthodoxe Debatte innerhalb der niederländisch islamischen Gemeinde seit Mitte der 1990er dominiert haben“.

Der AIVD benennt die ursprünglichen Zentren des Saudi- finanzierten Radikalismus in den Niederlanden wie folgt: Die Al- Tawheed Moschee in Amsterdam und der Al-Fourkaan Moschee in Eindhoven, gefolgt von der As-Soennah Moschee in Den Haag und der islamischen Stiftung für Bildung und Wissensverbreitung (Islamic Foundation for Education and Propagation of Knowledge) verbunden mit einer Moschee in Tilburg und in den Niederlanden unter seinen Initialen ISOOK bekannt. Gemäß des AIVD, „standen diese Moscheen, seit Mitte der 1990er, unter der ideologischen Leitung von arabisch- sprechenden Predigern die ursprünglich aus Ländern wie Ägypten, Syrien und dem Sudan gekommen waren jedoch in Saudi-Arabien ausgebildet wurden... oder zumindest mit den Saudi Vertraut waren... religiöse Dogmen“. Der Imam der As-Soennah Moschee, ein Syrier namens Jneid Fawaz, hat sich durch seine gewaltvollen Predigten gegen Theo Van Gogh und Ayaan Hirsi Ali hervorgehoben. ISOOKs Imam, Suhayb Salaam, dessen Vater auch syrischer Abstammung gewesen ist, hat für die Polygamie, Heirat durch *Nikah* ohne die standesamtliche Registrierung und der Vormachtstellung der *Scharia* gepredigt, nebenbei hetzte er die Moslems gegen Hirsi Ali auf.

Der AIVD stellt in dem Milieu weiter fest: „Die Adoption von hochfeierlichen Mustern des Verhaltens z.B. das Tragen einer ‘strikt’ islamischen Kleidung, das Benutzen einer bestimmten Körpersprache und das Einhalten der Geschlechtertrennung. Die Gruppierung die diesen Lebensstil angenommen hat, ist viel größer als (der) harte Kern der ‘wahren’ Radikal- Islamisten. Der Grund dafür ist, dass sie es als einen ‘coolen’ Lebensstil erachten ohne tief-sitzende Überzeugungen dafür zu haben“. Hier stellen wir ein Phänomen der unter vielen jungen Muslimen beobachtet werden kann: weil er einfach ist, scheint der Fundamentalismus eine einfache und deshalb attraktive Form der Bestätigung zu sein.

Der AIVD hat folgende Taktiken analysiert denen die radikal- Islamisten zurzeit in den Niederlanden nachgehen um ihre Ziele zu verfolgen, alle die dem Bericht über die *Scharia*-Bewegung in Großbritannien (s. O.) ähneln:

- „Das Zwingen der Menschen in die nähere Umgebung, Nachbarschaft oder eine breitere islamische Gemeinschaft um jemandem den eigenen strikten Verhaltensweisen anzupassen. Frauen, Homosexuelle, die eher frei denkenden und suspekten Nicht-Gläubigen sind die wahrscheinlichsten Ziele dieser Taktik.
- „Das Zwingen der Menschen in die nähere Umgebung, Nachbarschaft oder eine breitere islamische Gemeinschaft um alleinige Loyalität ihrer eigenen Glaubensgruppe und manchmal ihrer eigenen ethnischen Gruppe vorzugeben.
- „Versuchen die Menschen in der näheren Umgebung, Nachbarschaft oder einer breiteren islamischen Gemeinschaft zu überzeugen oder einzuschüchtern, sich nicht an einigen oder allen Institutionen des demokratischen Rechtssystems zu beteiligen. Ihnen zum Beispiel drohen oder sie überzeugen, um sie vom Wählen abzuhalten.
- „Versuchen die Menschen in der näheren Umgebung, Nachbarschaft oder einer breiteren islamischen Gemeinschaft zu überzeugen oder einzuschüchtern, nicht für Institutionen des demokratischen Rechtssystems zu arbeiten oder diese mit anderweitigen Leistungen zu versorgen. Zum Beispiel sie davon abzuhalten Regierungsjobs anzunehmen.
- „Bewusst versuchen die Beziehungen zwischen religiöser oder ethnischer Gemeinschaft zu unterbrechen, oder andere Formen von gesellschaftlicher Spannung schaffen. Zum Beispiel den Kontakt mit jenen die andere Ansichten besitzen und feindliches Denken kultivieren zu entspannen. Diese Einstellung wird manchmal durch den Eindruck angespornt, es existiere eine wirkliche Bedrohung für die islamische Gemeinschaft“.

Der NCTB beobachtet ähnlich dass die neu entstehende radikal islamistische „Kultur oft von der traditionellen Kultur der niederländischen Moslems abweicht. In der Praxis hat das zu einer ungewöhnlichen Rebellion, von einigen marokkanischen Jugendlichen, “ gegen den moderaten, bestehenden marokkanischen Islam ihrer Familien geführt.

Die CIP Studie über die Scharia Bewegung in den Niederlanden

Das Zentrum für Islamischen Pluralismus schloss seine Feldstudie der *Scharia* Bewegung und den Einstellungen ihr gegenüber in den niederländisch muslimischen Gemeinden in der zweiten Hälfte von 2008 ab. Geleitet wurde die Studie von Stephen Schwartz und Kamal Hasani, mit besonderer Unterstützung von Irfan Al-Alawi der an der Universität Leiden dozierte. Die Interviews beinhalteten ausgedehnte Treffen und Diskussionen in Amsterdam und Leiden. Zu den Befragten zählten Imame, Gemeinde- und Kommunikationsrepräsentanten, Sozialarbeiter, Moschee Besucher von Rang und Namen, als auch Universitätsexperten und Journalisten.

(1) Familie / Lehre

Beginnend in 1989 wurden in den Niederlanden islamische Grund- und weiterführende Schulen errichtet. Heute existieren 40 davon in dem Land. Diese Schulen sind eher auf der Basis der Religion als auf der Ethnizität aufgebaut, und marokkanische, türkische, surinamische und andere muslimische Kinder werden dort gemeinsam unterrichtet.

Die staatlichen Fördermittel der muslimischen Schulen repräsentieren einen Ausbau der lang-etablierten niederländischen Politik der „Versäulung“ (*verzuiling*) unter der verschiedene Religionsgemeinschaften – ursprünglich Katholiken und Protestanten – mit separaten bildenden, medizinischen und medialen Einrichtungen ausgestattet wurden, inklusive Fördermittel für spezialisiertes professionelles Mediatraining. Die „Versäulung“ dehnte sich ursprünglich in das weite Umfeld aus, in der niederländische Parteien und Gewerkschaften auf einer Basis getrennt zwischen Katholiken und Protestanten unterstützt wurden. Juden und Moslems wurden aufgrund der kleineren Gemeinschaften, auf eine begrenztere Weise in die „Versäulung“ eingespannt. Außerdem organisierte keine von ihnen eine individuelle Partei oder Arbeitersektion, aber Juden, Moslems, Hindus, Buddhisten und Humanisten, alle profitierten von der Regierungsmandatierten Hilfe für ihre eigenen speziellen Medienunternehmen, zusätzlich zu solchen kleineren christlichen Konfessionen wie den Evangelisten.

Die christliche „Versäulung“ unterzog sich während der 1960er einem rapiden Rückgang, was einherging mit der Minderung der Religiosität in der niederländischen Kultur. Besonders die Moslems nahmen weiterhin die Vorteile der christlichen Präzedenzen im Gesetz wahr. Der niederländische Schreiber Herman Pleij kommentierte 1999: „Holland war bis zu den 1960ern das segregierteste Land auf der Welt. Interessant genug, dass wir uns nicht gegenseitig die Hirne rausgehauen haben. Auf der anderen Seite: Es ließ eine friedliche und enorm florierende Gesellschaft entstehen“. Wie wir jedoch angedeutet haben, beurteilten die Niederländer die „Versäulung“ in den 1990ern für Moslems und den Multikulturalismus im Ganzen als gescheitert. Die Moslems blieben am Rand der Gesellschaft, in ihrem ökonomischen Status nichts weiter als Standpunkte. In 2003 kritisierte der niederländische Ministerpräsident der konservativen *Christen Democratisch Appèl* (CDA), Partei Jan Pieter Balkenende, alle durch die „Versäulung“ entstandenen islamischen Schulen als Hindernisse für die Assimilation. Dabei wurde er von dem

späteren Parlamentsmitglied (gewählt von der *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* – VVD) Hirsi Ali unterstützt.

Islamisches Lehrmaterial für die muslimisch- öffentliche Schul- „Säule“ enthielten laut einer journalistischen Untersuchung, keine Pro- *Scharia* oder andererseits kontroverse Themen. Der Unterricht in den öffentlichen Islamschulen konzentrierte sich auf positive Aspekte der Religion im Ganzen. Er beinhaltete aber auch häufig debattierte Themen wie die Angemessenheit von Übersetzungen des *Korans* aus dem Arabischen in andere Sprachen (was im offiziellen türkischen Islam als völlig legitim erachtet, aber von vielen Arabern und anderen fundamentalistischen Moslems angefochten wird), Diskussionen über das Kopftuch und über das Tragen von Jeans. Die öffentlichen Schulen in der islamischen „Säule“ wurden auch stark als eine Alternative zur Anleitung in der Moschee verteidigt, in der, wie wir selbst beobachteten, auch Bestimmungen für körperliche Bestrafung und für anti- West Propaganda beinhalten sein könnten. Im November 2008 schlug der Staatssekretär für Bildung, Ronald Plasterk aus der Labor Partei vor, die *Abaya* oder *Burqa* und das *Niqab* aus den Grund- und weiterführenden Schulen, gleichermaßen für die Mädchen wie auch ihre besuchenden Mütter, zu verbannen. Plasterk beschrieb die Verschleierung als „nachteilig für Frauen“ und verantwortlich dafür „die Integration zu erschweren“. Am Ende von 2008 schätzte das niederländische Ministerium für Bildung, dass 86% der islamischen Grund- und weiterführenden Schulen Finanzbetrug begangen haben, indem sie falsche Rechnungen für Arbeit die nicht gemacht wurde, schulische Beförderungsmittel und nicht autorisierte Schulausflüge ausstellten. Gleichzeitig wurde die Qualität der Bildung in der Hälfte von ihnen als „schwach“ erachtet. Im Gegensatz dazu standen nur 11% der nicht- muslimischen Schulen mit der Einstufung „schwacher Unterricht“. Das niederländische Staatsministerium ordnete an, die muslimischen Schulen unter eine genaue Beobachtung durch die Aufsichtsbehörde der gesetzlichen Schulen zu stellen.

Der NCTB beschreibt die gegenwärtige Situation mit bewundernswerter Klarheit. Neben der Unzufriedenheit über den Mord an Van Gogh und den Drohungen gegen Hirsi Ali, stoßen radikalisierte „Jungen und Mädchen mit ihrer Umgebung aneinander, weil sie es ablehnen Hände mit dem anderen Geschlecht zu schütteln und weil Mädchen in der Schule Schleier tragen wollen. Der Anstieg in der Zahl der Auseinandersetzungen über diese Themen, die dem Ausschuss für gleichberechtigte Behandlung (*Commissie Gelijke Behandeling*) vorliegen, veranschaulicht diese Entwicklung“. Der Ausschuss für gleichberechtigte Behandlung ist eine gesetzliche anti-Diskrimination Behörde, vergleichbar mit solchen Behörden in den USA, Großbritannien oder sonstwo.

Die marokkanisch- muslimische Jugend gibt dabei das breit beschriebene Musterbeispiel, einer neuen Generation die zwischen konkurrierenden Einflüssen gefangen ist, wieder. Dieses beinhaltet:

- eine dominante, von fürstlichen marokkanischen Autoritäten legitimierte, marokkanisch- islamische Tradition, die unglaublich moderat, modern und Sufi- orientiert ist;
- im Gegensatz dazu, ein marokkanisches Regierungssystem dass, sogar von Gemäßigten und besonders von vielen Menschen der Berber/ Amazigh Ethnizität (vielleicht einer zahlenmäßigen Mehrheit in Marokko), als antidemokratisch und unterdrückend restriktiv der Amazigh Kultur gegenüber gesehen wird;
- und eine niederländische Popkultur die versucht fremde religiöse und ethnische Zugehörigkeiten unter Immigranten zu minimieren.

Die Situation der niederländisch- marokkanischen Jugend wird in dem niederländischen Monatsmagazin *Mzine* illustriert. Das *Mzine* beinhaltet zahlreiche Bilder muslimischer Frauen ohne Verschleierungen, und Infos zu Events wie ein Schönheitswettbewerb 2008 namens „Inspiration für

Integration“. Es umfasst jedoch auch Debatten über den fundamentalistischen Islam und Rekrutierungsanzeigen von Moslems für die Amsterdamer Polizei und der niederländischen Armee. Zur gleichen Zeit, zeigt das Fachmagazin islamische Konsumgüter wie alkoholfreie Kosmetika, *Halal*- Babynahrung, Mecca Cola, McArabia *halal* fast food (Lammhack in Fladenbrot) und, höchst bemerkenswert, eine Halal Barbie – eine in Syrien produzierte Puppe mit einem aufwändigen *Hijab*.

In 2007 eröffnete in Amsterdam El Hema, ein Kunstexperiment einer arabisch- orientierten Version eines niederländischen Warenhauses (Hema). Ein zweites El Hema gab es Ende 2008 in Rotterdam. Eine Barbie Puppe in einem *Hijab* war ein beworbenes Produkt. Andere Geschäftsideen bezogen sich auf den niederländischen Islam. Rabobank, eine große niederländische Genossenschaftsbank verkündete, dass sie „Islamische Finanzierungspläne“ gegen Anträge für „unverzinst“ Hauskäufe anbietet. Zusätzlich bemerkten die Moslems die Überproduktion von *halal*- Fleisch in den Niederlanden, womit die islamische Schlachtindustrie zu einer Quelle des Export-Einkommens für das Land geworden ist.

(2) Die Institutionalisierung der Scharia von nicht- muslimischen Regierungen („Parallelscharia“)

Die „Versäulung“ in den Niederlanden unterschied sich nicht nur signifikant von der Politik in Großbritannien, die viel umfangreicher und viel teurer waren, sondern besonders von denen in Deutschland, wo keine so aufwändigen Bemühungen unternommen wurden Moslems in die besonderen Gesetzesstrukturen einzubeziehen. Die niederländische Regierung erkennt das Kontaktorgan für Moslems und Regierung (*Contactorgaan Moslims en Overheid* – CMO) als einen Repräsentanten für muslimische Interessen an, aber es wird von Gemäßigten als Pro- *Scharia* angesehen. Das CMO umfasst *Milli Goru*, die Union für marokkanisch- muslimische Organisationen in den Niederlanden (*Unie voor Marokkaanse Moslim Organisaties in Nederland*, UMMON) und die Vereinigung der Imame der Niederlande (*Vereniging Imams Nederland*, VIN). Das CMO beinhaltet ebenfalls eine surinamisch- indische Gruppierung, die World Islamic Mission (*Stichting World Islamic Mission Nederland*), welche die Taiba Jama Moschee in Amsterdam unterhält und der fundamentalistischen Pakistani-Deobandi Auffassung zugehörig ist. In einem ähnlichen Modell wie der „Versäulung“, wird die Ausbildung von Geistlichen für den Dienst in der Moschee von der Regierung bezahlt.

Der marokkanische Imam- Bund (*Marokkaanse Imam Bond* oder MIB), eine Behörde der marokkanischen Regierung, besetzt einen Platz in der marokkanischen Diaspora in Holland ähnlich dem des DITIB in den türkischen Gemeinden außerhalb ihres Heimatlandes, als eine extraterritoriale Religionsbehörde. Manche niederländischen Marokkaner kritisieren, dass der Einbezug der Geistlichen in die marokkanischen Behörden in den Niederlanden, das religiöse Leben der niederländisch- muslimischen Marokkaner behindert. Zum Beispiel wurden im Oktober 2008 etwa 40 Imame plötzlich nach Marokko zur Beratung zurückgerufen. Mitglieder einer Gemeindegruppe, der Genossenschaftsbund der Marokkaner in den Niederlanden (*Samenwerkingsverband van Marokkanen in Nederland* oder SMN), beklagten sich über diese Aktion. Der Leiter des SMN Farid Azarkan, erklärte: „Die Imame werden von den Moscheen bezahlt. Der Einfluss der marokkanischen Regierung erstreckt sich jedoch so weit, dass die Imame sofort ihre Taschen packen wenn Rabat (marokkanische Hauptstadt) sie zu sich ruft“.

Ähnliche Kommentare folgten von niederländischen nicht- muslimischen Politikern von beiden Seiten, links und rechts. Der Abgeordnete der Labor Partei Jeroen Dijsselbloem sagte: „Mir wurde gesagt sie wurden für Anweisungen zurückgerufen. Es ist inakzeptabel, dass Marokko auf diese Weise in die Arbeit der Marokkaner in den Niederlanden eingreift. Viele von ihnen wollen

das nicht, sie wollen sich integrieren“. Madeline van Toorenborg aus der CDA verurteilte die Aktion als Beweis, dass die marokkanische Regierung unzulässig Druck auf Marokkaner in den Niederlanden ausübt. Marokkaner und andere Moslems in den Niederlanden beklagen sich auch darüber, dass man einen doppelten Standard in der unterschiedlichen Behandlung des MIB und der DITIB erkennen kann, in dem sich der Erstere einer erkennbaren Kontrolle als einen Ausdruck der „dualen Zugehörigkeit“ unter niederländisch- marokkanischen Moslems unterzieht, während sich keine solche Aufmerksamkeit auf die niederländisch- muslimischen Türken fokussiert hat.

Innerhalb der niederländisch- marokkanischen Gemeinschaft ist die Rolle des MIB auch eine Quelle von Meinungsverschiedenheiten zwischen marokkanischen Arabern und Berbern/ Amazigh. Die Imame des MIB in den Niederlanden sind ausnahmslos Araber, selbst wenn sie in einer Berbergemeinde dienen. Während verlässliche Statistiken nicht vorhanden sind, wird oftmals (und aus unserer Sicht glaubwürdig) behauptet, dass mindestens die Hälfte der marokkanischen Moslems in den Niederlanden, Amazigh aus der Rif- Gebirgsregion sind. Wie in unseren *Fallstudien: Frankreich* und *Spanien* beschrieben, gibt es vielleicht unter den spanischen und französischen Moslems ähnlich viele oder sogar mehr demographische Berber. In allen Fällen in Europa welche Marokkaner betreffen, reflektiert die berberische Einwanderungsdemographie die Realität in dem Herkunftsland.

Berber/Amazigh haben, ähnlich den Kurden im Bezug auf die Türken, keinen unabhängigen Staatsbereich, jedoch haben sie eine Nationalflagge eingeführt die in muslimischen Gemeinden in den Niederlanden, Frankreich und Spanien gezeigt wird. Kurdische Flaggen sind in Deutschland und den Niederlanden, außer auf politischen Demonstrationen, selten zu sehen. Gemäß unserer Informanten sind Kurden und Kabylen Amazigh, eher für ihre Hingabe zu ihrem eigenen Gewohnheitsrecht als für die *Scharia* bekannt. Obwohl eine systematische Analyse des berberischen Rechtssystems im Westen unvollständig bleibt, könnte die berberische Bindung zum Gewohnheitsrecht eine Art Bollwerk gegen das Eindringen der *Scharia* Bewegung unter marokkanischen und algerischen Moslems in den Niederlanden, Frankreich und Spanien darstellen. In einem betont verheißungsvollen Kontrast zum kurdischen Gewohnheitsrecht jedoch, bringt das berberische Gewohnheitsrecht in Europa keine sogenannten „Ehrenmorde“ hervor. Berber könnten sogenannte „Ehrenmorde“ in Nordafrika begehen, aber in Europa haben sie herkömmliche Handlungsweisen zur Schlichtung übernommen. Berber üben auch keine Genitalverstümmelung (WGV) an Frauen aus. Das berberische Gewohnheitsrecht leugnet jedoch das Recht auf Erbschaft und die Aufteilung des Besitzes für geschiedene Frauen.

Eine Alternative zum CMO ist die Kontaktgruppe Islam (*Contact Groep Islam* — CGI). Sie bringt die zwei größten heterodoxen muslimischen Glaubensrichtungen, die Lahori Fraktion der Ahmadis und die Aleviten, mit kleineren Wesenheiten darunter den Rat der marokkanischen Moscheeorganisationen in den Niederlanden (*Raad van Marokkaanse Moskeeorganisaties Nederland* — RMMN) und den Niederländischen Moslemrat (*Nederlandse Moslim Raad* — NMR) zusammen. Das CMO und die CGI betreiben ihre eigenen Medienunternehmen: Das CMO regelt die Niederländisch- Islamische Übertragungsorganisation (*Nederlandse Islamitische Omroep* — NIO) und die CGI Mitgliedsgruppe NMR managed den Niederländisch- muslimischen Übertragungsbetrieb (*Nederlandse Moslim Omroep* — NMO).

Im Oktober 2007, verurteilte das Zentrum für Islamischen Pluralismus die gemeldete Einnahme der NMO durch radikale Islamisten. Die niederländischen Medien gaben an, dass der Sturz der NMO das Produkt einer strategischen Entscheidung einer amtlichen Überwachungsagentur gewesen ist, welche der NMO eine Verbindung mit der „orthodoxen“ NIO aufdrängen wollte, sodass Moslems nur einen einzelnen Übertragungsbetrieb in den Niederlanden haben würden. Der NMO wurde

ursprünglich von niederländischen Mitgliedern der alevitischen Bewegung geleitet, darunter Repräsentanten der Ahmadi Sekte, aber Aleviten und Ahmadi wurden angeblich aus der NMO ausgestoßen. Nachfolgende Untersuchungen in den Niederlanden durch das CIP deuteten an, dass solche Behauptungen unbegründet waren und der Bericht der geplanten Übernahme, die sich mit dem niederländischen Nova TV Fernsehgesellschaft entwickelte, wurde Anfang 2009 gefolgt von einem Gerichtsbeschluss richtig gestellt.

Dennoch versuchte die niederländische Regierung eine Pose einzunehmen die identisch mit der deutschen bundestaatlichen Befugnis ist, die das Einfordern der Gründung einer einzigen muslimischen Organisation die alle Gruppen vereint, erlaubt, um Beziehungen zwischen nicht-muslimischen und muslimischen Behörden zu vereinfachen. Das Ziel ist es wie bereits in der *Fallstudie: Deutschland* (s. O.) zitiert, eine „Telefonnummer“ für die Möglichkeit des Kurzschließens mit nicht- muslimischen Führern zu haben. Wie in Deutschland ignoriert so eine Bedingung unglücklicherweise die substantiellen Unterschiede zwischen den Wahhabiten, Deobandi und anderen fundamentalistischen Gruppierungen wie der Muslim Brotherhood (MB), die den Deckmantel des Sunnitentums wählt, als auch den heterodoxen geistlichen und ethnischen Gemeinschaften wie den Aleviten und Berbern. Zusätzlich beobachtet man in Frankreich und Spanien einen Trend zur Homogenisierung, der unter Einwanderungsexperten als positiv angesehen werden könnte, den wir jedoch als ein Hindernis gegen die Zerstörung des radikalen Islams erachten.

Ende 2006 provozierte der niederländische Justizminister Piet Hein Donner, ein Mitglied der CDA, einen Aufruhr der bereits zwei Jahre zuvor ähnliche Debatten in Großbritannien und Deutschland vorhersagte. Donner kommentierte in einem Zeitungsinterview unbekümmert, dass die Niederlande die *Scharia* als Gesetz annehmen könnten wenn Zwei- Drittel des Parlaments dafür stimmten. Donners Bemerkung bezog sich nicht speziell auf ein besonderes Rechtssystem für niederländische Moslems und auch nicht, wie jedoch viele Islamophobe annahmen, dass die Scharia auf Nicht-Moslems gleichermaßen wie auf Moslems angewendet werden könnte. Donner gab auch weiter an, dass er erfreut darüber wäre muslimischen Extremisten im niederländischen Parlament angestellt zu sehen, als eine Möglichkeit die Integration voranzubringen. Donner erörterte später dass er lediglich in einer spontanen Besinnung auf das Wesen der Demokratie sprach und er nur vorhatte gegen die *Scharia* zu warnen.

Als Folge von Donners unklaren Statements riefen ihn niederländische Parlamentarier, darunter auch die seiner eigenen Partei, dazu auf eine Haltung gegen die *Scharia* anzunehmen. Labor Partei Mitglied Joeren Dijsselbloem kommentierte: „Der Justizminister sollte seine Energie der Bekämpfung solcher Einstellungen zu widmen, anstatt die Ansicht vorauszunehmen dass solche Ideen Teil unserer Demokratie werden könnten.“ Die CDA Partei, zu der Donner gehört, verabschiedete Gesetze, die alle politischen Parteien verbannen deren Lehren schädlich für die niederländische Verfassung sind. Die Dow Jones International News betonten, dass das geplante Gesetz islamische Parteien verbannen würde obwohl in den Niederlanden keine von diesen offen existiert. Der gleiche Nachrichtendienst erinnerte noch einmal das Bouyeri, der Mörder von Theo Van Gogh, behauptete dass in der Zukunft „Das Parlament in Scharia- Gericht umbenannt wird, und der Richterhammer für die Ratifizierung von islamischen [kriminal] Strafen fallen wird“.

Diese Rhetorik war mit den übertriebenen Behauptungen von Radikalen in England identisch, und in beiden Ländern lieferten das unbestritten lächerliche Geschwätz der Extremisten Nahrung für die Fantasie von einer muslimischen Übernahme – welche von Islamophoben und Islamisten geteilt wurde. Piet Hein Donner trat nicht lange danach von seinem Amt zurück, gefolgt vom Geständnis für eine Teilschuld an einem Brand in einem Gefängnis am Schipholer Flughafen, in dem 11

Immigranten die auf einen Transport warteten starben. Sein Abstecher in Richtung der Scharia als einen geeigneten Rechtsstandard für die Niederlande war nicht die erste Beteiligung in so einem Streit. Donner provozierte 2004 einen Aufschrei als er anordnete, dass Uniform- Kopftücher für alle muslimischen weiblichen Wachen und anderem weiblichen Personal in Gefängnissen vorgeschrieben sein sollten. Donner verdeutlichte, dass ein universales Kopftuch sicherer als ein individuelles sei, das für weibliches Gefängnispersonal bereits rechtlich vorgeschrieben war. Schließlich ordnete er die Einführung eines institutionellen Kopftuchs. Nicht lange nach seiner *Scharia* Kontroverse in 2007, kehrte Donner zu hoher politischer Verantwortung als Staatssekretär für Sozialwesen und Arbeit zurück, eine Position die er bereits während der vorliegenden Studie ausübte.

Donners Absichten in 2006 wurden von einer der führenden Wissenschaftler über islamische Studien in den Niederlanden, Annemarike Stremelaar von dem Institut für das Studium des Islam in der Modernen Welt (ISIM) an der Universität Leiden, als das Suchen nach Möglichkeiten für eine bessere Integration von Moslems in die niederländische Gesellschaft verteidigt. Während des Interviews durch CIP Untersuchungsbeauftragte sagte Dr. Stremelaar, dass Donner lediglich versuchte „den Raum für die Unterbringung der Immigranten“ auszuweiten, sprich eine *angemessene* Unterbringung, gemäß der amerikanisch- rechtlichen Redewendung.

Ergänzend betonte Dr. Stremelaar, dass im Vergleich zu dem niederen muslimischen Interesse in der Scharia in den Niederlanden, größere Probleme beim Bau von Moscheen, besonders bei großen Religionshäusern wie der geplanten Essalaam Moschee in Rotterdam, auftauchten. Wie bei dem Fall mit der geplanten Merkaz Megamoschee für London (mit einem Standort nahe dem Olympiadorf für die Spiele in 2012), die von der deobandischen Missionsbewegung *Tabligh-i-Jamaat* (TJ) unterstützt wird und entworfen wurde um 12.000 Gläubige aufzunehmen, wurde die Rotterdamer Moschee als die größte Moschee in Europa beworben. Es ist jedoch zweifelhaft, dass irgendein Gebäude in Westeuropa die Moscheen im europäischen Türkei und Russland in der Größe übertreffen wird. Wie auch die Londoner Merkaz Moschee, beschwor die Rotterdamer Essalaam Moschee Widerstand von ansässigen Nicht- Moslems als auch von Moslems herauf. In Rotterdam protestierten muslimische Demonstranten gegen die voraussichtliche Kontrolle der Essalaam Moschee durch die Dubai- bezogene Al- Maktoum Stiftung. Sie drückten ihre Angst über den exzessiven arabischen Einfluss, als auch die Sorge über den voraussichtlichen Mangel an Transparenz in der Finanzbuchführung der Moschee.

Dr. Stremelaar äußerte das geläufige Argument für den Bau von neuen Moscheen, dass während ihrem Nicht- Vorhandenseins, religiöse Bräuche nur im Untergrund betrieben werden; in Garagen, Zuhause, kleinen Handelseinrichtungen und ähnlichen privaten Räumen. Zwei Extreme haben sich bezüglich dieses Themas entwickelt; in Großbritannien beklagen sich gemäßigte Moslems dass die Zahl der bestehenden Moscheen ausreichend für ihre Bedürfnisse sei, während in Deutschland die Ausbreitung von inoffiziellen „Gebeträumen“ besonders deutlich ist – obwohl sehr viele davon auch in Frankreich und Spanien existieren. Deutsche Politikexperten haben deshalb die Errichtung von Moscheen befürwortet, um religiöse Bräuche aus der semi- Anonymität herauszuholen. Zwanglose „Gebetsräume“ werden oft öffentlich beworben darunter auch dem Internet, sie zeigen jedoch keine Minarette (islamische Architekturen), andere architektonische Besonderheiten oder Kennzeichnungen die die Erkennung dieser als Solche der nicht- muslimischen Öffentlichkeit erleichtern würden. Die Niederlande scheinen in diesem Fall näher am deutschen als am britischen Beispiel zu sein.

Der AIVD Geheimdienst sagte eine neue radikale Kampagne in der Gunst der „Parallelscharia“ voraus, die wie folgt aussieht:

- „b. Taktiken die berücksichtigt werden:
- „Versuchen Einfluss innerhalb politischer Parteien, dem Justizsystem und anderer sozialer Einrichtungen wie Gewerkschaften, Berufsverbänden, Studenten und beratenden Körpern durch möglichst geheimes Eintreten, zu gewinnen.
- „Bewusst versuchen die gesellschaftliche Harmonie zu stören oder Spannungen durch (z. B.) das Verbreiten von falschen Gerüchten oder Verschwörungstheorien zu kreieren.
- „Das Benutzen von Überredungskunst oder Einschüchterung um ein Scharia- bezogenes Rechtssystem innerhalb einer bestimmten Gemeinschaft oder Nachbarschaft einzuführen.
- „Versuchen Einfluss innerhalb politischer Parteien oder anderer sozialer Einrichtungen mit der Aussicht diese über einen längeren Zeitraum zu übernehmen.
- „Versuchen politische Amtsinhaber durch Einschüchterungen zu beeinflussen, durch Bestechung oder wenn sie Moslems sind, sie als Verräter an dem Glauben und ihrer eigenen Gemeinschaft brandmarken“.

Verweisend auf die Gefahr von „einem Scharia- basierten Rechtssystem innerhalb einer bestimmten Gemeinschaft oder Nachbarschaft“, legte der AIVD ein realistisches und sorgfältiges Plädoyer des Problems, das mit der „Parallelscharia“ einhergeht, dar – Vor allem wird es den Separatismus und *Scharia* Enklaven begünstigen. Die niederländische Sorge über solche Entitäten hallt in den Kommentaren von „no- go“ Areas, wie in der *Fallstudie: Großbritannien* oben und der *Fallstudie: Frankreich* unten, genannt. Dennoch, von den wesentlichen pluralistischen Prinzipien der niederländischen Politik ausgehend, erklärt der AIVD: „Einige Formen des Radikalismus sind innerhalb der Grenzen der demokratischen Rechtsordnung zulässig“.

Der AIVD warnt davor, dass der „Isolationismus“, der in der US- amerikanischen Redewendung als freiwillige Selbstabsonderung beschrieben würde, „stellt keine Gefahr für die Ordnung als solche dar. In einer demokratischen Gesellschaft, behalten Bürger die Freiheit – obgleich mit einigen Einschränkungen – ihren eigenen Lebensstil zu verfolgen und selbst zu entscheiden wie sie ihre Beziehungen zueinander und mit der Regierung führen. Aber wenn die Absonderung von der Gesellschaft die grundlegenden Freiheiten von anderen zu gefährden beginnt, dann haben sie die Linie übertreten und zerstören damit die demokratische Rechtsordnung.

„In diesem Sinne stellen bestimmte Formen des *intoleranten* Isolationismus eine besondere Bedrohung dar: *Exklusivismus* der nur die eigene Gruppe und den *Parallelismus* achtet. Exklusivismus drückt sich in der Diskrimination, Aufwiegelung und dem Säen von Hass aus. Parallelismus erkennt die Autorität einer Regierung nicht an, versucht religiöse vor säkularen Gesetzen aufzuzwingen und versucht Enklaven zu errichten, in denen dieses System und nicht die Regierungsautorität obsiegt.

„Unter bestimmten Bedingungen ist die gesetzliche Intervention gegen diese Form des Isolationismus möglich, und die Regierung kann Verbote verhängen. Wenn zum Beispiel exklusiver Isolationismus zu tatsächlicher Diskrimination, Aufwiegelung und dem Ausdrücken von Hass führt. Oder wenn Parallelismus tatsächlich in der Auferlegung eines alternativen Rechtssystems resultiert“.

Niederländische Bemühungen mit radikalen Tätigkeiten durch Kooptation zu argumentieren haben noch nicht aufgehört, obwohl Radikalismus, unserer Beobachtung nach, begrenzt in seinem Geltungsbereich ist. Im Oktober 2008 veröffentlichte der zuvor genannte NCTB ein Schreiben heraus, in dem die Behörden dazu aufgerufen wurden den predigenden Wahhabi- Radikalen mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, da dort „nützliche Kritik an der niederländischen Gesellschaft“ angeboten würde. Der NCTB schlug vor, dass die Zusammenarbeit mit solchen

Persönlichkeiten sie näher an das bestehende System binden, und den Einfluss der „gewaltbereiteren“ Wahhabiten (in den Niederlanden offiziell immer noch als „Salafiden“ bezeichnet) begrenzen würde. Wir sehen diese Einstellung als erschreckend und konterproduktiv an.

(3) Kriminelle Aspekte

Der AIVD berichtete auch: „da gibt es ‘periphere‘ Gruppen die ihren vermeintlichen islamischen Radikalismus benutzen, um einfach das zu rechtfertigen was man als Eskapismus, Nihilismus, Hooliganismus, Vandalismus oder Kriminalität bezeichnen könnte“. Die existierende radikal-islamische Agenda umfasst, gemäß der Behörde: „Versuchen die Menschen in der näheren Umgebung, Nachbarschaft oder der breiteren islamischen Gemeinschaft in bestimmte Formen des Ungehorsams zu verleiten. Zum Beispiel keine Steuern zu zahlen, Kinder aus der Schule zu nehmen, falsche Angaben machen wenn man sich um ein Stipendium oder einen Studentenkredit bewirbt und der Polizei Informationen vorenthalten“. Letztere Gepflogenheiten fassen die Einstellung zur Kriminalität unter den Wahhabi- Moslems in Großbritannien und den USA zusammen. Ein großer prozentualer Anteil der niederländischen Moslems die in Gefängnissen einsitzen ist nachweislich marokkanischer Herkunft.

(4) Annäherung an die Frauen

Kleinere Vorfälle und Kleinigkeiten in zwischengruppischen Beziehungen haben in den Niederlanden eine beachtliche Kontroverse verursacht. In 2006, zeitgleich mit den erbitterten Auseinandersetzungen, hervorgerufen durch seine Bemerkungen bezüglich der Zulässigkeit der Scharia als einen niederländischen Rechtsstandard, verteidigte Piet Hein Donner einen niederländischen Imam, der in Übereinstimmung mit der radikalen *Scharia* handelte und es während eines königlichen Besuches in einer Moschee in Den Haag ablehnte, Königin Beatrix die Hand zu schütteln. Es kann jedoch erwartet werden, dass die Monarchin, durch Treffen mit orthodoxen jüdischen Rabbis, an so ein Verbot gewohnt war. Ahmed Akgündüz, Rektor der Islamischen Universität Rotterdam, welcher von der Nurcu- Bewegung nahesteht, wurde durch die Verteidigung der Gewalt gegen Ehefrauen bekannt.

Das Problem der sogenannten „Ehrenmorde“ unter Moslems in den Niederlanden wurde durch die Schriften, und anderer öffentlicher Befürwortung von Ayaan Hirsi Ali dramatisiert.

In 2003 zitierte der Bericht einer lokalen niederländischen Zeitung eine Frau türkischer Herkunft, Sezai Aydogan, welche sogenannte Ehrenmorde für eine niederländische Organisation – Movisie – untersuchte. Movisie hat ihren Sitz in Utrecht und gibt unglücklicherweise kein Material in Englisch heraus. Der Artikel erschien kurz nach dem Erschießen der 18 jährigen Zarife (Familiename geheim gehalten) aus Almelo, durch ihren Vater mit dem Vorwand der „Ehre“. Aydogan schätzte dass zu der Zeit jährlich etwa 20 sogenannte „Ehrenmorde“ von Mädchen in Niederlanden passierten. Sie gab an, dass die Einschränkungen in den Bewegungen von Frauen unter der türkischen, iranischen, pakistanischen, somalischen und surinamischen Anwohnerschaft beobachtet wurden.

Aydogans Interviewer beschrieb die Auswirkungen des Falls im Jahre 1999 in den Niederlanden, wo der 17 jährige Ali D. auf den 19 jährigen Hasan K. in einer Schule in der Stadt Veghel schoss, weil Hasan K. eine Liebesbeziehung zu seiner Schwester hegte. Die Familie des Täters war mit dem Opfer nicht einverstanden, da angenommen wurde das Opfer habe in der Türkei einen minderwertigeren gesellschaftlichen Status. Hasan K. überlebte jedoch diese Attacke. Obwohl das Opfer männlich war, wurde der Fall durch eine vermeintliche Beleidigung der Ehre einer Tochter motiviert.

Aydogan gab an, dass während sogenannte „Ehrenmorde“ vielleicht nicht von muslimischen Religionsgrundsätzen inspiriert werden, „kreiert die islamische Gesellschaft jedoch eine für Ehren-Tötungen förderliche Atmosphäre, zumal es die Geschlechtertrennung betont. Dennoch kommt die Ehre zuerst; dann die Religion“.

Clementine van Eck einem Wissenschaftler der Universität von Amsterdam, der ebenfalls aus Almelo stammt, untersuchte dieses Phänomen unter den türkischen Moslems in einer Studie in 2003 sorgfältig. Van Eck bestätigte, dass sogenannte „Ehrenmorde“ mit einer Häufigkeit von sechs pro Monat auftreten, jedoch auch in Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, Belgien, Schweden und Dänemark vorgefunden werden können. Sie sammelte und untersuchte eine erhebliche Zahl von Fallstudien, und schloss eine Bedingung ein: „Obwohl die *Scharia* (Islamisches Gesetz) Tötungen aus Ehre, wie unter den Türken durchgeführt, weder vorschreibt noch billigt, berufen sich Gläubige türkische Moslems auf ihren Glauben wenn sie aus Ehre töten“.

Sie zitierte einen besonderen Fall mit dem Namen seines Täters, sie schrieb: „Manche Ehrenmörder sind sich dessen bewusst, dass der Islam keine Tötungen aus Ehre billigt. Bezugnehmend auf den psychologischen Bericht in der (Kemalettin) Utlu Fallstudie: ‘Utlu brütet über den Koran. Er fragt sich selbst wie türkische Moslems behaupten können, dass der Koran von dir will dass du deine Frau tötest wenn sie eine Affäre hat. Das steht nirgends im Koran‘.“ Kemalettin Utlu, ein in der Türkei geborener Mann in seinen 20ern, tötete eine Freundin seiner Teenager- Freundin, nachdem Letztere eine Abtreibung machen ließ. Van Eck hob hervor, dass in dem Utlu- Fall das Opfer nicht das ursprüngliche Ziel gewesen ist, und dass das Verbrechen als sogenannter „‘Ehrenmord‘ der falschen Person“ angesehen werden könnte. Aber der Täter, wie in anderen Fällen auch, erachtete die vermeintliche Entehrung als Produkt des Benehmens des Opfers und ihrer Freunde. Van Eck machte damit ein wichtiges Argument: „Tötungen aus Ehre an Dritten sind selten. Nichtsdestotrotz ist die Gefahr getötet zu werden real. Leute denkt zweimal darüber nach wenn ihr euch auf eine junge Frau einlasst“, wenn das Letztere in der türkischen Wertvorstellung als gefährdet erachtet wird.

In 2005 starteten türkische und kurdische Organisationen in den Niederlanden, mithilfe der Genossenschaft der Hilfsorganisationen (*Samenwerkende Hulporganisaties* – SHO), eine nationale Petition gegen sogenannte „Ehrenmorde“. Unterzeichner der Petition waren, neben anderen Politikern, Ayaan Hirsi Ali und Nebahat Albayrak. Ein Plan für die Errichtung eines staatlichen Verantwortungszentrums um mit sogenannten „Ehrenmorden“ umzugehen, wurde 2007 (basierend auf einem Pilotprojekt in Den Haag) angekündigt. Das Zentrum wurde ordnungsgemäß fertiggestellt, und am Ende desselben Jahres registrierte es einen deutlichen Anstieg in der Zahl der Fallberichte. Die niederländischen Behörden verzeichneten allein in 2007, 470 Vorfälle die mit sogenannter „Ehrenbezogener Gewalt“ zutun hatten. Eine offizielle Aufteilung zwischen darunter liegenden Todesfällen gab es jedoch nicht.

Die Zwangsheirat hat in den niederländischen Medien ebenfalls Aufmerksamkeit erlangt. In 2004 trafen sich 25 EU Länder in Rotterdam, um über die Probleme der Zwangsheirat, WGV und häuslicher Gewalt zu beraten. Im darauffolgenden Jahr veröffentlichte die niederländische Gutachterkommission für Auslandsangelegenheiten (*Adviescommissie voor Vreemdelingenzaken* – ACVZ) einen Bericht mit dem Titel *In die Ehe gezwungen (Tot het huwelijk gewongen)*. Die Studie der ACVZ bot, wie ähnliche Dokumentationen anderswo auch, eine Unterscheidung zwischen Zwangs- und arrangierten Ehen, basierend auf der Annahme das bei der Letzteren eine Zustimmung erforderlich ist, an. Die ACVZ legte offen, dass Zwangsheirat wie auch sogenannte „Ehrenmorde“, in fast allen muslimischen Gemeinden in den Niederlanden vorkommen. Das

betrifft die türkischen, kurdischen, marokkanischen, surinamisch- indischen, somalischen, iranisch kurdischen und afghanischen Menschen wie auch die Chinesen, den vermutlich einzigen Nicht-Moslems. (Moslems aus dem Balkan waren offenbar frei von diesem Problem.) Die ACVZ konnte die Anzahl der Zwangsehen jedoch nicht beziffern. Wie in Großbritannien waren viele Opfer Schulmädchen. Die ACVZ rief niederländische Diplomaten dazu auf gegen die Zwangsheirat, durch genaue Prüfung der Einreiseanträge, vorzugehen. Sie unterstützt auch das in den Interventionen von Großbritannien in Pakistan gesehene Modell, und die konkrete Nachbildung der Zwangsheirats- Einheit der britischen Regierung wie in der Fallstudie Großbritannien (s. O.) beschrieben. Die ACVZ rief dazu auf, die Niederlande sollen Gesetze verabschieden, welche die Zwangsheirat verbieten.

In 2007 initiierte die Stadt Amsterdam ein spezielles Untersuchungsprojekt bezüglich Zwangsehen, und in 2008 wurde in Zusammenarbeit mit ansässigen islamischen Gruppen in Rotterdam, eine Kampagne gegen den Brauch gestartet. Ende 2008 berichteten zwei niederländische Anthropologen der Freien Universität Amsterdam, Edien Bartels und Oka Storms, dass Zwangsehen unter türkischen und marokkanischen Bürgern von Amsterdam deutlich unüblicher geworden sind. Arrangierte Hochzeiten findet man immer noch unter Kurden, Pakistanis und Hindus, sind jedoch durch öffentlichen Verruf unter Druck geraten. Die Afghanen sind die einzige Gruppierung in der die Praxis quasi nicht in Frage gestellt wurde. Zudem, während Moslem- Moslem Ehen durchaus die Norm bilden, hat die ethnische Identifikation an Bedeutung eingebüßt, sodass türkisch-marokkanische Ehen geläufiger geworden sind.

Die Ausübung der WGV wurde in den Niederlanden nie festgestellt. Im Februar 2009 wurde ein in Haarlem lebender Marokkaner verhaftet, weil er die Genitalien seiner fünf jährigen Tochter verstümmelte. Eine niederländische Medienquelle gab an, dass in dem Zeitraum 2007-2008 44 Berichte an die Kindesmisshandlung- Hotlines eingegangen sind, die behaupteten dass WGV in den Niederlanden stattgefunden hätte. Eine andere Quelle gab jedoch die Aussage von Haarlems Staatsanwalt an, der sagte, die Behörden hätten keine Erfahrung mit solchen Fällen gehabt, und dass das niederländische Gesundheits-, Fürsorge- und Sportministerium beobachtete habe, dass es bisher noch nie zu einer Verhandlung bezüglich einer WGV- Anzeige gekommen war. Früher im selben Monat rief der Gesundheitsminister der Labor Partei, Jet Bussemaker, zu einer Vorschrift auf, unter der niederländische Bürger die aus Ländern mit einem hohen Risiko für FGM kommen, darunter Somalia, Sudan und Äthiopien, eine Erklärung unterschreiben müssen diese Praxis nicht auszuüben, und bei Verletzung dieser Vereinbarung mit Strafen zu rechnen hätten.

ECFR und andere transnationale islamische Organisationen in Europa (FIOE, EMN, EMU)

Die Gegenwärtige Studie erwähnt häufig die Tätigkeiten des Europäischen Konzils für Fatwa und Recherche (ECFR), wenn es darum geht die *Scharia* für die Moslems in Europa zu formulieren. In einer Untersuchung der *Fatwa*-Bände, die von der Gruppe veröffentlicht wurden, wird deutlich, dass wenige von diesen sich mit den Beziehungen zwischen Moslems und Nicht- Moslems befassen, abgesehen davon, dass sich das Befassen mit dem Erlauben von Hypotheken (aufs Haus), die Zinserträge mit sich bringen, auch das Verhältnis von Muslimen und Nicht-Muslimen reflektieren würde.

Die erste *Fatwa* Sammlung des ECFRs

Die 43 in der ersten Sammlung veröffentlichten *Fatwas* sind in einer Sprache zusammengestellt, die oft gemäßigt erscheint. Die begleitenden Empfehlungen des ECFRs bestätigen noch einmal die traditionelle islamische Aufforderung, die Gesetze des Landes die sie aufgenommen haben zu befolgen, und es ausdrücklich zu vermeiden öffentliche Hilfs- oder Förderungsgelder anzunehmen, wenn sie Jobs haben oder Geschäfte betreiben. Zur selben Zeit verkündet *Fatwa* Nr. 1, dass Moslems verpflichtet sind nicht- muslimische Länder zu verlassen, wenn (wörtlich) der Moslem „ohne muslimische Identität“ lebt, ausgenommen der Moslem findet keine andere Lösung ein Leben verfolgen. Dieses Argument basiert auf der Annahme, dass ein Moslem sich in „einer Umgebung wiederfindet wo er um seine Religion, für Sich und seine Familie fürchtet“. Der gleiche Text gestattet Emigration in nicht- muslimische Gesellschaften als „erhofft und erwünscht“ falls sie „eine Umgebung, die eine größere Möglichkeit für den Respekt gegenüber den religiösen Vorschriften bietet“, führt.

Der Rest der *Fatwas* in der ersten Sammlung behandeln verschiedene Themen mit einem fundamentalistischen Hang. Das umfasst die Definition der „geretteten“ Sekte unter den Moslems – ein häufiger Streitpunkt im islamischen Fundamentalismus; Reue für die Sünde, und die Frage der Todesstrafen gegen Abtrünnige vom Islam. Das letztere Problem wird von den ECFR zweideutig betrachtet. Es sagt, die Verhängung einer Todesstrafe für Abtrünnige kann nur von einem islamischen Staat entschieden werden, und das ansässige Gruppierungen und Moscheen es Vermeiden sollten sich Sorgen darüber zu machen. In derselben *Fatwa* (Nr. 4) zeigt das ECFR auf, dass frühe islamische Gelehrte es bestritten dass Abtrünnige einer Todesstrafe unterzogen werden sollten, außer derjenige predigte seine Abtrünnigkeit vom Glauben, mit dem Versuch die Moslems zu spalten, und den Erschaffer, den Propheten Muhammad, und die Gläubigen beleidigte. Letztendlich jedoch betont das ECFR, dass „Apostasie“ als ein Verbrechen ähnlich dem „Hochverrat“ angesehen werden sollte, mit der Schlussfolgerung, dass westliche Staaten ja Todesstrafen für Hochverrat verhängen und es somit in Fällen der Flucht vom Islam ebenfalls gerechtfertigt ist. Der Geist dieser *Fatwa* kollidiert direkt mit europäischen und internationalen Konventionen über die freie Religionsausübung.

Eine andere *Fatwa* in der ersten Serie (Nr. 5), behandelt die traditionelle Notwendigkeit für einen neuen sunnitischen Moslem („einem Konvertierten“), eine Eingliederung in eine der vier traditionellen sunnitischen Schulen des islamischen Gesetzes zu wählen. Das ECFR bestreitet dass das notwendig ist, und es nur die reformistischen und fundamentalistischen Gewohnheiten der Wahhabi- Bewegung widerspiegeln, die versucht die Präzedenzen welche von den vier Schulen etabliert wurden, auszulöschen. Die *Fatwa Nr. 6* der ersten Serie richtet sich an die muslimischen Frauen, sie sollen den *Hijab* tragen und sich von Nicht- Moslems und Moslems die ihre Religion nicht praktizieren, absondern. Das Repräsentiert eine gefährlich separatistische Einstellung gegen nicht muslimische Gesellschaften.

Die übrigen *Fatwas* in der ersten Serie erscheinen harmlos, sie sprechen folgende Themen an:

- ob Hunde unsauber sind (gemäß den Maliki- und den Hanafi- Schulen des islamischen Gesetzes sind sie es nicht)
- Qualifikation für muslimische Gebete
- Gebete für die Toten
- Verwaltung von Wohltätigkeitszahlungen
- Disposition von geringen Zahlungen auf Bankkonten in nicht-islamischen Institutionen
- Einrichtungen von Moscheen
- Verwendung von Nicht-Verzinslichen-Kredit Karten, ausgestellt von gemeinnützigen Organisationen (einige von ihnen unterstützt von Banken in Kuwait, Katar und Saudi-Arabien)
- Servieren von Schweinefleisch und Alkohol
- die Abführung des Gewinns für Investitionen
- Servieren von Schweinefleisch und Alkohol
- die Abführung des Gewinns für Investitionen
- Scheinehen
- die Definition "der religiösen" Ehe
- die Anwesenheit von Männern während der Geburt
- Abtreibung
- das post-partale Recht der Mütter, sich von ihren normalen Tätigkeiten auszuruhen
- Ob Männer ihren Frauen verbieten können Kurse über den Islam zu besuchen.
- Ob eine muslimische Frau als die alleinige finanzielle Unterstützung des Ehemannes dienen sollte
- das Recht der Frauen Bankkonten zu eröffnen
- Ob Frauen Besucher unterhalten müssen wenn ihre Männer krank sind
- Unterschiede in der Interpretation der Islamischen Traditionen zwischen Mann und Frau
- Ob Väter erforderlich sind, um die Disziplinierung von Kindern zu überwachen
- das Recht der nicht-muslimischen Frauen, verheiratet mit muslimischen Männern, die Beziehungen zu ihren nicht-muslimischen Familien zu pflegen
- Schweinefleisch Nebenprodukte in Lebensmitteln
- Ob es Pflicht ist einen muslimischen Namen anzunehmen, wenn man zum Islam konvertiert
- Ob verheiratete Frauen mit Männern sprechen dürfen mit denen sie nicht verheiratet ist
- Ob mit dem Fahrrad fahren eine Gefahr für die Jungfräulichkeit der Mädchen bedeutet
- Erlaubnis für kleine Kinder am einfachen Tanzunterricht in der Schule teilzunehmen
- Erwerb und die Verwendung von Feuerwerkskörpern
- Masturbation

- Beteiligung der Muslime in Wahlen
die von den westlichen Regierungen gehalten werden
- Beschäftigung von muslimischen medizinischen
Personal in der Entsorgung von Körpern bei Feuerbestattungen

Keines zeigt einen starren oder repressiven Geist.

Aber die erste Sammlung von Fatwas beschäftigt sich mit einer Reihe von Problemen in Beziehungen zwischen den Geschlechtern.

Zu dieser gehören:

Nr. 19: Ob ein Mann alleine feststellen kann, das seine Frau absichtlich ihre Jungfräulichkeit vor der Ehe falsch deklarierte. Nicht unterstützte Forderungen zu diesem Thema sind entmutigt durch die ECFR.

Nr. 21: Das Recht der Frauen ihren Haarschnitt ohne die Erlaubnis von ihren Männern zu ändern. Eine neue Frisur wird nicht durch die ECFR unterstützt, wenn die Änderung zu überraschend für den Ehemann ist.

Nr. 29: Die Inanspruchnahme von Hilfe der muslimischen Frau die im Westen leben im Falle unlösbarer familienrechtlicher Streitigkeiten. ECFR verlangt bei solchen Problemen die Übergabe an Familien Tribunale welche in dieser Studie beschrieben werden und einen ernsten Konflikt mit den westlichen Services für Frauen darstellt, welche aus öffentlichen Stellen bereitgestellt wird.

Nr. 32: Das Recht eines Mannes, seiner Frau zu verbieten, eine Freundin zu besuchen. ECFR meint, dass Männer Frauen verbieten können, bestimmte Freundinnen zu besuchen, wenn der Mann Schaden für die Familie oder eine Gefahr für die Ehe fürchtet. Wie wir im Besprechen so genannter "Ehren" Morde festgesetzt haben, kann diese religiöse Meinung verwertet werden, um gewaltsame Handlungen gegen solche angeblich illegalen Freundschaften zu rechtfertigen. Einige von diesen Fatwas der ersten ECFR Sammlung widerspiegeln eine fundamentalistische Intoleranz, aber können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, gesetzliche oder soziale Westkanons zu stören.

Nr. 33 erklärt, dass die Mitglieder der Drusen Sekte Abtrünnige sind und dass religiöse Muslime nicht mit ihnen essen sollten.

Nr. 36 spricht sich gegen gemischt-geschlechtliche Aktivitäten auf Hochzeiten aus [INCOMPLETE HERE!]

Die Zweite Fatwa Sammlung der ECFR

Die zweite ECFR Sammlung umfasst 37 Fatwas. Wie bei der ersten Sammlung werden viele von diesen in einem gemäßigten Stil geschrieben, und wenige sind mit Moslemischen Beziehungen mit nichtmoslemischen Präzedenzentscheidungen verbunden, obwohl sie fundamentalistische Einstellungen verkörpern, die im Westlichen Kontext problematisch sind. Einige von ihnen wiederholen oder verstärken den Inhalt von Fatwas der ersten Sammlung.

Fatwa Nummer 1 der zweiten Sammlung, über den "Interreligiösen-Dialog", ist anscheinend harmlos, aber umfasst einige fundamentalistische Annahmen. Es legitimiert Beziehungen zwischen

Moslems und Anhängern des "Gottesglaubens welche das Konzept der Gottheit, das Prophetentum und das Jenseits umfasst" - die Diskussion einbeziehend nur mit Juden und Christen, den überlebenden Gemeinschaften der ursprünglichen Leute des Buches, (Ahl ul-Kitab) wie im Qur'an anerkannt. Als König Abdullah Saudi-Arabiens Interreligiöse Gespräche in Madrid im Juli 2008 führte, stellte der Saudische Monarch Zahlen dar, die behaupten, dass Glaube niemals vorher als würdig gesehen wurden durch Moslemische Fundamentalisten so wie die Mehrheit von ECFR Mitgliedern, einschließlich Buddhisten, Konfuzianer, und Taoisten. Trotz ernsthafter Probleme auf der Konferenz selbst, und Zweifel betreffs seines echten Dienstprogrammes stellt das Meeting im Juli 2008 eine historische, öffentliche Änderung in den Einstellungen einer Moslemischen Hauptautorität zu nichtmonotheistischen Glaubenden dar.

Der Rest der zweiten Erhebung umfasst Fatwas über:

- Bestätigung des Rechts der Frauen, in öffentlichen Funktionen, einschließlich der Moschee und der Wohltätigkeitsverwaltung und anderen Islamischen Organisationen zu arbeiten.
- der Entschluss der Richtung des Gebets (qibla) in einem Gebäude, wo es keinen Hinweis der geografischen Beziehung zu Mekka gibt.
- Kombination der zwei mittags (zuhr und asr) und der zwei Abendgebete (maghrib und isha), welche zu den erforderlichen täglichen Regeln für Muslime in Europa gehört und nun zu einer verschmolzen wird. Im ersten Beispiel wird die Praxis gerechtfertigt, da im Winter die Stunden des Tages verkürzt werden und der Sommer die astronomischen Hinweise von Gebets-Zeiten schwierig macht. Der ECFR warnt jedoch diese Sache zur Gewohnheit zu machen.
- die Zahlung von zakat (Pflichtwohlthätigkeit)
- Erlaubnis für die Annahme von karitativen Spenden von Nichtmoslems so lange die Herkunft der Mittel nicht in der Produktion des Schweinefleisch oder Alkohols entsteht
- Genehmigung für die Überlassung der Zinserträge von westlichen Bankkonten der islamischen Wohltätigkeitsorganisationen
- Methode, die Zeit festzulegen, in der der Ramadan beginnt und endet
- Einhaltung des Alters eines geopfertem Tieres
- Zuordnung des Vermögens einer verstorbenen Frau an ihre Erben, auf der Grundlage, dass die Vermögenswerte ihr gehören
- Erlaubnis, Embryos zu zerstören, gesammelt in der vitro Befruchtung, wenn sie unnötig werden wegen einer natürlichen Schwangerschaft.
- die Erlaubnis für einen Mann und eine Frau, die Ehebruch begangen haben wieder zu heiraten und frei von der Sünde nach ihrer Hochzeit betrachtet zu werden
- formelle Bestätigung der Gleichheit von Männern und Frauen
- die Gesetzmäßigkeit von Scheidungen die durch nicht islamische Gerichte bestätigt wurden
- Unterstützung für die Frau, sich von ihren unreligiösen Mann zu scheiden
- Erlaubnis für Erbschaften, die Moslems von ihren nichtmoslemischen Verwandten erben
- Erlaubnis für Moslems, um den Begräbnissen von nichtmoslemischen Verwandten beizuwohnen
- Erlaubnis für Muslime auf nicht muslimischen Friedhöfen begraben zu werden, falls keine Muslimischen Friedhöfe zur Verfügung stehen
- Verbot des Bruches eines Vertrages nach dem es bestätigt wurde
- Ermutigung zur Teilnahme an Sport
- die Erlaubnis, Versicherungen auf Moscheen, Schulen und anderen islamischen Einrichtungen zu erwerben, sowie auch persönliche Immobilien, Autos, Geschäfte und Gesundheits-Versicherungen. Die Frage der Lebensversicherung wurde verschoben, um die Muslime nicht zu ermutigen weitere islamische Versicherungs-Genossenschaften zu

etablieren die Erlaubnis, alkoholfreie Getränke zu konsumieren, die angeblich geringe Mengen Alkohol enthalten, so lange sie keinen Rausch verursachen, wenn sie in großen Mengen verzehrt werden.

- Verbot des Verzehrs von Fleisch dass nicht nach islamischen Recht geschlachtet wird
- Definition von Essig das abgeleitet ist von Alkohol und nicht als berauschend deklariert wird und daher zulässig für die Verwendung in Lebensmitteln
- Das Ende der Liebe von einer Frau für einen Mann als Sünde zu betrachten, es sei denn es ist in einer illegitimen Weise vollzogen worden
- Ermutigung für Muslime gute Wünsche an nicht Muslime zu senden, während deren Feiertagen und dennoch die Teilnahme an nicht religiösen Festen verbietet, nach der Stellungnahme des berüchtigten Fundamentalisten Ibn Taymiyya und Ibn Qayyim welcher im 13 Jahrhundert geboren wurde. Zur gleichen Zeit legt die Fatwa keine Grenze für die Teilnahme in patriotischen oder anderen nichtreligiösen von Nichtmoslems geehrten Feiertagen.
- Erlaubnis für menschliche Organspenden.

Fatwas aus der zweiten Sammlung, die mit westlichen Rechtsnormen in Konflikt geraten sind unter anderem

Nr.12 Voraussetzung für Frauen die heiraten wollen ist es das sie die Zustimmung eines männlichen gesetzlichen Wächters brauchen.

ECFR gab zu, dass traditionelle Schariah Gelehrte diese Voraussetzung als diskutierbar betrachten, außer, wenn Mädchen unter dem Alter der Pubertät sind. Aber ECFR stellt mild fest, dass die Wächter der Frauen nur das beste für sie wünschen, und dass sie gute Männer aber nicht betrügerische Männer heiraten sollen, die in jedem Fall besonders in Anbetracht des weit verbreiteten Missbrauchs von Frauen, wie beschrieben, in diesem Überblick kaum angenommen werden können.

ECFR empfiehlt weiter, dass ohne solche Wächter die Moschee Schutz bieten sollte, aber dass reife Frauen ihre Ehe-Entscheidungen einem Wächter nicht vorzulegen brauchen. Dennoch offenbart die Frage in sich selbst die Lücke zwischen der Mentalität der ECFR und den sozialen und gesetzlichen Normen des Westens.

Nr. 13 Bestätigung des Rechts das Moslemische Männer vier Frauen heiraten können. ECFR erzeugte eine klassische fundamentalistische Verteidigung der Polygamie, obwohl es im größten Teil der Moslemischen Welt verschwindet und mindestens rechtmäßig im Westen ungesetzlich ist.

Nr. 16 Über Frauen beherrschen, die Scheidungen beginnen. ECFR stellt fest, dass eine Frau eine Scheidung beginnen kann, wenn eine Bestimmung für solch eine Handlung in ihren Ehe-Vertrag geschrieben wurde. Sonst verstärkt es das exklusive Recht der Männer, Scheidungen zu beginnen, und macht die Einleitung der Scheidung durch die Frau abhängig durch gerichtliche Instanzen.

Nr. 24 Verbot des Boxens zwischen den Menschen (im Gegensatz zum üben mit einem Dummy gegenüber). ECFR bekräftigt, dass Scharia das Verbot des Boxens für Muslime, und auch für Nicht-Muslime, das letztere die diese Behauptung wird nicht als durchsetzbar angesehen werden können in einem nicht-muslimischen Land.

Nr. 26 Erlaubnis für Hypotheken beim Hauskauf. Das ist die Fatwa über den Hauskauf, erzeugt durch die Debatte beschrieben in Kapitel 3 welche außergewöhnlich lang und ausführlich ist. Die

Fatwa verbietet spezifisch das Nutzen einer Hypothek, um ein Haus zu kaufen, das der Eigentümer nicht verwenden wird. Oder wenn der Käufer Vermögen hat, das den Hypothekenvertrag unnötig macht.

Nr. 32 Enthüllung von Frauenkörpern während des Schwimmens. Diese Fatwa bewilligt es Moslemischen Frauen, das Gebiet vom Bauchnabel bis zum Knie den nichtmoslemischen Frauen zu zeigen, während sie mit dem Schwimmen beschäftigt sind, jedoch dürfen Männer nicht anwesend sein. Weiterhin sagt es, dass nichtmoslemische Frauen, die in Gegenwart von Männern nicht schwimmen als tugendhaft betrachtet werden sollten, und zum Islam von Moslemischen Frauen gerufen werden sollten.

Das Letztere, vertritt unserer Ansicht nach, ein übermäßiges religiöses Eindringen in gewöhnliche soziale Beziehungen.

Nr. 34 Verbot des Mischens von Geschlechtern. Die Fatwa verbietet unverheirateten Männern und Frauen, sich allein zu treffen, sowie den Verbot des körperlichen Kontakts und fordert, dass Frauen die Männer treffen, sich ihren kompletten Körper verdecken müssen abgesehen von ihren Gesichtern und Händen wenn sie nicht verheiratet sind.

Die Fatwa verlangt auch Geschlechtertrennung in öffentlichen Sitzungen. Solche Methoden werden im Westen nicht verboten, aber kollidieren offensichtlich mit westlichen Gebräuchen.

Nr. 35 Das Verlangen von Frauen, ihre Männer zu informieren, falls sie das Haus verlassen, und die Pflicht in der Gesellschaft einer Anstandsdame (mehrām) zu reisen. Wie der vorangehenden Fatwa vertritt diese Meinung einen massiven Unterschied von Kanons für Frauenrechte im Westen.

Die zweite Sammlung umfasst auch einen Fatwa (No 36) welches die Übergabe Jerusalems oder Verkaufs des palästinensischen Landes an nicht Araber verbietet. Diese Fatwa ist daher interessant da es Jerusalem als Eigentum aller Moslems bezeichnet, egal ob Araber oder nicht, und allen Arabern egal ob Moslems oder Christen. (Es ignoriert die kulturelle Tatsache, dass einige Juden, die Arabisch sprechen und in arabischen Ländern lebten, sich als "arabische Juden" definieren.) Auch wenn diese Fatwa die Beziehungen von Moslems mit Westrechtssystemen nicht bedroht, offenbart es am meisten die Orientierung der ECFR zu einer radikalen Position der palästinensischen Problemen und verstärkt die Beobachtung, dass ECFR von den Arabern beherrscht wird.

ECFR wurde mit der Unterstützung der Föderation von Islamischen Organisationen in Europa (FIOE) geschaffen. FIOE das im Jahr 1989 gegründet wurde, umfasst kleine Entitäten in den meisten europäischen Staaten, aber behauptet, "die größte Islamische Organisation auf europäischen Niveau zu sein" eine Behauptung, die nichts an unserem Urteil ändert. FIOE erhält eine Website mit Minimalen Inhalt auf Englisch und Französisch aufrecht. Das wirkliche Ausmaß ihres Einflusses im europäischen Moslemischen Leben ist zweifelhaft besonders im Vergleich zu den verschiedenen nationalen Organisationen die in den Fallstudien beschrieben worden sind. Eine ähnliche Skelettorganisation, das Europäische Moslemische Netz (EMN), beschreibt sich als eine "Denkfabrik" mit Sitz in Brüssel und ist verbunden mit dem umstrittenen Intellektuellen Tariq Ramadan. EMN ruft eine Kampagne gegen Zwangsehen auf und behauptet, "gewaltlosen Widerstand" durch die Palästinenser zu unterstützen, jedoch erhält es Unterstützung vom fundamentalistischen Islamischen Milieu.

Die europäische Moslemische Vereinigung (EMU) ist eine ziemlich andere Organisation, mit Sitz in Köln, und Zweigen in Granada, Berlin, Sarajevo, und Istanbul. Wir haben EMU lange Zeit

beobachtet und urteilen dass es sich um einen authentischen Moslemischen Körper handelt. Die Ziele dieser Vereinigung ruhen klar auf der Nichteinmischung der gesetzlichen und sozialen Normen des Westens. Es hat keine Ambitionen die Einführung des Schariah - basierenden oder anderen getrennten Rechts in Europa zu forcieren.

Fazit und Empfehlungen

Der CIP-Überblick über die Schariah in Westeuropa hat mehrere Beschlüsse durch die Ermittlungsbeamten erzeugt, die abwechselnd Empfehlungen für den Gebrauch von Regierungsstellen, Akademikern, und Medien erzeugten.

Der erste Beschluss den wir aus dieser Studie ableiten, ist, dass trotz des weit verbreiteten Images unter Nichtmoslems, dass Europa ein Kontinent unter einer unaufhaltsamen Islamischen Belagerung ist, gibt es eine beträchtliche europäische Moslemische Oppositionen die sich gegen den Radikalismus ausspricht, einschließlich der Einführung irgendeiner Form des Schariah als einen speziellen, getrennten gesetzlichen Standard.

Westregierungen sollten die antiradikalen Tendenzen unter den Moslems unterstützen.

Weil wir jedoch Beobachtungen gemacht haben das westeuropäische Regierungen Maßnahmen ergriffen die genau in die Entgegengesetzte Richtung führen wie zum Beispiel Radikale als Partner in öffentlichen Angelegenheiten zu legitimieren und antiradikale Tendenzen ausschließend.

Wir bieten deshalb die folgenden Antworten auf die gestellten Fragen am Anfang dieses Dokumentes mit sieben Empfehlungen an.

Wie bringen Schariah Befürworter radikale Ideologie voran, und wie dienen diese als Abdeckung der terroristischen Verschwörungen?

- Radikale Schariah Ideologie ist ein wesentliches Element in der Rekrutierung und Aufhetzung von Terroristen in westlichen Islamischen Milieus, seit nach solchen Glaubensvorstellungen gerufen wird und nach der Trennung der Moslems von ihren nichtmoslemischen Nachbarn und Verwerfungen von westlichen Einrichtungen. Gruppen, die für radikalen Schariah agitieren oder für eine parallele Schariah sich einsetzen dienen unweigerlich als freundliche Umgebungen in der Einstellung für Organisation, Vorbereitung, und Vollziehung von Terroristenoperationen.
- Die Radikale Islamische Aufregung im Westen, sowohl weil es sich mit dem Schariah als auch zur Unterstützung des Terrorismus befasst, ist nicht unserer Ansicht nach, ein Produkt von sozialen oder politischen Beschwerden, aber spezifischer Ideologien - hauptsächlich des Wahhabismus, Deobandismus, dem "weichen" Fundamentalismus in der Türkei, und der Doktrinen der Moslemischen Bruderschaft - die finanzielle Unterstützung von etablierten und scheiternden Staaten erhalten haben. Das Trennen von Finanzverbindungen, und die Ideologien innerhalb der Moslemischen Gemeinschaften vereitelnd, sind notwendig um die Radikalisierung zu dämpfen und den Terrorismus zu verhindern. Der Dialog über angebliche Beschwerden ist bezüglich lokaler Beschwerden der Diskriminierung nützlich, diese kann oder kann nicht legitim sein, aber sie ist vom sekundären Nutzen. Was tun Befürworter des radikalen oder des "parallelen Schariah gegen die Einwände gegen ihre

Tätigkeiten durch Frauen, weltliche Moslems, gemäßigten, und Traditionalisten, und vice versa?

- Während Gruppen wie der ECFR und EMN ein verbesserndes Idiom annehmen und anscheinend gemäßigte Argumente verwenden, Frauen einschließend, neigen sie dazu, Frauen auszuschließen, und säkulare, moderate und traditionalistische Moslems zu ignorieren in ihren Gesprächen. Abgesehen von den Frauen werden die nichtradikalen Elemente im europäischen Islam von Schariah Agitatoren als mutmaßliche Apostaten des Islam behandelt.
- Als Antwort mäßigen sich Moslemische Frauen in allen fünf der genannten westeuropäischen Staaten, und in Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, und Spanien, werden Oppositionen gegen die Radikalen organisiert. Moderate in Deutschland, und in den Niederlanden genießen vorteilhaftere Positionen wegen des türkischen säkulären Staates und der Alevi Gemeinschaft unter Moslemischen Einwanderern und ihrer Nachkommen. In den Moslemischen hauptsächlich Berbergemeinschaften in den Niederlanden, Frankreich und Spanien, sind moderate unorganisiert oder minimal organisiert, aber vertreten eine artikulierte Alternative in Frankreich wegen ihrer Unterstützung des französischen Staats Sekularismus. Traditionalisten, die als die Basis der gemäßigten Opposition gegen die Radikalen in Großbritannien dienen konnten, werden desorganisiert oder in diesem Staat zerbrochen.

Befragen Familien öfter religiöse Führer oder reichen sie Fragen an Schariah Websites bevor sie Entscheidungen treffen?

- Während Schariah Fragen an religiöse Führer und an Websites eine populäre Methode der improvisierten religiösen Selbstausbildung unter jüngeren europäischen Moslems erscheint, fanden wir kleine Beweise, dass gewöhnliche Moslemische Eltern dazu neigen, sie für die Hilfe im Treffen von Entscheidungen aufzusuchen. Die Mehrheit von nichtradikalen Moslems scheint Familien und die Verwandtschaft zu befragen, beruhend auf religiöse Gewohnheiten, die sie von ihren Ursprungsländern importierten oder von ihren einwandernden Eltern erbten ohne religiöse Autoritäten.

Ist freiwillige Gemeinschaftsvermittlung agierend auf dem Islamischen Recht ein bearbeitungsfähiges Konzept, in welche Garantien der angemessenen Behandlung versichert werden können?

- Wie demonstriert, durch das albanische Katholische Beispiel der Vermittlung um Ehre-Konflikte zu beenden und die Alevi Praxis der Ansiedlung von Unstimmigkeiten durch "populäre Tribunale" zu beenden, beide oben beschrieben in der Fallstudie: In Deutschland können religiöse Beamte eine positive Rolle in der Gemeinschaftsvermittlung spielen. Gemeinschaftsvermittlung, wenn es aufrichtig freiwillig und nach dem feststehenden, nichtmoslemischen Familiengesetzrechten oder den Sozialhilfe-Agenturen kontrolliert ist, könnte eine annehmbare Einrichtung für westeuropäische Moslems sein. Solche Vermittlung unter der Mehrheit von Moslems, die im Westen dennoch leben, verkörpert bestimmte Gefahren. Ein solcher schließt den Misserfolg von nichtmoslemischen Staatsbehörden ein, begründete Standards unter dem Vorwand der Minderheitsanpassung entsprechend geltend zu machen. Eine andere und größere Gefahr ist die der Kontrolle solcher Prozesse durch Extremisten, wie in Schariah-Scheidungstribunalen im Vereinigten Königreich zu sehen, die von Deobandi Radikalen beherrscht werden.
- Gemäßigte Mittel für die Gemeinschaftsvermittlung bestehen in den Alevi Gemeinschaften unter türkischen und kurdischen Moslems im Westen, und das Potenzial für solche

Methoden scheint realistisch unter Berbern in den Niederlanden, Frankreich, und Spanien. Aber wir bemerken mit der Sorge die Abwesenheit von Kenntnissen unter nichtmoslemischen Behörden bezüglich Berbergemeinschafts Alternativen zu Shariah.

- Im britischen Fall werden wir durch die offizielle Unerfahrenheit der Kapazität von Barelvi Moscheen und Gemeinschaften schockiert, die die Mehrheit von britischen Muslimen umfassen und gemäßigte Wahlen für die religiöse Grundlagen Vermittlung zur Verfügung zu stellen.
- Alevis und Berber leiden in Westeuropa unter dem Syndrom der Vernachlässigung als "Minderheiten innerhalb von Minderheiten", in heterodoxe Moslemische Identitäten untergetaucht in der allgemeinen Atmosphäre "der feststehenden" Islamischen Kultur und verwundbar für die Diskriminierung durch "offizielle" sowie durch radikale Moslemische Führer.

Wie können westlich erzogene und ortsansässige Moslemische (nicht-Shariah) Fachleute unterstützt werden, um eine professionelle Lobby zu formen?

- Wie wir am klarsten in Großbritannien sahen, vertreten Moslemische Rechtsanwälte, die im feststehenden, nichtmoslemischen Rechtssystem arbeiten, eine wichtige Quelle für die Opposition, um parallel Shariah" Pläne und den radikale Islam im Allgemeinen anzupassen. Diese Fachleute haben wenig oder keine Unterstützung von offiziellen westlichen Einrichtungen erhalten. Wir formulierten deshalb Empfehlung 2 unten.

Kann Scharia modernisiert werden, um mit westlichem Recht besser zu harmonisieren? Hat die Scharia in jedweder Form, abgesehen von den rein persönlichen religiösen Angelegenheiten, einen Platz im westlichen muslimischen Leben?

- Das Konzept des " moderaten *Schariah*", als eine Kombination der traditionellem *Schariah* und des Westlichen Gesetz, ist um einige "weiche Fundamentalisten", in der Türkei, sowie bestimmten ideologischen Gestalten im Iran vorangebracht worden. Ob *Schariah* auf diese Weise in Islamischen Ländern modernisiert werden kann, ist ein lohnendes Thema für die Diskussion unter Moslemischen und nichtmoslemischen Experten. Dieses Konzept braucht nicht die Aufmerksamkeit der westlichen europäischen Autoritäten, weil unserer Ansicht nach solche Experimente mit der *Schariah* im Westen nicht angewandt werden sollten. Die Frage des "Islamischen Finanzwesen" als eine Form der "parallelen *Schariah*" muss mehr diskutiert werden.

Wie und warum haben Regierungen oder andere offizielle Stellen entweder versagt oder Erfolg gehabt?

- Westeuropäische Regierungen haben allgemein in ihrer Antwort auf den radikalen Islam und besonders auf die *Schariah* versagt. Der primäre Faktor in diesem Politikpatt, um es diplomatisch zu beschreiben, ist die irrtümliche Akzeptanz der dominanten sunnitischen Gemeinschaftsführer als alleinige legitime Abgeordnete des Islams in Westeuropa, begleitet durch den Ausschluss der oben erwähnten Verfechter für die "Minderheiten innerhalb von Minderheiten".
- Die westeuropäischen Autoritäten haben die Errichtung des "staatlichen" oder "offiziellen" Islams in jedem ihrer Staaten effektiv ermöglicht. Solch eine Politik, die den Pluralismus und die Ungleichheit des Islams ignoriert, würde niemals angewandt werden im offiziellen Verhältnis mit dem Christentum oder Judentum. Westeuropäische Regierungen sollten die unpassende Suche nach einer passenden Nummer für den Islam in jedem europäischen Staat

aufgeben. Assimilation und Integration von Moslems in Westeuropa werden erreicht, wenn man viele Linien der Kommunikation aufrechterhält.

Von der globalen Vereinigung, der Islamisation, wie sie konzipiert wurde durch Taha Jaber Al-Alwani, und wie beschrieben im Kapitel 3 dieser Studie zum "offiziellen Islam" ist es in jedem westeuropäischen Land nur ein kleiner Sprung.

Der einheitliche "offizielle Islam" in Westeuropa wird von vom Saudi finanzierten und anderen Radikalen in Anbetracht der höheren Wirtschaftsmittel der Letzteren zwangsläufig beherrscht.

Während ein Ende des religiösen Monopols der Wahhabiten in Saudi Arabien nah sein kann und zur

Verringerung des radikalen Einflusses in Westeuropa beitragen könnte, darf es nicht eine Politik des Wartens für solch eine Änderung geben, um in den Moslemischen Ländern voranzukommen.

Einige Nichtmoslems antworten auf das Erscheinen des radikalen Islams in Westeuropa, indem sie darauf bestehen, dass Moslems gegründete etablierte Identitäten annehmen und als gleichförmige Briten, Niederländer, Deutsche, Franzosen, und spanische Bürger agieren.

Wir glauben, dass diese Methode scheitern wird, weil es dieselbe Auferlegung einer falschen Gleichartigkeit einschließt, die "den offiziellen Islam" unter der radikalen Überlegenheit schaffen würde.

Westeuropäische Moslems scheinen heute, mit zwei falschen und ebenso starren Alternativen konfrontiert zu werden: Monolithische Assimilation, oder monolithischer Multikulturalismus in der Form des Europäischen Islam.

Monolithische Assimilation könnte in Frankreich, Deutschland, und den Niederlanden oberflächlich erfolgreich sein, aber es kann nicht in England und Spanien entsprechend definiert werden. Britische und spanische Kulturen sind nicht selbst monolithisch - werden Moslems gebeten, Schotten zu werden, wenn sie in Glasgow leben oder Walisisch wenn sie nach Cardiff immigrieren? Ein wichtigstes Beispiel ist die des spanischen autonomen Region Kataloniens, das Moslemische Einwanderer auffordert, Katalanen, nicht Kastilier oder "Spanier" zu werden.

Kritik über Moslemische Isolierung richtet häufig Aufmerksamkeit auf die negativen Effekten die verursacht werden durch die Fortsetzung von Moslemischen Enklaven in Westeuropa.

Aber nicht alle einwandernden Enklaven sind ebenso problematisch und die Gleichsetzung aller einwandernden Enklaven in Westeuropa, ist schlicht absurd.

In der Nachwirkung der Terroristen Angriffe in Mumbai gegen Ende 2008 wurden in den britischen Medien sowohl "Little Pakistans" als auch "Little Polands" (die Letzteren bewohnt, offensichtlich, von christlichen Einwanderern aus Osteuropa) Verachtung entgegengebracht da sie sich als isolierte Gemeinschaften gegen die Assimilation widersetzen.

Aber diese Gleichung ignoriert das Radikale unter polnischen Einwanderer Gemeinschaften nicht Terroristenideologien unterstützen.

Westeuropäer erscheinen häufig, mehr gestört, durch Christliche Immigranten aus Polen (Katholiken), die regelmäßiger an Masse zunehmen können, als durch die Moslemischen

Einwanderer.

Das zeigt an, dass sich Probleme der kulturellen Assimilation und sozialen Konkurrenz mehr fortdauernd erweisen können als diejenigen des religiösen Konflikts, besonders in einer Situation der Wirtschaftsqual wie in 2007-08.

Die Diskussion des westeuropäischen Islams wird auch durch das "noise syndrom" negativ beeinflusst. D. h. gerade weil Radikale, wegen ihres finanziellen und anderen Vermögens, dazu neigen, im inner muslimischen Dialog den Platz für die offizielle Beratung mit Moslems in Westeuropa zu besetzen und dies führt dazu das man nur "laute" Moslems von der antiradikalen Seite hört.

Zum Beispiel behauptet der britische Analyst Denis MacEoin, dass unter Moslems im Vereinigten Königreich, "vier Gruppen wichtig sind: gewaltsame Extremisten, religiöse Fundamentalisten, die Koranische Realisten sind, aber nicht gewaltstam, liberale Muslims, die den Islam reformieren wollen, um es vereinbar mit liberaler Demokratie zu machen, und säkulare Moslems".

In unseren Beobachtungen, ist " Quranic literalism" hauptsächlich ein Westlicher Mythos beruhend auf Missverständnisse über die Natur des fundamentalistischen und traditionellen Gedankens im Islam. Sogar die am meisten äußersten Radikalen Argumentieren nicht von literalismus, aber von spezifischen Interpretationen *des Qur'an*.

Aber viel wichtiger, wie steht's mit der Mehrheit von gemäßigten, traditionellen, konservativen Moslems, loyal gegenüber dem Westlichen Gesetz.

Wer kann mobilisiert werden, um die Fundamentalisten und andere Radikale in Westeuropa noch zu besiegen, welche nicht "Liberale" oder "Reformer" sind - ein von den Radikalen häufig gebrauchter Begriff, um sich selbst zu beschreiben- oder Sekularisten? Barelvis, Alevis und Berber passen nicht einfach in die liberalen oder sekularisten Kategorien, auch wenn sie einige Gemeinschaftkeiten mit ihnen teilen.

Empfehlungen

EMPFEHLUNG 1: Alevitische Community Meditation sollte mit der offiziellen Unterstützung von den deutschen und holländischen Regierungen versorgt werden. Gründliche Überprüfung und Analyse von Optionen für Berber/Amazigh Vermittlungsprozesse müssen von europäischen akademischen und Regierungsermittlungsbeamten vollendet werden, aber sollte das Thema einer Hauptpolitikstudie sein. Westeuropäische Regierungen sollten die Vertretung solcher "Minderheiten innerhalb von Minderheiten" in allen offiziellen Überlegungen versichern, die den Islam einschließen.

EMPFEHLUNG 2: Nichtstaatliche und Regierungsorganisationen sind dazu aufgerufen das *Schariah* Eindringen zu bekämpfen, und der radikale Islam sollte ernsthafte Arbeit ausführen, um nicht *Schariah* Moslem Fachleuten im Organisieren und Aufrechterhalten einer übernationalen Gruppe oder Lobby zu helfen.

EMPFEHLUNG 3: Wir halten uns an die traditionelle Moslemische Position: Moslems, die zu Westlichen Staaten abwandern, sind unserer Ansicht nach verpflichtet, den Gesetzen zu folgen und den Zoll der Länder zu akzeptieren, in denen sie Wohnsitz annehmen, und *die Schariah* darf für sie

ausschließlich persönliche Sachen betreffen wie zum Beispiel Gebet, Waschungen, Diät, Fasten, Wohltätigkeit, männliche Beschneidung, und muss auch auf diese beschränkt werden.

Moslems, die in Westeuropa leben, müssen anerkennen und akzeptieren, dass der Schutz von Moslemischen Frauen vom Missbrauch besser durch die Westliche und das Familiengesetz gesichert wird als durch *Schariah* Schemas.

EMPFEHLUNG 4: Wir schlagen eine Strategie der authentisch pluralistischen Integration, beruhend auf die Anerkennung und Unterstützung für die beschriebenen antiradikalen Tendenzen, einschließlich Barelvism, Alevism, und Berber/Amazigh Identität, sowie gemäßigten und traditionellen Sunnism, Shiism, und Sufism, oder des geistlichen Islams vor.

Anhänger des radikalen Islams werden solch eine Politik als eine Westliche Anstrengung sehen um die Moslems zu teilen. Aber die Radikalen haben künstlich und sogar gewaltsam vor die Einheit unter Moslems aufrecht zu erhalten.

Wir halten es für gerechtfertigt, eine in Jahrhunderten vorhandene Ungleichheit in der Islamischen Geschichte zu erkennen.

Wir erkennen als einen methodologischen Grundsatz an, dass Regierungen analytische Unterscheidungen machen, aber nicht verwirrend sein sollten.

Wir widersprechen der Errichtung des "Islamischen Staates" in Westeuropa, aber glauben, dass eine historische Überprüfung der positiveren Ergebnisse des "Islamischen Staates" in Russland und den vor-Habsburg-Staaten, und der Unähnlichkeit zwischen den zwei Varianten, notwendig ist.

EMPFEHLUNG 5: Westeuropäische Regierungen müssen den Übergangscharakter der Assimilation, Integration, Enklaven, und den positiven Beispiels des Nord amerikanischen melting pot verstehen.

Während radikale Tätigkeiten unter europäischen und asiatischen Einwanderern in den Vereinigten Staaten und Kanada, sowie Lateinamerikaner in den Vereinigten Staaten während der 19. und 20. Jahrhunderte beobachtet wurden, und unter einigen Gruppen weiter bestehen, verminderten sie sich, und heute würde niemand in den Vereinigten Staaten sagen, dass ein "Koreatown" eine Bedrohung gegen die amerikanische Identität trotz ihres informellen kulturellen Separatismus darstellt.

Westeuropäische Regierungen sollten die vernünftige Integration von einwandernden Gemeinschaften fördern, anstatt zwischen ausschließendem Enklavisation und obligatorischer Assimilation zu schwanken, von denen beide in Frankreich am bemerkenswertesten sind.

EMPFEHLUNG 6: Es sollte keinen "parallelen *Schariah*", als einen getrennten gesetzlichen Standard in Westeuropa oder in irgendwelchen anderen nicht Moslemischen Territorium geben. Moslemische Einwanderer, einschließlich religiöser Beamter, sollten dazu gefordert werden, durch einen unterzeichneten und heiligen Eid ihre Folgsamkeit zu lokalen Gesetzen in nichtmoslemischen Ländern zu versichern, in denen sie wünschen zu wohnen. Solch eine Regel ist angemessen, wird soziale Stabilität voranbringen, und weil wir uns bemüht haben zu zeigen dass es auch mit dem traditionellen gesetzlichen muslimischen Denken übereinstimmt.

EMPFEHLUNG 7: Ausländische Islamische Einrichtungen in Westeuropa, wie der europäische Rat für Fatawa und Forschung (ECFR), *Tabligh-i-Jamaat*, den türkischen *Diyanet, Milli Görüs*, die klerikalen Maghrebi Einrichtungen und andere Gremien, sollten kontrolliert werden. Die finanzielle

Unterstützung von Saudi-Arabien, Pakistan, der Türkei, und dem Iran für radikale Islamische Gruppen sollte untergesagt werden.